



29. Jahresbericht

des Präsidenten

2010

Master Senat Wissenschaft Erfolg
Familie und Beruf Bundespolizei Verwaltung Lehre
Kriminalpolizei Staat Diplom Dialog
Ehrensensator Studierende Finanzen Campus
Staat Studierende Wetterdienst Bundeswehrverwaltung
Hochschule ressortübergreifend Ehrensensator
Landwirtschaftliche Sozialversicherung dual studieren Nachrichtendienste
einzigartig Bachelor Sozialversicherung
Allgemeine Innere Verwaltung Theorie und Praxis Auswärtige Angelegenheiten



29. Jahresbericht

des Präsidenten

2010



A word cloud of terms related to the university and its activities in 2010. The words are arranged in a cluster, with some appearing larger than others. The terms include:

- Master
- Senat
- Wissenschaft
- Erfolg
- Familie und Beruf
- Bundespolizei
- Verwaltung
- Kriminalpolizei
- Staat
- Diplom
- Lehre
- Ehrenszenator
- Studierende
- Staat
- Studierende
- Finanzen
- Campus
- Hochschule
- Wetterdienst
- Bundeswehrverwaltung
- ressortübergreifend
- Ehrenszenator
- Landwirtschaftliche Sozialversicherung
- dual studieren
- Nachrichtendienste
- einzigartig
- Bachelor
- Sozialversicherung
- Allgemeine Innere Verwaltung
- Theorie und Praxis
- Auswärtige Angelegenheiten

Vorwort des Präsidenten	5
Grußwort des Ehrensensors Peter Altmaier, MdB	8
Besucher und Gäste	10
Hochschule im Dialog mit ...	16
Veranstaltungen	18
„Nachgefragt“	29
Senat	33
Die Arbeit des Senats im Jahr 2010	33
Mitglieder des Senats im Jahr 2010	39
Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2010	42
Mitglieder der Studienplankommission im Jahr 2010	45
Hochschulzentrum	46
Der Masterstudiengang „Master of Public Administration“	46
Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie	52
Dekanat am Zentralbereich	54
Praxisberichte der Dozentinnen und Dozenten des Zentralbereichs	60
Wissenschaftlicher Dienst	89
Zentralbibliothek	92
Hochschulentwicklung und Marketing	95
Servicezentrum und Gebäudemanagement	102
Organisation und Informationsmanagement	110
Hochschulsport	115
Schwerbehindertenvertretung	121
Der Initiativkreis	123
Der FH Bund Alumni e. V.	125

Aus den Fachbereichen 130

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung	130
Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten	143
Fachbereich Bundespolizei	147
Fachbereich Bundeswehrverwaltung	162
Fachbereich Finanzen	199
Fachbereich Kriminalpolizei	211
Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung	216
Fachbereich Nachrichtendienste	218
Fachbereich Sozialversicherung	229
Fachbereich Wetterdienst	233

Anlagen 237

Veröffentlichungen 2010	237
Statistiken	282
Organisationsplan	283
Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter	284

Vorwort des Präsidenten

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

blickt man auf das Jahr 2010 zurück, fällt einem ein sog. „Rettungsschirm“ sicher als Erstes ins Auge. Die Finanzkrise hat uns in der Vergangenheit gezeigt, wie groß die Vernetzungen und Abhängigkeiten der Finanz- und Wirtschaftssysteme dieser Welt sind. Sie hat uns aber auch gelehrt, was Zusammenhalt und Vernetzung alles bewirken können. Politische Entscheidungen, wie diese zur Rettung der europäischen Währung, bedürfen immer auch einer guten Vorbereitung durch die Exekutive. Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung bildet einen Teil dieser Exekutive seit nunmehr über 30 Jahren erfolgreich aus.



Thomas Bönders

Das Jahr 2010 gab allerdings auch Anlass zur Freude. Beispielsweise der Erfolg von Lena Meyer-Landrut bei dem Eurovision Song Contest 2010 in Oslo. Aber auch die deutsche Fußballnationalmannschaft bescherte den Deutschen einen Sommer, an den sich viele sicher gern zurückerinnern werden. Südafrika räumte alle Zweifel an der Tauglichkeit als Gastgeber für eine WM aus. Auch das ist als Erfolg zu werten. Schließlich hat sich die deutsche Wirtschaft außerordentlich schnell aus ihrer Talsohle gelöst; dies löst Freude bei uns und Erstaunen weltweit aus.

Die Fachhochschule des Bundes selbst konnte im Jahr 2010 auch beachtliche Erfolge erzielen und sich damit positiv weiterentwickeln. So ist es gelungen, den ersten Masterstudiengang der Hochschule zu konzipieren, um den Aufstieg in den höheren Dienst den geänderten Voraussetzungen in der Bundeslaufbahnverordnung anzupassen. Ein erster Durchgang wird bereits im April 2011 starten.

Im Juni 2010 erhielt die FH Bund aus den Händen der Bundesfamilienministerin und des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeswirtschaftsminister das Zertifikat „familiengerechte Hochschule“. Mit diesem Qualitätssiegel wurden der Zentralbereich und der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung für ihr Engagement für eine familienbewusste Personalpolitik ausgezeichnet.

Als zweiter Fachbereich führte der Fachbereich Sozialversicherung im Oktober 2010 einen Bachelorstudiengang ein. Zukünftig erhalten damit auch die Absolventinnen und Absolventen dieses Fachbereichs als Abschluss den Bachelor of Arts.

Der Senat der FH Bund wählte im November 2010 den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier, MdB zum Ehrensensator. Damit verfügt die Fachhochschule des Bundes nun auch über einen „direkten Draht“ in den Deutschen Bundestag.

Das Jahr 2010 stand für die FH Bund ganz im Zeichen des Dialogs. So ist es gelungen, mit der neu ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe „**Hochschule im Dialog mit ...**“ einerseits diese Hochschule noch weiter in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Bei seinem Besuch im Mai 2010 sagte der ehemalige Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Friedrich Nowottny, „Sie blühen im Verborgenen“. Es ist uns in den vergangenen Monaten gelungen, aus der Verborgenheit herauszutreten.

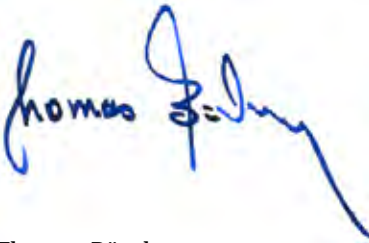
Andererseits eröffnet diese Reihe den Studierenden und Gästen der FH Bund die Möglichkeit, in einen direkten Dialog mit hochrangigen Akteuren aus Politik und Gesellschaft zu treten. Ich freue mich sehr über die überwältigende positive Resonanz zu dieser Veranstaltungsreihe und kann Ihnen versichern, dass der **Dialog** auch 2011 fortgesetzt wird.

Sie sehen, die FH Bund blickt auf ein erfolgreiches und bewegtes Jahr 2010 zurück. Ich danke allen, die auch im vergangenen Jahr zu dieser Bilanz beigetragen haben.

Der 29. Jahresbericht des Präsidenten stellt die Entwicklungen der Fachhochschule des Bundes und ihrer Fachbereiche im Jahr 2010 ausführlich dar und lädt damit zu einem Rückblick ein. An vielen Stellen lässt er auch einen kleinen Ausblick zu.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Thomas Bönders', with a stylized, flowing script.

Thomas Bönders

Präsident der Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Grußwort des Ehrensenators Peter Altmaier, MdB



Peter Altmaier

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich auch auf diesem Weg nochmals für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanken.

Ich nehme das Amt des Ehrensenators der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung gerne an und freue mich auf die Zusammenarbeit sowie den intensiven Austausch miteinander.

Unter den Rahmenbedingungen einer globalisierten Welt sind gut ausgebildete, kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer modernen öffentlichen Verwaltung auch ein wichtiger Standortvorteil, den es gerade auch vor dem Hintergrund des nachhaltigen Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte zu wahren und auszubauen gilt.

Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung hat über Jahrzehnte bewiesen, dass sie für eine hochwertige Ausbildung des Nachwuchses für die Bundesverwaltung steht. Ich konnte mich in der Vergangenheit schon vielfach persönlich von dem qualitativ sehr guten Angebot und dem Wirken der FH Bund überzeugen. Zuletzt als Vortragsgast im vergangenen Jahr hat mich insbesondere die Offenheit und Dialogfreude an der Fachhochschule nachhaltig beeindruckt.

Mit der etablierten und bestens angenommenen Veranstaltungsreihe „Hochschule im Dialog mit ...“ tritt die FH Bund in ein offenes Gespräch mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Dieses Veranstaltungsformat ermöglicht insbesondere den Studierenden, einen anderen, praxisnahen Blick-

winkel auf komplexe Sachverhalte zu erhalten. Durch den Vortrag eines Praktikers und die offene Atmosphäre eines darauf folgenden Dialoges ist es ihnen möglich, die gewonnenen Eindrücke zu vertiefen. Die FH Bund zeigt damit auf eine ganz außergewöhnliche Art und Weise, wie wichtig ihr die Verknüpfung von Theorie und Praxis ist.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung sehr gut aufgestellt ist und damit den Herausforderungen der Zukunft und insbesondere ihrem Ruf als qualitativ hochwertige Ausbildungsstätte auch weiterhin gerecht werden wird. Umso mehr freue ich mich über die Berufung zum Ehrensenator und auf die Zusammenarbeit.

Ich wünsche uns allen ein gutes und erfolgreiches Jahr.

Mit den besten Grüßen
Ihr

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'P' followed by a long, sweeping horizontal line that ends in a small flourish.

Peter Altmaier, MdB

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Ehrensenator der Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Besucher und Gäste

Prof. Dr. Marc Wagner,
Bundesminister a. D.
Gerhart R. Baum (v. l.)





Der damalige Bundesminister
des Innern Dr. Thomas de
Maizière



Ministerialdirektor Paul Fietz,
Leiter der Zentralabteilung im
Bundesministerium des Innern



Friedrich Nowotny,
ehemaliger Intendant des
Westdeutschen Rundfunks

Ministerialrat
Wolfgang Nieter,
Leiter des Referates D 2 im
Bundesministerium des Innern



Peter Altmaier, MdB,
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



BESUCHER UND GÄSTE
 HOCHSCHULE IM DIALOG MIT ...
 SENAT
 HOCHSCHULZENTRUM
 AUS DEN FACHBEREICHEN
 ANLAGEN



Staatssekretärin im
 Bundesministerium des Innern
 Cornelia Rogall-Grothe



Der Bundesbeauftragte
 für den Datenschutz und die
 Informationsfreiheit, Peter
 Schaar und der Vorsitzende
 des Innenausschusses des
 Deutschen Bundestages,
 Wolfgang Bosbach, MdB (r.)

begrüßt ihre Gäste



Präsident des Bundes-
verwaltungsamtes
Christoph Verenkotte



Franz Müntefering, MdB



Detlef Seif, MdB



Ulrich Kelber, MdB,
 Prof'n Dr. Yvonne Dorf
 und die Parlamentarische
 Staatssekretärin beim Bundes-
 minister für Umwelt, Natur-
 schutz und Reaktorsicherheit,
 Ursula Heinen-Esser, MdB (v. l.)



Hochschule

im Dialog mit ...

Veranstaltungsreihe

Hochschule im Dialog mit ...

Die im Jahr 2009 angebotene Veranstaltungsreihe zum 30-jährigen Jubiläum ist auf durchweg positive Resonanz gestoßen. Diese positiven Reaktionen gaben Anlass, eine neue Veranstaltungsreihe aus der Taufe zu heben.

Mit der Reihe Hochschule im Dialog mit ... ist es gelungen, den Dialog mit Personen aus Politik und Gesellschaft aufzunehmen. Wie es einer Hochschule gebührt, sollte den Studierenden mit den verschiedensten Veranstaltungen die Möglichkeit geboten werden, einen „Blick über den Teller- rand“ zu werfen. Informationen zu aktuellen Themen aus erster Hand, die die Studierenden auch in Vorlesungen und Prüfungen verwenden können, standen im Mittelpunkt der Planungen.

Darüber hinaus nutzt eine Hochschule Veranstaltungsreihen auch, um sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und zu zeigen, dass Bildung nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet.

Die Fachhochschule des Bundes ist ein offenes Haus und demonstrierte dies auch im vergangenen Jahr. Mit der Reihe Hochschule im Dialog mit ... ist es im vergangenen Jahr gelungen, die FH Bund noch weiter in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Möglich war dies mit Vortragsveranstaltungen und Streitgesprächen zu aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft. Aber auch ein Zeitzeugengespräch und die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages trugen hierzu bei.



Ein volles Foyer

Veranstaltungen

Hochschule im Dialog mit ... Friedrich Nowottny

„Zeitzeugen der Bonner Republik – von Adenauer bis Merkel, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland“

Die Auftaktveranstaltung bestritt am 4. Mai 2010 der ehemalige Intendant des Westdeutschen Rundfunks Friedrich Nowottny mit einem Zeitzeugengespräch.

Unter dem Titel „Zeitzeugen der Bonner Republik – von Adenauer bis Merkel, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland“ ging Friedrich Nowottny in seinem Vortrag auf die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und ihre Prägung durch die jeweiligen Bundeskanzler ein.

In dem anschließenden Zeitzeugengespräch, das Präsident Thomas Bönders und Prof. Dr. Marc Wagner mit Nowottny führten, ging es hauptsächlich um die Kontakte Nowottnys zu den einzelnen Bundeskanzlern. So berichtete Nowottny beispielsweise, wie es zu dem berühmten Ja/Nein-Interview mit Bundeskanzler Willy Brandt kam. Er betonte jedoch immer, dass für einen Journalisten der gewisse Abstand zu Politikern am wichtigsten sei.

Foto links:
Friedrich Nowottny
während seines Vortrags

Foto Mitte:
Prof. Dr. Marc Wagner,
Friedrich Nowottny und
Thomas Bönders (v. l.)
während des Zeitzeugengesprächs

Foto rechts:
Ein Blick aus dem Publikum



Hochschule im Dialog mit ... Peter Altmaier, MdB

„Europa und die Finanzkrise – Kann der EWF Mitgliedsstaaten wie Griechenland noch helfen?“

Am 24. Juni 2010 konnte Präsident Thomas Bönders den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Brühl begrüßen.

Unter dem Titel „Europa und die Finanzkrise – Kann der EWF Mitgliedsstaaten wie Griechenland noch helfen?“, erläuterte Peter Altmaier die Beweggründe der Bundespolitik, einen Rettungsschirm für EU-Mitgliedsstaaten zu beschließen.

Er ging auch auf die bisherige positive Entwicklung des EURO ein, verteidigte die europäische Gemeinschaftswährung und legte dar, dass Krisen durchaus zu Unsicherheiten in der Bevölkerung führen. Er stellte dies plastisch am Beispiel von Gesprächen mit seiner Mutter dar. Diese habe der Währung schon vor der Einführung skeptisch gegenübergestanden, sich dann aber zumindest argumentativ beruhigen lassen. Heute fühle sie sich in ihrer damaligen Verunsicherung bestätigt. Hier seien aber auch die Politiker



Peter Altmaier, MdB
beantwortet Fragen
aus dem Publikum

aufgerufen, ihren Wählerinnen und Wählern die Hintergründe für solche Entscheidungen darzulegen und der Unsicherheit und Missverständnissen damit vorzubeugen.

Zu Beginn äußerte Peter Altmaier, dass er es sich trotz eines vollen Terminkalenders nicht nehmen ließe, die FH Bund zu besuchen. Herr Altmaier war nicht zum ersten Mal Gast der FH Bund und brachte mit diesem erneuten Besuch auch seine tiefe Verbundenheit zu der FH Bund zum Ausdruck.

Peter Altmaier, MdB,
während seines Vortrags



Ein Blick aus dem Publikum
während des Grußwortes
von Präsident Bönders



Hochschule im Dialog mit ... Wolfgang Bosbach, MdB und Peter Schaar

„Vorratsdatenspeicherung – Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und ihre Folgen für Politik und Gesellschaft“

Unter dem Titel „Vorratsdatenspeicherung – Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und ihre Folgen für Politik und Gesellschaft“ trafen der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Wolfgang Bosbach, und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar, am 21. September 2010 zu einem Streitgespräch in der FH Bund aufeinander.

99 Prozent der Daten werden von der Wirtschaft gespeichert: Der Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Bundesdatenschutzbeauftragte waren sich einig, dass nicht der Staat den überwiegenden Teil der Daten speichere, sondern die in der Wirtschaft agierenden Unternehmen. Diese deutliche Zahl stieß auch im Publikum auf überraschte Gesichter. In der Frage, ob der Staat einige Daten speichern müsse, um beispielsweise für Sicherheit und Stabilität des Rechtsstaates zu sorgen, demonstrierten beide Teilnehmer des Streitgesprächs ebenfalls Einigkeit. Die Ausgestaltung dieser Speicherung und auch der Nutzung führte dann doch zu einer lebhaften Auseinandersetzung.



Wolfgang Bosbach, MdB, Prof'n Dr. Sabine Leppek und Peter Schaar (v. l.), während des Streitgesprächs

Das Publikum wurde durch die Moderatorin Prof'n Dr. Sabine Leppek mit Hilfe von Erläuterungen und Beiträgen aus der Tagesschau an das schwierige Diskussionsthema herangeführt. Aber auch Wolfgang Bosbach und Peter Schaar nutzten vielfältige Beispiele aus dem Alltag, um das Publikum mitzunehmen. So bemühte Herr Bosbach beispielsweise Herrn Schaar, um plakativ darzustellen, dass eine Hausdurchsuchung, obwohl sie an leichtere Voraussetzungen gebunden sei, einen wesentlich spürbareren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte bedeute, als die Telefonüberwachung. Eine Hausdurchsuchung würden auch Schaars Nachbarn mitbekommen, eine Telefonüberwachung würde dagegen nur dem Betroffenen selbst mitgeteilt.

Foto links:
Wolfgang Bosbach, MdB,
Prof'n Dr. Sabine Leppek und
Peter Schaar (v. l.)

Foto rechts:
Ein Blick aus dem Publikum



Hochschule im Dialog mit ... Franz Müntefering, MdB

„Die Arbeit eines Abgeordneten: Soziale Gesellschaft im Wandel“

Der Abgeordnete des Deutschen Bundestages Franz Müntefering eröffnete am 16. November 2010 die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

In seinem Vortrag unter dem Titel „Die Arbeit eines Abgeordneten: Soziale Gesellschaft im Wandel“ ging er auch auf die veränderten Arbeitsbedingungen in der Politik ein. Besonders die veränderten Kommunikationswege hätten auch die Tätigkeit eines Abgeordneten stark beeinflusst. So sei die tägliche Informationsflut heute nicht mehr komplett aufzunehmen. Man müsse demnach die Informationen filtern. Auch als Minister habe er diese Erfahrungen gemacht, konnte sich aber hier immer auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums verlassen. Sie haben ihm immer ausgezeichnet zugearbeitet, das Parteibuch habe keine Rolle gespielt. Er fügte hinzu, dass Deutschland über eine ausgesprochen kompetente und belastbare Verwaltung verfüge, die er vor allem als Minister sehr schätzen gelernt habe.



Franz Müntefering, MdB,
während seines Vortrags

Auch die Gesellschaft sehe sich immer mehr Veränderungen ausgesetzt. Der Sozialpolitiker Müntefering ging in dem zweiten Teil seines Vortrags auf die Auswirkungen der demografischen Entwicklung in unserer Gesellschaft ein.

Präsident Bönders und
Franz Müntefering, MdB (v.l.)
während der Diskussion
mit dem Publikum



Präsident Bönders und
Franz Müntefering, MdB (v.l.) bei der
Verabschiedung



Hochschule im Dialog mit ... dem Deutschen Bundestag

Wanderausstellung Deutscher Bundestag

In der Zeit vom 15. November 2010 bis 20. November 2010 präsentierte sich der Deutsche Bundestag auf Initiative des Abgeordneten Detlef Seif in der FH Bund.

Mit der Ausstellung unterstützt der Deutsche Bundestag seit vielen Jahren erfolgreich den Dialog zwischen den Abgeordneten und den Bürgerinnen und Bürgern. Dieses Instrument der Öffentlichkeitsarbeit ist in besonderer Weise geeignet, Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments und seiner Mitglieder zu vermitteln.

Auf zwanzig Schautafeln wurden alle wesentlichen Informationen über den Deutschen Bundestag und seine Mitglieder gezeigt. Auf zwei Computerterminals konnten Filme, multimediale Anwendungen und der Internetauftritt des Deutschen Bundestages angeschaut werden, Informationsmaterial lag zur Mitnahme bereit.

Am 18. November 2010 stattete der Abgeordnete des Deutschen Bundestages der FH Bund einen Besuch ab. Detlef Seif



Auch Franz Müntefering, MdB (M.) besuchte die Ausstellung

besichtigte zusammen mit Präsident Thomas Bönders die Ausstellung und traf dabei auch auf eine 9. Klasse des Max-Ernst-Gymnasiums Brühl, die ebenfalls gerade durch die Ausstellung geführt wurde.

Im Laufe der Woche konnten mehrere Schulklassen aus den umliegenden Schulen die Wanderausstellung besuchen. Aber auch Mitglieder der FH Bund und Gäste nutzten die Möglichkeit, sich über die Arbeitsweise des deutschen Parlaments zu informieren. Durch die Ausstellung führten zwei Mitarbeiter des Deutschen Bundestages, sie standen während der Öffnungszeiten für Fragen zur Verfügung.

Foto links:
Schülerinnen informieren sich
über den Deutschen Bundestag



Foto rechts:
Auch die Computerterminals
waren beliebt



Foto unten:
Detlef Seif, MdB und Präsident Bönders
bei der gemeinsamen Besichtigung
der Ausstellung



Hochschule im Dialog mit ... Ursula Heinen-Esser, MdB und Ulrich Kelber, MdB

„Die Kernenergie – Der Ausstieg vom Ausstieg?“

Im Ziel, aus der Atomenergie auszusteigen, seien sich alle einig. Nur der Weg dahin würde sehr unterschiedlich beschritten, stellte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ursula Heinen-Esser, MdB am 7. Dezember 2010 in der FH Bund fest.

Unter dem Titel „Die Kernenergie – Der Ausstieg vom Ausstieg?“ traf Ursula Heinen-Esser, MdB in der Fachhochschule des Bundes auf den Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, MdB.

Frau Heinen-Esser und Herr Kelber diskutierten nicht nur die Frage des Atomausstiegs. Auch das Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten war Gegenstand der Diskussion. So warf Ulrich Kelber der Bundesregierung vor, dieses Gesetz in einem rasanten Tempo verabschiedet zu haben und bestätigte die Forderung nach einer Überprüfung dieses Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht. Ursula Heinen-Esser wider-

Foto links:
Ulrich Kelber, MdB,
Prof'n Dr. Yvonne Dorf und
Ursula Heinen-Esser, MdB (v. l.)

Foto rechts:
Ulrich Kelber,
MdB während der Diskussion



sprach diesem Vorwurf und verdeutlichte, dass in diesem Verfahren alle Formalien eingehalten seien. Im Übrigen könne von schnell gar keine Rede sein, da dieses Gesetz seit der Regierungsübernahme durch CDU/CSU und FDP auf der Tagesordnung stehe.

Auch die Kosten, die in Verbindung mit der Verlängerung der Laufzeiten stehen und Sicherheitsaspekte wurden in dem von Frau Prof'n Dr. Yvonne Dorf moderierten Streitgespräch diskutiert.

Das kontroverse, aber faire Streitgespräch beendeten die beiden auch freundschaftlich verbundenen Abgeordneten mit einer kurzen Antwort auf die Frage, wann denn das letzte AKW vom Netz gehen würde. Heinen-Esser: „2030.“ Kelber: „Früher.“

Foto links:
Parlamentarische Staatssekretärin
Ursula Heinen-Esser,
MdB während der Diskussion

Foto Mitte:
Das Podium lauscht einer Frage
aus dem Publikum

Foto rechts:
Ein Blick aus dem Publikum



„Nachgefragt“

**Vizepräsident Wolfgang Petersson,
Bundesverwaltungsamt**

„Mit der neuen Veranstaltungsreihe ‚Hochschule im Dialog mit ...‘ stellt die FH Bund in gelungener Art und Weise aktuelle Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den Mittelpunkt der Diskussion.

Es wird neben interessanten Vorträgen und Diskussionen „auf dem Podium“ dem Publikum auch die Möglichkeit geboten, mit den Vortragenden in den Dialog zu treten.

Die Themen umfassen ein großes Spektrum von Fragen der Vorratsdatenspeicherung oder dem Umgang mit der Kernenergie bis zur Vorstellung der Arbeit eines Abgeordneten im Hinblick auf die Soziale Gesellschaft im Wandel und bieten damit interessante Diskussionen und Anknüpfungspunkte für ein breites Publikum, nicht nur für Studierende an der FH Bund, sondern auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Gern besuche ich auch in diesem Jahr weitere Veranstaltungen dieser Reihe.“



Vizepräsident
Wolfgang Petersson

Aktuelle Themen aus Politik,
Wirtschaft und Gesellschaft



Staatssekretär a. D.
Johann Hahlen

**Staatssekretär a. D. Johann Hahlen,
Ehrensenator der FH Bund**

„Mit ihrer Vortragsreihe ‚Hochschule im Dialog mit ...‘ wird die Fachhochschule des Bundes ihrem Anspruch gerecht, Hochschule und nicht nur Lehranstalt zu sein.

Wer an diesen Veranstaltungen teilnimmt, spürt: In Brühl weht ein frischer, akademischer Wind. Weiter so.“



Prof. Dr. Detlef Leipelt

**Prof. Dr. Detlef Leipelt,
Dekan am Zentralbereich der FH Bund**

„Ich bin erfreut, dass unsere Studierenden immer wieder die Möglichkeit haben, Größen aus Politik und Wirtschaft kennenzulernen.

Gleichzeitig erstaunt mich das Interesse der Studierenden an diesen Veranstaltungen.“

Frischer akademischer Wind
Großes Interesse der Studierenden

**Prof. Dr. Marc Wagner,
Studienbereich Verwaltungsrecht**

„Erhalten wir die Blüten und fügen wir weitere, weithin sichtbare prachtvolle Blüten hinzu – ‚Hochschule im Dialog‘ ist wundervoller Dünger.“



Prof. Dr. Marc Wagner

**Alexander Glass,
Mitarbeiter am Zentralbereich der FH Bund**

„Führenden Köpfen des öffentlichen Lebens begegnen und für eine Stunde ihren Gedanken folgen, das macht doch das Leben an einer Hochschule attraktiv!“



Alexander Glass

Wundervoller Dünger
Führenden Köpfen begegnen



Markus Krause

Markus Krause,
Studierender am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

„Historische Ereignisse, verdiente Persönlichkeiten und neueste Entwicklungen im Zusammenspiel, so erweckt man den Enthusiasmus der Studentenschaft!“



Björn Weidner

Björn Weidner,
Studierender am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

„Gerade für eine Fachhochschule des Bundes, in der Beamte auf ihre zukünftige Tätigkeit für den Dienst am Staate und am Bürger vorbereitet werden, erscheint es wichtig, Offenheit nach innen und außen zu vermitteln. Somit bildet gerade der Diskurs mit abweichenden Positionen zu aktuellen Fragen der Politik oder Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zum akademischen Selbstverständnis.“

Ich hoffe, dass diese Veranstaltungsreihe weiterhin so erfolgreich fortgeführt wird und darüber hinaus auch noch die Spitzen der Politik an die FH Bund eingeladen werden, um nicht nur dem Beamtennachwuchs die Sichtweise aus der höchsten politischen Ebene zu vermitteln, welche regelmäßig andere Dimensionen erreicht als gemeinhin angenommen.“

Enthusiasmus wecken
 Offenheit nach innen und außen



Senat

Die Arbeit des Senats im Jahr 2010

Im Jahr 2010 fanden drei Sitzungen des Senats der FH Bund statt:

- am 16. und 17. März 2010
- am 29. und 30. Juni 2010
- und am 16. und 17. November 2010.

Im Mittelpunkt der Senatsarbeit des Jahres 2010 standen nachfolgende Themenschwerpunkte:

Grundsätze der Evaluation an der FH Bund

Zur Unterstützung der Fachbereiche und zur Förderung der Vergleichbarkeit der Evaluationsergebnisse ist ein einheitlicher Rahmen, der die Grundsätze einer effektiven Lehr-evaluation beschreibt, geboten. Aufbauend auf den Ergebnissen der Evaluationstagung vom September 2009 sollten Empfehlungen und Leitlinien als Grundlage einer fachhochschulübergreifenden Evaluation ausgearbeitet werden.

Der Senat beauftragte die Studienplankommission mit der Erarbeitung eines Rahmenpapiers „Grundsätze der Evaluation an der FH Bund“. Ziel sollte ein für alle Fachbereiche verbindliches Papier sein.

Reform des fachbereichsübergreifenden Grundstudiums

Zur Erinnerung: Der Senat hat Ende 2008 den Entwurf zu den die gemeinsame Basis betreffenden curricularen Festlegungen zu den fachbereichsübergreifenden gemeinsamen Studieninhalten (432 Unterrichtsstunden) des Grundstudiums als für alle Fachbereiche verpflichtende Grundlage beschlossen. Weiterhin wurden die Fachbereiche zur Ausgestaltung der fachbereichsspezifischen Studieninhalte im Umfang von 288 Unterrichtsstunden (Korridor) aufgefordert.



Mitglieder des Senats

Im Rahmen dieses Beschlusses hat der Senat im Jahr 2010 die neugefassten Studienpläne für das fachbereichsübergreifende Grundstudium der Fachbereiche Landwirtschaftliche Sozialversicherung und Bundespolizei beschlossen.

Darüber hinaus hat der Senat die Gliederung und Darstellung des Gesamtstudienplans für das fachbereichsübergreifende Grundstudium und der einzelnen Studienpläne bzw. Module beschlossen.

Masterstudiengang „Master of Public Administration“

In der Sitzung im Juni 2010 berichtete die Wissenschaftliche Leiterin der Projektgruppe „Studiengang Master of Public Administration“ über den Sachstand der Arbeit der Projektgruppe bei der Erstellung eines Feinkonzepts zur Durchführung eines Masterstudiengangs zum Aufstieg vom gehobenen in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst.

Im Anschluss an die Aussprache begrüßte der Senat die Weiterentwicklung der Hochschule durch die Implementierung eines Masterstudiengangs an der FH Bund und nahm das Modulhandbuch für diesen Studiengang zustimmend zur Kenntnis.

Verordnung über den Aufstieg in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes über das Studium „Master of Public Administration“ an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (MPAFHBundV)

Das Bundesministerium des Innern hat in enger Abstimmung mit der FH Bund einen Entwurf einer Verordnung über den Aufstieg in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes über das Studium „Master of Public Administration“ an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung erarbeitet.

Der Senat nahm den Entwurf der Verordnung in seiner November-Sitzung zustimmend zur Kenntnis.

Evaluationsordnung für den Masterstudiengang

Da der Masterstudiengang als Fernstudiengang ausgerichtet ist und sich somit von den grundständigen Studiengängen der FH Bund unterscheidet, war die Ausarbeitung einer eigenen Evaluationsordnung für den Masterstudiengang notwendig.

Der Entwurf einer solchen Evaluationsordnung orientierte sich an dem Rahmenpapier über die Grundsätze einer Evaluation an der FH Bund, was bislang nur in einer Entwurfsfassung vorlag.

Der Senat nahm den Entwurf der Evaluationsordnung für den Masterstudiengang Master of Public Administration zustimmend zur Kenntnis.

Änderung der Diplomierungsordnung

Die Neufassung der Bundeslaufbahnverordnung zog die Änderung der Diplomierungsordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Diplo-FH Bund) nach sich.

Der Senat nahm die Änderungen der Diplomierungsordnung zustimmend zur Kenntnis.

Die geänderte Diplomierungsordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung wurde zwischenzeitlich mit Bekanntmachung vom 1. September 2010 (Bek. des BMI v. 1.9.2010 – D 2 – 261 852/0) im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht.

Berufung des Abgeordneten Peter Altmaier zum Ehrensenator der FH Bund

Präsident Bönders schlug dem Senat auf der November-Sitzung die Berufung des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier, MdB vor.

Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern hat sich nicht nur während seiner Amtszeit im Bundesministerium des Innern um den Bestand und die Fortentwicklung der FH Bund in besonderer Weise bemüht.

Auch seine wiederholte Bereitschaft, Vortragsveranstaltungen am Zentralbereich der FH Bund zu bestreiten und den Studierenden und Gästen damit nicht nur europapolitische Themen näherzubringen, unterstreicht seine Verbundenheit mit dieser Hochschule.

Der Senat stimmte auf seiner Sitzung am 17. November 2010 dem Vorschlag des Präsidenten zu und berief den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Peter Altmaier zum Ehrensenator der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.



Präsident Bönders und
Peter Altmaier, MdB (v. l.)

Im Rahmen der Berichte des Präsidenten wurde der Senat eingehend über Schwerpunkte der Hochschule informiert. Schwerpunkte dieser Berichte waren beispielsweise:

- der Besuch des damaligen Bundesministers des Innern, Dr. Thomas de Maizière, am 8. März 2010
- der Sachstand der Überarbeitung der Grundordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (GO-FH Bund)
- die Entwicklung und Resonanz der Veranstaltungsreihe „Hochschule im Dialog mit ...“
- die Ergebnisse aus den Sitzungen des Kuratoriums der FH Bund
- die Entwicklung eines Studiengangs Verwaltungsinformatik

Auch Beschlussfassungen über Personalangelegenheiten und die Geschäftsordnungen der Fachbereiche Auswärtige Angelegenheiten und Bundespolizei sowie das Statut des Zentralbereichsrates standen auf der Tagesordnung des Senats im Jahr 2010.

Neben den Sitzungen des Senats haben im Jahr 2010 zahlreiche Sitzungen der Fachbereichsräte und des Zentralbereichsrates stattgefunden, bei denen darüber hinausgehende fachbereichs- bzw. zentralbereichsspezifische Themenbereiche erörtert worden sind.

Mitglieder des Senats im Jahr 2010

Präsident

- Thomas Bönders

Ehrensensatoren

- Staatssekretär a. D. Johann Hahlen
- Univ.-Prof. Dr. jur. Klaus König
- Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Altmaier, MdB

Dekaninnen und Dekane

- Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Harmgardt
(Allgemeine Innere Verwaltung)
- Vortragender Legationsrat Tilman Enders
(Auswärtige Angelegenheiten)
- Präsident Bernd Brämer (Bundespolizei)
- Direktor Rudolf Junger (Bundeswehrverwaltung)
- Abteilungsdirektor Dr. Rüdiger Nolte (Finanzen)
- Professor Dr. Thorsten Heyer (Kriminalpolizei)
- Leitender Verwaltungsdirektor Hubert Lohaus
(Landwirtschaftliche Sozialversicherung)
- Regierungsdirektorin Dr. Monika Rose-Stahl,
kommissarisch (Nachrichtendienste)
- Abteilungsdirektorin Gudrun Dannhauer
(Sozialversicherung)
- Regierungsdirektor Harald Wollkopf
(Wetterdienst)

**Professorinnen und Professoren
sowie gleichgestellte hauptamtlich Lehrende**

- Regierungsdirektor Dr. Günter Schmidt
(Allgemeine Innere Verwaltung)
- Professor Dr. Ullrich Steding
(Auswärtige Angelegenheiten)
- Professorin Dr. Anke Borsdorff (Bundespolizei)
- Professor Dr. Eckard Lang (Bundeswehrverwaltung)
- Professor Dr. Wolfgang Huchatz (Finanzen)
- Professor Dr. Marc Colussi (Kriminalpolizei)
- Verwaltungsobererrat Klaus Merle
(Landwirtschaftliche Sozialversicherung)
- Professor Dr. Raimund Jokiel (Nachrichtendienste)
- Professorin Dr. Donata Ficht (Sozialversicherung)
- Professor Dr. Friedhelm Wallbaum (Wetterdienst)
- Regierungsdirektor Dr. Andreas Lamers (Zentralbereich)

**Hauptamtlich Lehrende
für besondere Aufgaben und sonstige Beschäftigte**

- Regierungsoberamtsrätin Doris Blau
(Allgemeine Innere Verwaltung)
- Regierungsamtsrat Uwe Schlegel (Bundespolizei)
- Verwaltungsoberamtsrat Andreas Müller
(Sozialversicherung)
- Bibliotheksamtsrat Friedhelm Linssen
(Allgemeine Innere Verwaltung)

Studierende

- Markus Krause (Allgemeine Innere Verwaltung)
- Sven Auerbach (Auswärtige Angelegenheiten)
- Philipp Stock (Bundespolizei)
- Mike Stiehler (Bundeswehrverwaltung)
- Christian Dohr (Finanzen)
- Atig Anwar (Kriminalpolizei)
- Tony Schröter (Landwirtschaftliche Sozialversicherung)
- N. N. (Nachrichtendienste)
- Katharina Prommer (Sozialversicherung)
- Rainer Suhr (Wetterdienst)

Teilnehmende ohne Stimmrecht

- Dekan Professor Dr. Detlef Leipelt (Zentralbereich)
- Kanzler Abteilungspräsident Claus Hoffmann
(Zentralbereich)

Reform des fachbereichs-
übergreifenden gemeinsamen
Grundstudiums

Die Arbeit der Studienplankommission im Jahr 2010

Die Studienplankommission (StPK) ist eine Unterkommis-
sion des Senats der Fachhochschule des Bundes, in der
grundsätzliche Fragen des Studiums an der FH Bund beraten
und dem Senat zur Entscheidung vorgelegt werden. Die
Mitglieder dieser Kommission werden vom Senat jeweils
aus den vier Statusgruppen – Dekaninnen und Dekane,
hauptamtlich Lehrende, Sonstige Beschäftigte und Lehren-
de für besondere Aufgaben sowie Studierende – gewählt,
Vorsitzender ist RD Dr. Andreas Lamers. Die StPK besitzt eine
Geschäftsstelle, die im Wissenschaftlichen Dienst der FH
Bund angesiedelt ist; Geschäftsführer ist der Referatsleiter
des Referates W.

Wie in den vorangegangenen Jahren bestimmte auch 2010
die Reform des fachbereichsübergreifenden gemeinsamen
Grundstudiums weitgehend die Arbeit der StPK. Die erste
Sitzung am 19. Januar 2010 in Brühl begann mit einem Rück-
blick auf die erfolgreiche öffentliche Evaluationstagung
mit anschließendem Workshop, die Ende September 2009
in den Räumen der FH Bund in Brühl durchgeführt wurde.
Die Ergebnisse dieser Tagung und des Workshops wurden
in einem Tagungsband veröffentlicht, der an Interessenten
kostenfrei abgegeben wird. Die Frage, wie die Ergebnisse
hochschulintern genutzt werden können, wurde kurz disku-
tiert; ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Schwerpunkte der Sitzung am 19. Januar 2010 waren die Be-
ratung des Studienplanes für das Grundstudium des Fachbe-
reichs Sozialversicherung sowie die Beratung des Vorworts
für die Druckversion der Studienpläne aller Fachbereiche.
Ergebnis dieser Beratungen waren Beschlussvorschläge für
die Sitzung des Senats am 17. März 2010.

In derselben Sitzung wurde auch die Vergleichbarkeit von Modulhandbüchern und Studienplänen diskutiert. Während die Studienpläne für das gemeinsame Grundstudium Lehrinhalte und Zeitansätze nur in komprimierter Form zur Information der Studierenden und Lehrenden bereitstellen und im Senat beschlossen werden müssen, beinhalten Modulhandbücher eine Fülle zusätzlicher Informationen, die sich an den Anforderungen eines Akkreditierungsverfahrens orientieren. Bei Prüfung der vorgelegten Modulhandbücher wurde eine Abweichung vom beschlossenen Studienplan festgestellt, die – wie eine Rückfrage ergab – auf ein redaktionelles Versehen zurückzuführen war. Um solche Fehler zu vermeiden, empfahl die StPK dem Senat, die Fachbereiche zu beauftragen, eine Übersicht als Arbeitshilfe für die Überprüfung der Modulhandbücher zu erstellen.

Auf der Senatssitzung am 17. März 2010 wurden studentische Mitglieder der StPK sowie deren Vertreterinnen und Vertreter neu gewählt, da die bisherigen Mitglieder studienbedingt ausgeschieden waren. Neben den von der StPK vorbereiteten Entscheidungsvorschlägen wurde auch das Thema Evaluation angesprochen und diskutiert. Übereinstimmung bestand im Senat darin, Rahmenvorgaben zu setzen, die Freiräume zur individuellen Ausgestaltung ermöglichen. Zu diesem Zweck beauftragte der Senat die StPK mit dem Entwurf eines Rahmenpapiers „Grundsätze der Evaluation an der FH Bund“.

Dieser Senatsauftrag wurde in den beiden folgenden Sitzungen der StPK am 21. April 2010 sowie am 22. Juni 2010 intensiv beraten. Beschlossen wurde zunächst, die Fachbereiche und den Zentralbereich um Vorlage vorhandener Evaluationsordnungen zu bitten, um aus diesen Quellen einen für alle Fachbereiche und den Zentralbereich verbindlichen Rahmen zu erarbeiten. Der von der StPK formulierte Entwurf wurde wieder den Fachbereichen und dem Zentralbereich mit der Bitte um Beratung und Stellungnahme zugeleitet. Eine Beschlussfassung in der Senatssitzung im

Juni 2010 war wegen des aufwendigen Beteiligungsverfahrens noch nicht möglich.

Neben den Grundsätzen der Evaluation wurden im Juni auch die neu vorgelegten Studienpläne und Modulhandbücher beraten und entsprechende Beschlussvorschläge formuliert. Diese konnten zur Sitzung des Senats am 30. Juni 2010 zur Entscheidung vorgelegt und im Senat beschlossen werden. Auf dieser Senatssitzung wurde ein (stellvertretendes) Mitglied aus der Gruppe der hauptamtlich Lehrenden neu gewählt, da das bisherige Mitglied aus Altersgründen ausgeschieden war.

Die eingehenden Stellungnahmen zu dem von der StPK formulierten Entwurf eines Rahmenpapiers „Grundsätze der Evaluation“ konnten überwiegend im Rundlaufverfahren per E-Mail sowie telefonisch abgestimmt werden; die meisten Änderungs-vorschläge konnten ohne Probleme im Entwurf berücksichtigt werden. Ein vorsorglich reservierter Sitzungstermin im Oktober 2010 brauchte deshalb nicht wahrgenommen zu werden.

Erst bei den Beratungen der Statusgruppen – unter Beteiligung der StPK-Mitglieder – am 16. November zeigte sich weiterer Diskussionsbedarf. Grund dafür war, dass nicht alle Fachbereiche den Entwurf des Rahmenpapiers bekannt gemacht bzw. an den Fachbereichsrat zur Beratung weitergegeben hatten. In wenigen Fällen erfuhren Senatsmitglieder erst mit der Einladung zur Senatssitzung von diesem Entwurf. Angesichts der Tragweite der Evaluation wurde die Nichteinbeziehung der Fachbereichsräte als nicht hochschulangemessen eingestuft; gleichzeitig wurde von der Gruppe der hauptamtlich Lehrenden ein neuer, erweiterter Entwurf erarbeitet. Über diesen Entwurf konnte im Senat am 17. November 2010 kein Beschluss gefasst werden, so dass erneut die StPK beauftragt wurde, den Sachverhalt zu beraten.

Die Beratung musste wegen der engen Termine im Dezember auf Januar 2011 verschoben werden.

Mitglieder der Studienplankommission im Jahr 2010

Dekane

- Direktor Rudolf Junger
(Fachbereich Bundeswehrverwaltung)
- Professor Dr. Thorsten Heyer (Fachbereich Kriminalpolizei)

Professoren sowie gleichgestellte hauptamtlich Lehrende

- Regierungsdirektor Dr. Andreas Lamers (Zentralbereich)
Vorsitzender der Studienplankommission
- Verwaltungsobererrat Klaus Merle
(Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung)

Hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben und sonstige Beschäftigte

- Regierungsoberamtsrätin Doris Blau
(Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung)

Studierende

- Markus Krause
(Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung)
- Atig Anwar (Fachbereich Kriminalpolizei)

Geschäftsstelle Studienplankommission

- Oberregierungsrat Klaus Günther (Zentralbereich)
- Bibliotheksamtsrätin Uta Kauer (Zentralbereich)

Hochschulzentrum

Der Masterstudiengang „Master of Public Administration“



Im September 2009 hat das Bundesministerium des Innern entschieden, an der FH Bund einen Masterstudiengang „Master of Public Administration“ (MPA) einzurichten, um so auch weiterhin den Aufstieg im Rahmen eines internen Ausbildungsverfahrens aufrechterhalten zu können. Den Hintergrund dieser Entscheidung bildet die zum 13. Februar 2009 in Kraft getretene novellierte Bundeslaufbahnverordnung, die für den Aufstieg in den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes den erfolgreichen Abschluss eines Masterstudiums oder einen gleichwertigen Abschluss vorsieht. Solche Abschlüsse werden über das bislang von der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung angebotene Aufstiegsverfahren nicht erreicht.

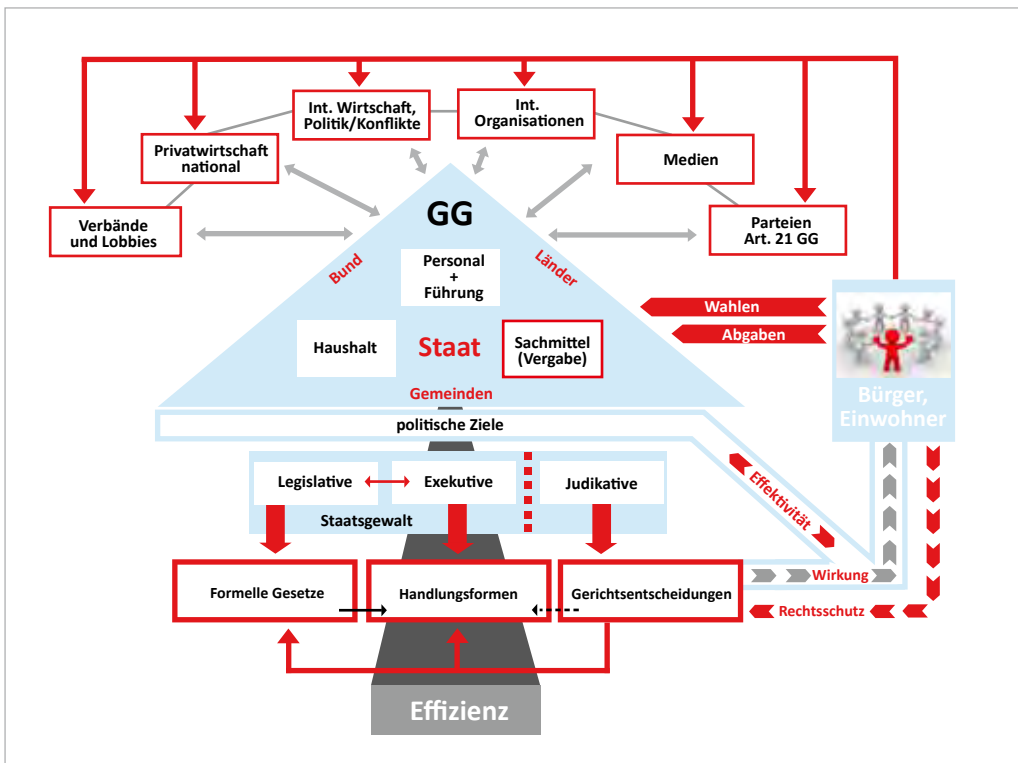
Mit der Novellierung trägt die neue Bundeslaufbahnverordnung der Modernisierung im Hochschulbereich im Zuge des Bologna-Prozesses Rechnung. So eröffnen nach Beschluss der Innenministerkonferenz vom 7. Dezember 2007 und der Kultusministerkonferenz vom 20. September 2007 Masterabschlüsse an Fachhochschulen den Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes.

Die Ressorts haben sich dafür ausgesprochen, auch künftig an der besonderen Form der Personalentwicklung des Aufstiegs für herausgehobene Leistungsträger im gehobenen Dienst durch ein internes Ausbildungsverfahren festhalten zu wollen. Denn allein im Wege eines internen Ausbildungsverfahrens ist sichergestellt, dass die Studieninhalte unmittelbar an den Kenntnisstand zur Laufbahnbefähigung für den gehobenen Dienst und die praktischen Erfahrungen in der Bundesverwaltung anschließen, dass sie an den spezifischen Bedürfnissen der Bundesbehörden ausgerichtet sind und dass die Anforderungen der Berufspraxis an die Beamtinnen und Beamten im höheren Dienst besondere Berücksichtigung finden.

Im Jahr 2010 hat die an der FH Bund eingerichtete Projektgruppe „Studiengang Master of Public Administration“ die in einem Feinkonzept festgehaltenen Module inhaltlich weiter ausgearbeitet. Auch die Ressorts wurden im Jahr 2010 in mehreren Workshops bei der Erarbeitung der Lehrinhalte des fachbereichs- und ressortübergreifenden Masterstudiengangs mit eingebunden.

Der FH Bund ist es ein großes Anliegen, in optimaler Weise sicherzustellen, dass die aktuellen Bedürfnisse der Behörden und die Spezifika einzelner Fachrichtungen im Rahmen des Masterstudiums Berücksichtigung finden. Dies gilt in besonderer Weise für die sog. Schwerpunktmodule, die variabler Bestandteil des Studiums sind und von den Studierenden in enger Abstimmung mit ihren Dienststellen gewählt werden.

Die Schwerpunktmodule vermitteln Wissen und Fertigkeiten in besonderen Gebieten und sind in idealer Weise auf die Bedürfnisse der Behörden und auf die typischen Arbeitsfelder der Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten ausgerichtet. Das Angebot der Schwerpunktmodule soll für jeden neuen Studienkurs gemeinsam mit den Ressorts neu überdacht und ggfs. neu konzipiert werden, um so speziell auf den aktuellen Bedarf eingehen zu können.



Dachmodul-Konzept

Der Masterstudiengang soll die Studierenden auf eine Vielzahl von Tätigkeitsfeldern im höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes vorbereiten. Die Studieninhalte werden daher in umfassender, vertiefender und interdisziplinärer Weise vermittelt, berücksichtigen die beruflichen Erfahrungen der Studierenden und knüpfen an diese an. Neben der Vermittlung von Fachkenntnissen

und Fertigkeiten aus den rechts-, politik-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereichen hat die Förderung der sozialen Kompetenzen und der Führungskompetenz besonderes Gewicht.

Die Module des grundständigen Studiums, die von jedem Studierenden erfolgreich zu absolvieren sind, gliedern sich daher in die Bereiche

- „Staat und Politik – Public Governance“
- „Allgemeines Verwaltungshandeln – Public Management“
- „Personalwesen – Human Resources Management“
- „Finanzielles Verwaltungshandeln – Public Finance“.

Bestandteil des Studiums ist auch das Modul Masterarbeit, das aus der Erstellung einer Masterarbeit und ihrer mündlichen Verteidigung besteht. Auch bei der Ausarbeitung der Masterarbeit sollen Synergieeffekte entstehen. Aus diesem Grund erfolgt die Themenwahl in enger Abstimmung zwischen Studierenden, der Dienststelle sowie dem Erst- und Zweitkorrektor. Auf diese Weise können Themen vergeben werden, die auf den Forschungsbedarf der Behörden zugeschnitten sind.

Das Bundesministerium des Innern hat vorgesehen, den Studiengang als Fernstudiengang anzubieten, um damit eine hohe Flexibilität des Studierens und eine hohe Vereinbarkeit von beruflicher Weiterentwicklung und Familienpflichten zu ermöglichen. Dies trägt den dienst- und laufbahnrechtlichen Vorgaben einer familienfreundlichen Gestaltung des Aufstiegsverfahrens Rechnung. Der als berufsbegleitender, weiterbildender Fernstudiengang konzipierte Aufstiegs-master sieht daher nur wenige Präsenzveranstaltungen vor, die sich regelmäßig auf zwei Unterrichtstage pro Modul und die Prüfungstage konzentrieren. Die Präsenzzeiten dienen

dazu, bestimmte Studieninhalte zu wiederholen und zu vertiefen.

Um die Betreuung der Studierenden in optimaler Weise sicherzustellen, hat die FH Bund ein Betreuungskonzept entwickelt, das sich als angeleitetes Fernstudium versteht und neben der Erreichbarkeit der Lehr- und Lerninhalte unabhängig von Zeit und Ort auch eine kontinuierliche Erreichbarkeit der Dozentinnen und Dozenten und eine Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden über Elemente des eLearning sicherstellt.

Zentrales Lernelement im Masterstudiengang ist der Studienbrief als Lehrmethode. Sein Aufbau orientiert sich an einer festgelegten formalen und didaktisch-gestalterischen Struktur, die im aktuellen Fernstudiendiskurs als state of the art anzusehen ist. Neben Dozentinnen und Dozenten der FH Bund konnten zahlreiche Praktikerinnen und Praktiker aus den verschiedenen Ressorts als Autorinnen und Autoren für die Studienbriefe gewonnen werden.

Im Juli 2010 wurde das Verfahren zur Akkreditierung des Masterstudiengangs offiziell eingeleitet. Am 9. und 10. Dezember 2010 fand eine Vor-Ort-Begehung durch die Gutachtergruppe zur Akkreditierung des Masterstudiengangs statt, so dass der Studiengang zum 1. April 2011 als akkreditierter Studiengang an den Start gehen wird.

Zum Masterstudium können nach Ablauf der Probezeit Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes zugelassen werden, die über einen Diplom- oder Bachelorabschluss der FH Bund oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen, sich mindestens 4 Jahre im Dienst bewährt haben, jünger als 58 Jahre sind und erfolgreich an einem Auswahlverfahren teilgenommen haben. Auch Tarifbeschäftigte können zum Studium zugelas-

sen werden, sofern sie die für die Beamtinnen und Beamten geltenden Zulassungsvoraussetzungen erfüllen.

Im Jahr 2010 hat die FH Bund begonnen, ein Konzept für ein von ihr selbst gestaltetes Auswahlverfahren im Einzelnen zu entwickeln. Voraussichtlich ab August 2011 werden die Auswahlverfahren unter der Regie der FH Bund durchgeführt werden können.

Der Masterstudiengang ist darauf ausgerichtet, durch die fächerübergreifende Bearbeitung praxisrelevanter Themen und Probleme Kompetenzen der Studierenden zur Bewältigung komplexer und sich wandelnder beruflicher (Führungs-)Aufgaben zu entwickeln. Als ein weiterbildender Studiengang ist er ein wichtiger Baustein zum Erhalt und zur Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes und gleichzeitig ein wichtiges Instrument im Konzept der lebenslangen wissenschaftlichen Qualifizierung. Mit dem Masterstudiengang schafft die FH Bund eine neue attraktive wissenschaftliche Qualifikationsmöglichkeit für besonders leistungsfähige Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes sowie eine flexiblere Verbindung von Lernen und beruflicher Tätigkeit in der Bundesverwaltung.

Der Masterstudiengang
als berufsbegleitendes
Fernstudium

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Der Zentralbereich und der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der FH Bund haben im Zeitraum Juni 2009 – Juni 2010 das audit familiengerechte hochschule der berufundfamilie gGmbH genutzt, um betriebliche Ziele und private Interessen ihrer Beschäftigten und ihrer Studierenden in eine tragfähige Balance zu bringen. Die Mühen haben sich gelohnt: Am 11. Juni 2010 erhielt die Leiterin des Personalreferats, Claudia Siebolds, stellvertretend für die FH Bund das Zertifikat des audits aus den Händen der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, und des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Peter Hintze.

Wesentliche Grundlage ist eine Zielvereinbarung zur Verwirklichung einer familienbewussten Personalpolitik, die in den kommenden drei Jahren umgesetzt werden soll.

Zahlreiche Maßnahmen, wie z. B. die

- Schaffung einer Notfallvertretungsregelung für das Lehrpersonal,
- Ausweitung der bestehenden Gesundheitsangebote,
- Durchführung eines Workshops zum Thema „Familienbewusstes Führen“,
- Sensibilisierung für das Thema Beruf und Pflege,
- Verbesserte Planbarkeit für Studierende mit Kind und
- Unterstützung bei Regel- und Notfallbetreuungsangeboten



Betriebliche Ziele und private Interessen vereinbaren

sollen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie die Studierenden künftig Beruf und Familie noch besser vereinbar machen. Neben der Betreuung von Kindern nimmt dabei heute auch die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen einen immer größeren Stellenwert ein. Darüber hinaus sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen für die FH Bund zum einen wichtig, um auch für Studierende mit Familienpflichten ein Studium durchführbar zu machen und zum anderen, um im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Dozentinnen und Dozenten und Studierende insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels als attraktiver Arbeitgeber und als attraktive Hochschule bestehen zu können.



Staatssekretär Peter Hintze,
Claudia Siebolds und
Bundesministerin
Dr. Kristina Schröder (v. l.)

Dekanat am Zentralbereich

Mit Herrn Dr. Götz Sommer verließ 2010 ein langjähriger Dozent die Fachhochschule.

Als Verstärkung für das Studienggebiet 2.2 – Verwaltungsrecht durften Herr Prof. Dr. Thomas Sauerland und für einen späteren Einsatz in diesem Studienggebiet Herr Lars Esterhaus begrüßt werden.

Sechs Lehrende des Zentralbereichs absolvierten im Sommer- und Wintersemester 2010 ihre Praxisaufenthalte in Bundesbehörden. Die nachfolgenden Seiten bieten einen Überblick über ihre Einsatzgebiete und gemachten Erfahrungen.

Im Rahmen der Projektwochen konnten 2010 insgesamt 30 Projekte angeboten werden, die oft von studentischer Seite initiiert und organisiert wurden. Die Studierenden beschäftigten sich dabei mit verfassungs- und verwaltungsrechtlichen, europa- und sicherheitspolitischen, polizeilichen, geschichtlichen und weiteren ausbildungsnahen Themenstellungen.

Zum ersten Mal überhaupt fand ein Workshop für Lehrbeauftragte des Studienggebiets Psychologie – Soziologie – Pädagogik (PSP) statt, um diese zielgerichtet auf die Lehrtätigkeit im Grundstudium vorzubereiten.



Neben dem Kennenlernen zentraler Servicestellen wie Dekanat, Bibliothek, DocuCenter und Studio wurde die neu konzipierte Informations-DVD für Lehrbeauftragte vorgestellt. Diese beinhaltet einen umfangreichen Reader als Grundlagenliteratur (ca. 1.000 Seiten aus 32 Büchern/Buchkapiteln), Foliensätze, Übungsvorschläge und Unterrichtsfilme, welche den in den Curricula vorgegebenen Themenfeldern zugeordnet sind.

Weitere Themen waren Inhalte und Beispielfragen zu Klausuren, eine Einführung zum Umgang mit der Lernplattform „ILIAS“ und Hilfestellungen bei Problemen mit der Medientechnik.

An der Qualifizierungsmaßnahme Verwaltungsinformatik nahmen im Zeitraum April-Juni 2010 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachbereiches Landwirtschaftliche Sozialversicherung an der Basisausbildung teil. Da dieser Fachbereich schon weitergehenden Bedarf gemeldet hat, wird auch in 2011 ein solcher Lehrgang angeboten.

Mit Erlass vom 7. Juni 2010 wurde die Fachhochschule des Bundes aufgefordert, ein Grobkonzept für die Einrichtung eines dualen Studiengangs „Verwaltungsinformatik“ zu konzipieren. Ziel dieses Studiengangs ist es, der immer größer werdenden Kluft zwischen dem in der Bundesverwaltung bereits eingesetzten Personal und dem tatsächlichen Bedarf zur Erfüllung der IT-spezifischen Aufgaben entgegenzuwirken.

Die hierfür ins Leben gerufene, aus Kolleginnen und Kollegen des Dekanats und des Fachbereichs Finanzen bestehende Projektgruppe erarbeitete die Struktur eines grundständigen, modular aufgebauten 3-jährigen Studiengangs, der jeweils hälftig am Zentralbereich in Brühl und am Fachbereich Finanzen in Münster durchgeführt werden könnte. Nach der erfolgten Vorlage eines Finanzierungskonzeptes für diesen Studiengang an das BMI bedarf es nun der Bestäti-

gung durch die Ressorts, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entsenden.

Alsdann sollen die Erstellung eines Feinkonzepts und die Verständigung über Inhalte und Schwerpunktmodule erfolgen.

Als eine besondere Herausforderung erwies sich die Umstellung von der bisher praktizierten Semesterplanung auf eine Jahresplanung durch die Lehrorganisation des Dekanats. Diese war u. a. durch den versetzten Studienbeginn der Studierenden im Fachbereich Bundespolizei notwendig geworden.

Die Umstellung ist seit einigen Monaten erfolgt und verlief absolut friktionsfrei.

Konsolidierung der Evaluation am Zentralbereich

RD Privatdozent Dr. Andreas Lamers

Seit dem Sommersemester 2007 wird die Lehre am Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl regelmäßig und umfassend evaluiert. Grundlage ist die am 1. Dezember 2006 vom Zentralbereichsrat beschlossene und zuletzt am 15. September 2008 geänderte Evaluationsordnung. Darin wird als Ziel der Evaluation „die Sicherung eines hochwertigen Studiums am Zentralbereich, die Verbesserung der Prozessqualität des Lehrens und Lernens im Sinne einer optimalen Vorbereitung der Studierenden“ festgelegt; und es gilt: „Die Evaluation ist verpflichtend für alle Lehrenden und Studierenden.“ Grundlagen und Ergebnisse der Evaluation sind in Evaluationsberichten des Verfassers festgehalten worden. Dargestellt wurden zusammenfassende Bewertungen der evaluierten Lehrveranstaltungen (mit einem regulären Zeitansatz von mindestens 20 Unterrichtsstunden), jeweils

nach Studiengebieten getrennt. Zum Vergleich wurden auch die Bewertungen der Wissenschaftsgebiete (Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) sowie Gesamtmittel aller Befragungen erstellt.

Die in den Berichten enthaltenen Ergebnisse waren zunächst im Kreis der Studienbereichssprecherinnen und Studienbereichssprecher vorgestellt und diskutiert worden, bevor sie hochschulintern veröffentlicht wurden. Interessantes Ergebnis war, dass teilweise deutliche Unterschiede in der Bewertung verschiedener Fächer bzw. Wissenschaftsgebiete durch die Studierenden festgestellt werden konnten. Dies gilt im Wesentlichen für sämtliche Semester, so dass Zufallseinflüsse hier weitgehend ausgeschlossen werden können. Auffällig ist dabei, dass neben der dozentenbezogenen Bewertung offensichtlich auch Interesse am Fach und die Bedeutung des Faches für den Studienerfolg wie auch der Arbeitsaufwand insgesamt (in Stunden pro Woche) mit der Gesamtbewertung eines Faches korrespondieren. Die sichtbaren Unterschiede können, wie einige Detailanalysen zeigen, teilweise durch unterschiedliche Einstellungsbehörden wie Allgemeine Innere Verwaltung und Bundespolizei erklärt werden. So sind beispielsweise sozialwissenschaftliche Fächer in Polizeikursen oft besser als in Verwaltungskursen bewertet worden. Eine systematische statistische Untersuchung unter Einschluss von Signifikanztests konnte aus Zeitgründen jedoch noch nicht durchgeführt werden.

Probleme mit der Evaluation

Völlig überraschend bereitete – nach störungsfreien Durchläufen in den ersten Semestern – die technische Umsetzung der Evaluation ab Mitte 2009 erhebliche Probleme. Teilweise konnten die eingescannten Fragebögen überhaupt nicht erkannt werden, teilweise brach die elektronische Auswertung nach einem Bruchteil der eingelesenen Fragebögen

ab. Nach langwieriger Fehlersuche wurden verschiedene Fehlerquellen identifiziert: Eine wichtige Ursache war die - vermutlich durch geänderte Virenprüfroutinen im IVBB (Informationsverbund Berlin Bonn) – verzögerte Übermittlung, die teilweise zu Time-Out-Fehlern (Zeitüberschreitungsfehlern) und Abbruch der Erkennung führte. Ein zweites Problem waren offensichtliche Inkonsistenzen in der Rechteverwaltung (Administration) der Software, die ebenfalls dazu führen konnten, dass Fragebögen nur fehlerhaft oder gar nicht erkannt wurden. Nicht auszuschließen sind auch Fehler bei der Vervielfältigung der Fragebögen, die ebenfalls – als Folge einer fehlerhaften Skalierung beim Druck – zu Erkennungsproblemen führten. Bedingt durch zahlreiche Fehlversuche und häufige Wiederholungen konnten die aus den vorhergegangenen Semestern gewohnten schnellen Rückmeldungen nicht realisiert werden. Auch die Erstellung zusammenfassender Vergleiche verzögerte sich deutlich oder wurde – wegen zu großer Datenlücken - sogar unmöglich.

Weitere Konsequenz dieser technischen Probleme – und auch der hohen Arbeitsbelastung der beteiligten Akteure – war, dass die Erstellung des nächsten großen Evaluationsberichts deutlich verzögert wurde und leider noch nicht abgeschlossen werden konnte. Dagegen konnten eine Reihe kleinerer Berichte kurzfristig erstellt und weitergeleitet werden. Solche Berichte wurden von Einstellungsbehörden angefordert, um beispielsweise die Qualität reformierter Studiengänge aus der Sicht der Studierenden bewerten zu können. Zusammenfassende Berichte wurden aber auch von einigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern - als Beleg für eigene erfolgreiche Lehre - angefordert. Diese Anforderungen konnten trotz der geschilderten Probleme - dank der engagierten Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dekanats – in der Regel kurzfristig erfüllt werden.

Ausblick

Wegen der erwähnten technischen Probleme des bisher verwendeten Evaluationssystems wird derzeit ein Wechsel der technischen Basis geprüft. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung läuft über das Beschaffungsamt des BMI (Bundesministeriums des Innern) eine öffentliche Ausschreibung, deren Ziel die Bereitstellung eines verlässlichen, benutzerfreundlichen Systems ist. Unverzichtbare Voraussetzung für einen Umstieg wird sein, die vorhandenen Rohdaten aus dem alten System zu übernehmen, da diese gemäß Evaluationsordnung drei Jahre lang für Zeitvergleiche aufbewahrt und genutzt werden sollen.

Nach der Entscheidung und ggf. Einführung des neuen Systems ist auch die noch in der Pilotphase steckende Befragung der Lehrenden zur Einschätzung der unterrichteten Kurse fertigzustellen. Hinzu kommt – als letzter in der Evaluationsordnung genannter Baustein – die Evaluation der Verwaltungsleistungen durch Lehrende und Studierende. Voraussetzung für die Umsetzung dieses Bausteins ist, dass alle beteiligten Seiten an der Entwicklung der entsprechenden Fragebögen mitwirken. In diesem Zusammenhang problematisch ist die hohe Belastung der Lehrenden durch große Studierenden-Zahlen des Wintersemesters; hinzu kommt bei einigen Lehrenden die Belastung durch Erstellung von Studienbriefen. Die Mitwirkung der Studierenden wird durch geänderte Studienzeiten einiger Einstellungsbehörden erschwert; denn der Zeitraum, in dem große Studierendenzahlen gemeinsam das Studium am Zentralbereich durchlaufen, ist durch Verschiebungen des Studienbeginns bzw. Studienendes deutlich reduziert worden.

Praxisberichte der Dozentinnen und Dozenten des Zentralbereichs

Praxisaufenthalt bei der Bundespolizei

RD Dr. Thomas Beck

Studienbereich Staatsrecht und Politik

Alle vier Teilabschnitte des Praxisaufenthalts fanden für jeweils zwei Wochen bei der Bundespolizei an folgenden Standorten statt:

- Lübeck: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundespolizei und Bundespolizeiakademie
- Bundespolizeiausbildungs- und -fortbildungszentrum (AFZ) Heimerzheim
- Bundespolizeidirektion Frankfurt/Main
- Bundespolizeidirektion St. Augustin/Hangelar/Köln/Wahn

Bundespolizeiakademie Lübeck

Da ich in den Jahren 2001 bis 2004 einige Sommersemester in Lübeck unterrichtet hatte, war es mir eine besondere Freude, an diesen Ort zurückzukehren. Herrn PD Reier möchte ich für die freundliche Aufnahme und die gute Organisation herzlich danken. Im Gegensatz zu meiner früheren Verwendung als Dozent hatte ich dieses Mal Gelegenheit, an Unterrichtungen polizeirelevanter Fächer teilnehmen zu können und auch die Akademie kennenzulernen. Die Hospitationen betrafen die Bereiche Einsatzlehre, Kriminalistik, Führungslehre, grenzpolizeiliche und flughafenpolizeiliche Aufgaben, Kooperation mit der Landespolizei, Sozialwissenschaftlicher Dienst, Interkulturelle

Kommunikation, Ausländerrecht. All dies sind Themen, die nicht direkt mit meinen Aufgaben als Dozent für Staats- und Europarecht zu tun haben, die mir jedoch die gesamte (beeindruckende) Bandbreite der Ausbildung im gehobenen Dienst vor Augen führten. Diese Erfahrung ist wichtig für Dozentinnen und Dozenten gleich welchen Faches, um spezifischer auf die Bedürfnisse der Studierenden eingehen zu können. Dazu kamen Hospitationen in zwei internationalen Lehrgängen an der Akademie für anstehende Einsätze in Afghanistan und Saudi Arabien.

Letzteres, sowie die zahlreichen Gespräche im Sachbereich 14 (Auslandeinsätze der Polizei) waren nützlich im Sinne von Stoffsammlung, Bedarfsermittlung und Kontaktpflege für das neue Fach „Polizei und Internationale Politik“, welches ab Januar 2011 in Brühl von unserem Studienbereich angeboten wird.

Zum ebenfalls neuen und 2010 erstmals angebotenen Fach „Polizeigeschichte“ konnte ich drei Großveranstaltungen mit zusammen 300 Anwärtinnen und Anwärtern in Vorlesungsform durchführen.

AFZ Heimerzheim

Ein Wiedersehen mit Studierenden aus dem Wintersemester, die noch um die Zwischenprüfungsergebnisse bangten. Das Programm war abwechslungsreich und gemischt und ich bekam eine Vorstellung davon, wie der Studienabschnitt der Anwärtinnen und Anwärter zwischen Brühl und Lübeck aussieht. Im Einzelnen nahm ich teil an:

Englischunterricht mit Polizeibezug, Waffenrecht, Einsatz- und Führungslehre, Polizeitaktik, Schießen mit Pistole P30 in der Standortschießanlage wie auch auf dem Übungsplatz im Köln; hier fielen mir die Unterschiede zwischen militärischer und polizeilicher Ausbildung ins Auge.

Weitere Praxisthemen waren: Kennenlernen der Formalaus-
bildung bei der Polizei, Durchsuchen eines Kraftfahrzeugs,
Personenkontrollen, Fahrzeugkontrollen im 30 km/h-Be-
reich. Auch hier ging es um die Anwendung und die Gren-
zen der Anwendung polizeilicher Befugnisse, aber auch um
die Vermittlung praktischer Fertigkeiten.

Interessant war die Teilnahme an Bewerberauswahlverfah-
ren für den mittleren Dienst, für den sich überraschend viele
Abiturientinnen und Abiturienten bewerben.

Generell hat das AFZ nach dem theorie- und wissensgesät-
tigten Grundstudium gute Ausgangsbedingungen, um jun-
gen Leuten polizeiliche Praxis beizubringen. Die Aufsteige-
rinnen und Aufsteiger aus den Kursen sind hier gegenüber
den Frischlingen von der Schulbank klar im Vorteil.

Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main

In einem Gespräch mit Präsident Wurm wurde mir vermit-
telt, dass die Absolventinnen und Absolventen der FH Bund
sehr geschätzt würden.

Es sei klar, dass die sehr spezifischen Fertigkeiten am Flug-
hafen nur hier vor Ort im Verfahren „learning by doing“
erworben werden könnten, jedoch biete die Ausbildung der
FH Bund eine breite Grundlage dafür.

Sorgen wurden vereinzelt geäußert, dass der Arbeitsmarkt
in einigen Jahren nicht mehr genug qualifizierte Bewerbe-
rinnen und Bewerber hergeben würde.

- Das Programm sah zu Beginn des Aufenthalts eine Ein-
weisung in die Aufgabenbereiche der einsatzrelevanten
Stabsabteilungen vor.
- Es folgte im täglichen Wechsel die Einweisung in die
Inspektionen I-V. Dadurch wurde die ganze Bandbreite

polizeilichen Handelns deutlich. Dies betrifft Gefahrenabwehr im Bereich Luftsicherheit, Bahnpolizeiliche Aufgaben im Flughafenbereich, Grenzpolizeiliche Tätigkeiten (Passnachschaue und Visumskontrolle) und Asylaufgaben. Bei Flügen aus bestimmten Ländern wird gelegentlich eine zusätzliche Stichprobenkontrolle am Flugzeug vor der Einreise auf Staatsgebiet durchgeführt, um im Falle falscher Identitäten und der Vernichtung von Pässen die Beantragung von Asyl zu verhindern.

- Inspektion I: Hier wurde der Mix aus Bahn -und Grenzpolizei schon im geographischen Zuständigkeitsbereich der Inspektion deutlich. Hier habe ich mich über die Schnittstelle zur hessischen Landespolizei informieren können.
- Inspektion V: Zuständig für den Außenbereich innerhalb des Flughafens, Stichprobenkontrollen an der Gangway, Sicherheit der Startbahnen, Passagiere der 1. Klasse, Dokumentenfälschung. Reisende mit Asylbegehren werden seitens der Bundespolizei abgelehnt, wenn entweder keine gültigen Dokumente vorliegen oder der Antragsteller aus einem sicheren Drittland einreist. Bei Zurückweisungen tragen die Fluggesellschaften die Kosten. Die Bundespolizei sichert eine Flüchtlingsaufnahmeeinrichtung des Landes und unterhält dort einen „Grenzkontrollschalter“.
- Inspektion IV: Alleinige Zuständigkeit für Rückführungen von Straftätern & Asylbewerbern. Hier wird staatsrechtlich sehr schön die Verflechtung des Mehrebenensystems im Bund-Länder Verhältnis deutlich. Die Ausländerbehörde des Landes verfügt – oft nach jahrelangem Rechtsstreit – die Rückführung des Drittstaatlers. Die Landespolizei liefert die Person bei der Bundespolizei ab und übergibt mit einem Übergabeprotokoll die Verantwortung an den

Bund. Die Person wird nach einem besonders gründlichen Verfahren durchsucht und in Abschiebehaft genommen bis zum Abflug. Die meisten Abschiebungen (2/3) können unbegleitet stattfinden. Im Falle von Begleitungen checken zwei Beamtinnen oder Beamte und falls nötig eine Ärztin oder ein Arzt zeitlich vor den normalen Passagieren ein. Flugkapitäne können die Beförderung verweigern, falls sie die Sicherheit des Fluges beeinträchtigt sehen. Eine Fesselung gefährlicher Straftäter ist Standard. In wenigen Fällen verletzen sich die abzuschiebenden Personen selbst, schmieren sich mit Kot ein oder randalieren, um ein Rückführungshindernis zu schaffen. Dies gelingt ihnen insofern, als die Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten wenig Spielraum haben zwischen der Sicherheit des Luftverkehrs und den Grundrechten des Betroffenen (Verhältnismäßigkeit). Geeignete Maßnahmen der Gewaltanwendung sind rechtlich oft nicht zulässig. Letztendlich werden Abschiebungsmaßnahmen im Zweifel abgebrochen. Dies dient auch der eigenen rechtlichen Absicherung. Der Bundespolizist ist ferner einer hyperkritischen Öffentlichkeit ausgesetzt. Kirchen etwa haben institutionalisierten Zugang. In einzelnen Fällen wurde gegen Beamte auch staatsanwaltschaftlich ermittelt. Auch wenn sich im Endeffekt die Vorwürfe als unbegründet herausstellen, so birgt das polizeiliche Handeln doch immer auch ein persönliches Risiko für den Polizeivollzugsbeamten/ die Polizeivollzugsbeamtin. Schockierend sind die extrem hohen Kosten für den Steuerzahler. Nur bei Zurückweisungen vor Grenzübertritt haften die Fluggesellschaften, wenn Drittstaatler ohne gültige Pässe/Visa befördert wurden. Durchbeförderungen von Ausländern stellen eine weitere Einsatzvariante dar. In Ausnahmefällen führen Landespolizeien die Abschiebung auch selbst durch. Sammelcharterflüge oder Charter im EU-Rahmen von Frontex werden aus Effizienzgründen ebenfalls durchgeführt. 50% der Rückführungen in Deutschland finden über den Flughafen Frankfurt/Main statt.

- MKÜ (Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit), seit 2005 mit dem Status einer Inspektion. Bisher „Springer“ zur Unterstützung anderer Inspektionen, wird sie künftig stärker eigene unregelmäßige Kontrollmaßnahmen durchführen. Schwerpunktmaßnahmen können auch Befragungen mit Grenzbezug sein. Es bestehen Entschärferteams für Sicherungsmaßnahmen bei Auffinden herrenloser Gepäckstücke (Kofferbomben). Jährlich gibt es ca. 1.400 Vorkommnisse, bei denen zum Schutz der Öffentlichkeit weiträumig abgesperrt wird. Die meisten Vorkommnisse erweisen sich im Nachhinein jedoch als harmlos.
- Flugsicherheitsbegleiter/Sky-Marshals haben ebenfalls den Status einer Inspektion. Sie operieren verdeckt, zivil und bewaffnet. Prioritäten werden nach Gefährdungslagen gesetzt, da angesichts des hohen Flugaufkommens eine flächendeckende Begleitung nicht möglich ist. Die Beförderungskosten für den Flugsicherheitsbegleiter werden von den Fluglinien getragen.
- Inspektion Kriminalitätsbekämpfung. Sie zielt vorwiegend auf das Aufdecken von Schleusungen. Eine mobile Fahndungseinheit führt Observationen durch, um unerlaubte Einreise, Beihilfe hierzu und Visumerschleichung etc. aufzudecken. Der Ermittlungsdienst erforscht in Zusammenarbeit mit Polizeien anderer Länder und Nachrichtendiensten Strukturen von Schleusungen, die als Massengeschäft durchaus ein Teil der organisierten Kriminalität sind. Finanzströme und organisatorische Strukturen müssen mühsam nachgewiesen werden. Dem dient auch eine systematische und langfristig angelegte Telefonüberwachung. Der Kriminaltechnische Dienst ist mit modernsten technischen Mitteln ausgestattet, um Fälschungen bei Pässen und Visa gerichtsfest nachweisen zu können, was bei einer Zahl von weltweit ca. 1.000 gültigen Passmustern extrem schwierig ist.

Bundespolizeidirektion St. Augustin

Zum Bereich der Direktion gehören derzeit nur noch ca. 4.000 Beschäftigte. Seit der Umgliederung des Jahres 2008 gehören Flugbereitschaft und GSG 9 nicht mehr zur Direktion, sondern sind direkt dem Bundespolizeipräsidium unterstellt.

Der Stab umfasst die drei Stabsbereiche Einsatz – Technik/ Material – Verwaltung. Ferner obliegt der Direktion die Führung der unterstellten Inspektionen im Land Nordrhein-Westfalen (NRW). Dabei handelt es sich um acht territoriale und eine sachbezogene Inspektion höchst unterschiedlicher Größe und Aufgabenzuschnitts. Auch hier zeigt sich die enorme Bandbreite bei der Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben.

Interessenschwerpunkte waren:

Abgrenzung der Kompetenzen zur Landespolizei NRW, Polizeiliche Kriminalstatistik und Analysen mit Handlungsempfehlungen und Information über den Aufbau der projektierten zwei Hundertschaften für internationalen Einsatz.

Bei der Bundespolizeiinspektion am Hauptbahnhof Köln konnte ich bei Streifengängen hospitieren und verschiedene Dienstgruppen im Schichtbetrieb erleben. Interessant war auch das Kennenlernen des Ermittlungsdienstes und der Kriminalitätsbekämpfung, welche gänzlich andere Schwerpunkte haben als am Frankfurter Flughafen: Statt Schleusungen stehen Diebstähle, Eingriff in den Bahnverkehr, Schwarzfahren auf Zügen und Graffiti im Vordergrund, ebenso Großereignisse wie Sport (insb. Fußball), Demonstrationen, Karneval, Christopher-Street-Day etc.

Bewertung: Fußballevents auf allen Ebenen bis hinunter zur Kreisliga beanspruchen wegen durchreisender Fans auf den Bahnhöfen einen unvermeidlich hohen Personalaufwand. Bagatelldelikte wie Schwarzfahren verursachen einen

inakzeptablen Aufwand, der in keinem Verhältnis zum Ergebnis steht, da 92 % aller Anzeigen von der Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt werden.

Die Flughafeninspektion Köln ist der Direktion St. Augustin unterstellt.

2009 ereigneten sich 1.280 Straftaten im Flughafenbereich, Schwerpunkte sind Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz und Urkundendelikte. Es wird differenziert nach grenzpolizeilichen Aufgaben, bei denen es zu über 800 Personen- und 270 Sachfahndungen kam. Ein anderes wichtiges Arbeitsfeld sind die Luftsicherheitsaufgaben, die knapp 10 Mio. Passagiere betreffen, hinzu kommen bahnpolizeiliche Aufgaben.

Allgemeine Wertung:

- a. Die Aufnahme seitens der Bundespolizei erfolgte freundlich und teilweise kameradschaftlich.
- b. Es ist wichtig zu zeigen, dass die FH Bund mit der Hospitation von Dozentinnen und Dozenten ihren größten Kunden Bundespolizei als wichtig einschätzt. Bei den Einheitsführern stieß die Hospitation trotz des damit verbundenen organisatorischen Aufwandes auf große Zustimmung.
- c. Auch als Dozent im Staatsrecht kann man durch Hospitation praktische Alltagsbeispiele gewinnen, die in den Unterricht einfließen.
- d. Wichtig im persönlichen Kontakt mit Aufsteigerinnen und Aufsteigern des Grundstudiums ist es, die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Funktionsbereichen vor Ort kennengelernt zu haben. Dies eröffnet neue Möglichkeiten der Kommunikation.
- e. Da bis Januar 2011 Lehrunterlagen für das neue Fach „Polizei und Internationale Politik“ vom Studienbereich Staatsrecht erstellt werden müssen, war die Hospitation

eine gute Gelegenheit, den Bedarf zu ermitteln, Kontakte zu knüpfen und Material zu sammeln. Dies kommt unmittelbar der Lehre zu Gute.

- f. Eine Zusammenarbeit im Bereich Fortbildung mit SB 36 der Bundespolizei Frankfurt bietet sich im Bereich der Fortbildung für Führungskräfte an zum Thema „Europäische Außen -und Sicherheitspolitik“.
- g. Die Möglichkeit, Einblick ins Innere der Großorganisation Bundespolizei zu nehmen, war für mich ein dienstlicher und persönlicher Gewinn.

Praxisaufenthalt im Bundespolizeipräsidium Potsdam

Professorin JUDr. Daniela A. Heid, Ph. D.

Studienbereich Recht des öffentlichen Dienstes

Im Sommersemester 2010 leistete ich einen mehrwöchigen freiwilligen Praxiseinsatz im Bundespolizeipräsidium Potsdam ab.

Anlass war meine Einbindung als Sprecherin des Studienbereichs Recht des öffentlichen Dienstes am Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes in den Prozess der Modularisierung des Studiums zum gehobenen Dienst des Fachbereichs Bundespolizei sowie mein fachliches Interesse an personal- und laufbahnrechtlichen Entwicklungen in der Bundespolizei. Daher wurde ich in der Abteilung 7 „Recht und Personal“ des Präsidiums eingesetzt.

Zunächst befasste ich mich intensiv mit der Systematik der personellen Umsetzung der Neuorganisation der Bundespolizei, die in 5 Schritten seit Juni 2008 (Schritt I.) durchgeführt wird. Grundlage ist die Dienstvereinbarung zwischen dem Bundesministerium des Innern (BMI) und dem Bundespolizei-Hauptpersonalrat zur „Personellen Umsetzung der Neuorganisation der Bundespolizei für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte“.

Im Schritt I. wurden die Stäbe in den Präsidien (Präsidium Potsdam sowie den Direktionspräsidien) besetzt. Im Schritt II., der von Februar 2009 bis Dezember 2009 andauerte, wurde dem größten Teil des Gesamtpersonals ein Dienstposten übertragen. Dieser Schritt bewirkte, dass Ende 2009 für fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei die personelle Umsetzung der Neuorganisation abgeschlossen war. Im Januar 2010 startete der III. Schritt. Hier wurden die noch verbliebenen Dienstposten durch Ausschreibung zur Bewerbung bekannt gegeben. Während meiner Praxiszeit wurde die entsprechende personalwirtschaftliche Auswertung des III. Schrittes durch das Präsidium, die Akademie

sowie die Direktionen abgeschlossen. Die Bewerberlisten standen fest und befanden sich bei der Personalvertretung, so dass die Dienstposten auf die Bewerberinnen und Bewerber übertragen werden konnten. Ich selbst konnte die sog. Bilanzierung des III. Schrittes durch das Präsidium mitverfolgen. Nach deren Abschluss und Beteiligung von BMI und Hauptpersonalrat konnte der III. Schritt abgeschlossen werden.

Es schloss sich ein IV. Schritt an, in dessen Zuge alle dann noch freien besetzbaren Stellen ausgeschrieben und mit Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden konnten.

Des Weiteren war ich in die Überlegungen zum Entwurf der neuen Verordnung über die Ausbildung und Prüfung (APV) für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei involviert. Der Entwurf wurde sodann als Eckpunktepapier dem Minister vorgelegt.

Auch hatte ich Gelegenheit, mich in spezielle Fälle zur Dienstunfähigkeit einzuarbeiten. Bestens vertraut bin ich nun anhand der Polizeidienstvorschrift (PDV) 300 mit Problematiken der Polizeidiensttauglichkeit, der Polizeidienstfähigkeit sowie der allgemeinen Dienstfähigkeit und konnte anhand dieser Fälle erkennen, dass sich das jeweilige Feststellungsverfahren – wie seit jeher – als äußerst kompliziert darstellen kann.



Schließlich war ich mit der kritischen Sichtung des Neuentwurfs der Richtlinie für die Beförderung der Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei (BeföRiL-BPOL) sowie der Richtlinie für die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei (BeurRiL-BPOL) befasst. Diese Novellierungen waren notwendig, weil die derzeitigen Versionen noch aus den Jahren 1998 bzw. 2002 stammen und unter anderem in Hinblick auf die neue Laufbahnverordnung angepasst werden müssen.

Zusammenfassend kann ich festhalten, dass mich auch dieser Praxisaufenthalt in jeder Hinsicht bereichert hat und mir vor allem aus dienstrechtlicher Sicht einen tiefen Einblick sowohl in die Stabsarbeit als auch in die Dienstrechtspraxis gewährt hat. Ich bin sicher, vieles davon direkt in meine Vorlesungen an der Hochschule transferieren zu können. Potsdam ist auf jeden Fall eine Reise wert – sei es wegen seines kulturellen Reichtums als auch wegen des Bundespolizeipräsidiums.

Praxisaufenthalt bei der Bundespolizei

Professor Dr. Thomas Sauerland

Studienbereich Verwaltungsrecht

Im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2010 hatte ich Gelegenheit, im Rahmen eines rund dreimonatigen Praxisaufenthalts Einblicke in den Berufsalltag verschiedener Dienststellen der Bundespolizei zu erhalten.

Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Swisttal

Der Praxisaufenthalt begann im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Swisttal – einem von insgesamt fünf Aus- und Fortbildungszentren, die der Bundespolizeiakademie in Lübeck nachgeordnet sind. Hintergrund meiner Hospitation in Swisttal war die Reform der Ausbildung der Bundespolizeikommissaranwärterinnen und Bundespolizeikommissaranwärter.

Die erfolgreiche Umsetzung des neuen Curriculums erfordert in besonderer Weise eine Verzahnung der verschiedenen Ausbildungsabschnitte durch eine passgenaue Abstimmung der Lehrinhalte. Nur so wird sich eine optimale Ausbildung der Studierenden gewährleisten lassen. Dem Leiter des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrums, Herrn Polizeidirektor Rainer Mittmann, danke ich daher, dass er mir die Möglichkeit eröffnete, als Gasthörer an verschiedenen Lehrveranstaltungen teilnehmen zu dürfen. Schwerpunktmäßig besuchte ich dabei polizeirechtliche und strafrechtliche Vorlesungen, an die in Folgeveranstaltungen im Grundstudium in Brühl angeknüpft wird. Zudem nutzte ich die Gelegenheit, „über den Tellerrand“ zu schauen und mich aktiv an Lehrveranstaltungen des Moduls „Polizeitraining“ zu beteiligen. Dazu gehörten z. B. eine praktische Einweisung in den Gebrauch des Einsatzstocks kurz ausziehbar (EKA) und der ballistischen Schutzweste

sowie ein schulmäßiges Schießen mit der Dienstpistole P 30 der Bundespolizei.

Ein besonderes Erlebnis war die feierliche Vereidigung des 67. Studienjahrgangs und des Polizeimeisterlehrgangs SWT 10 am 22. Oktober 2010 in der Burg Heimerzheim in Swisttal, zu der ich freundlicherweise eingeladen wurde.

Bundespolizeidirektion Sankt Augustin

Mein Praxisaufenthalt wurde danach in der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin, deren örtlicher Zuständigkeitsbereich sich auf das Land Nordrhein-Westfalen erstreckt, fortgesetzt. An mehreren Tagen konnte ich Einblicke in die Aufgaben der drei Stabsbereiche „Einsatz“, „Polizeitechnik und Materialmanagement“ sowie „Verwaltung“ erhalten.

Die Verbesserung der Qualität der Lehre stand für mich auch hier im Vordergrund. Von besonderem Nutzen waren deshalb ausführliche Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen des Sachbereichs „Gefahrenabwehr“, die sich als sehr hilfsbereit erwiesen und mir aktuelle polizeirechtliche Allgemeinverfügungen zur Veranschaulichung der Vorlesungen in Brühl überließen. Bereichernd waren ebenfalls Gespräche im Justitiariat der Bundespolizeidirektion über aktuelle verwaltungsgerichtliche Verfahren zu bundespolizeirechtlichen Fragen.

Bundespolizeiinspektion Köln

Nicht nur bahnpolizeiliche Fragen standen im Mittelpunkt meines sich anschließenden Praxiseinsatzes in der Bundespolizeiinspektion Köln. Der Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeiinspektion Köln reicht von Düren im Westen bis in das Siegerland im Osten, von Leverkusen im Norden bis zur rheinland-pfälzischen Landesgrenze im Süden und erstreckt

sich damit auf mehrere tausend Bahnkilometer. Zur Bundespolizeiinspektion Köln gehören ebenfalls die Bundespolizeireviere Siegen, Siegburg, Bonn und Villa Hammerschmidt (Bonn). In der Inspektion Köln verrichten rund 270 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten ihren Dienst.

Um einen möglichst praxisnahen Einblick in die alltägliche Arbeit der Bundespolizistinnen und Bundespolizisten zu erhalten, wurde ich in den Wechselschichtdienst einer Dienstgruppe integriert. Konkret bedeutete dies die regelmäßige Begleitung der Bundespolizistinnen und Bundespolizisten bei ihren Streifengängen durch den Kölner Hauptbahnhof im Rahmen der Früh- und Spätschicht. Wer hier eine von Monotonie geprägte Tätigkeit vermutet, verkennet die Vielfalt, die die bundespolizeiliche Arbeit an einem Verkehrsknotenpunkt wie dem Hauptbahnhof Köln kennzeichnet. So konnte ich zahlreichen Festnahmen und Ingewahrsamnahmen beiwohnen. Dabei handelte es sich insbesondere um zur Fahndung ausgeschriebene Personen sowie Personen, die unerlaubt in das Bundesgebiet eingereist waren. Letzteres kam regelmäßig vor, wenn der französische Personenzug „Thalys“ aus Paris im Hauptbahnhof in Köln eintraf. Hier mussten die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten mitunter anspruchsvolle grenzpolizeiliche Problemstellungen lösen. Die Überführung mehrerer Festgenommener in den polizeilichen Gewahrsamsdienst des Polizeipräsidiums Köln mitzuerleben, war in diesem Zusammenhang ebenso spannend wie die Durchsuchung eines ausländischen Staatsangehörigen, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz wegen seines islamistischen Hintergrundes zur nachrichtendienstlichen Beobachtung ausgeschrieben worden war.

Abgerundet wurde mein Praxisaufenthalt durch die Teilnahme an einem Großeinsatz anlässlich eines Fußballspiels der beiden Bundesligavereine 1. FC Köln und Borussia Mönchengladbach. Dass es im Gegensatz zu den Spielen der Vorjahre

ruhig verlief, war nicht zuletzt dem professionellen Einsatz der Bundespolizei zu verdanken.

Zusammenfassend verschaffte mir dieser überaus spannende Praxiseinsatz wertvolle Erkenntnisse für den Vorlesungsbetrieb in den von mir zu unterrichtenden Fächern. Dem Leiter der Bundespolizeiinspektion Köln, Herrn Polizeidirektor Roland Goerke, bin ich dafür zu Dank verpflichtet.

Bundespolizei-Fliegergruppe und Bundespolizei-Fliegerstaffel in Sankt Augustin

Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der insgesamt 85 Bundespolizeihubschrauber kennenzulernen, war Gegenstand eines mehrtägigen Besuchs bei der Bundespolizei-Fliegergruppe und der Bundespolizei-Fliegerstaffel in Sankt Augustin. Im Mittelpunkt des Besuchs stand nicht nur die technische Vorstellung der fünf verschiedenen Hubschraubermuster, die in der Bundespolizei Verwendung finden. Es erfolgte ebenfalls eine praktische Einweisung in den Hubschraubersimulator der Luftfahrerschule der Bundespolizei-Fliegergruppe, mit dem die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten realitätsnah Helikopterflüge trainieren können. Beeindruckend war eine Führung durch die Zentrale Instandhaltungsstaffel, die sich für die Technik und Logistik der Hubschraubereinsätze verantwortlich zeigt und mit ihren 280 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund 250 Kontrollen und Reparaturen an Hubschraubern pro Jahr durchführt.

Ein mir noch lange in Erinnerung bleibender Höhepunkt meines Aufenthaltes in der Bundespolizei-Fliegerstaffel war der Mitflug in einem Hubschrauber im Rahmen des Flugdienstes.



Dass Bundespolizistinnen und Bundespolizisten nicht nur originär polizeiliche Aufgaben wahrnehmen, belegte ein Besuch des zivilen Rettungshubschraubers „Christoph 3“, der in Köln stationiert ist und ausnahmslos von Piloten der Bundespolizei-Fliegerstaffel Sankt Augustin geflogen wird.

Bundespolizeiinspektion Flughafen Köln/Bonn

Um einen möglichst umfassenden Eindruck von der Tätigkeit der Bundespolizei zu erhalten, hospitierte ich außerdem in der Bundespolizeiinspektion Flughafen Köln/Bonn. Die Aufgabenschwerpunkte der 296 Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten am Flughafen Köln/Bonn liegen in der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs (z. B. Überprüfung der Grenzübertrittsdokumente, Grenzfehndung anhand von polizeilichen Informationssystemen) und in der Wahrnehmung von Luftsicherheitsaufgaben (z. B. Personenkontrollen, Gepäckdurchsuchungen, Streifengänge). Seit der Eröffnung des Flughafenbahnhofs im Jahr 2004 nimmt die Bundespolizeiinspektion Flughafen Köln/Bonn auch bahnpolizeiliche Aufgaben wahr. Besondere Bedeutung kommt der Fachaufsicht über die rund 490 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines privaten Unternehmens zu, die als Luftsicherheitsassistentinnen und Luftsicherheitsassistenten die Fluggäste, das mitgeführte Handgepäck und das aufgegebene Reisegepäck kontrollieren.

Nach einer zweitägigen Vorstellung der Sachgebiete „Einsatz/Auswertung“ und „Verwaltung“ wurde ich auch hier voll in den operativen Dienst der Inspektion integriert. So durfte ich den Wechselschichtdienst in einer Dienstgruppe über mehrere Tage mitverfolgen und Einblicke in den Polizeialltag an einem Verkehrsflughafen gewinnen. Dazu zählten beispielsweise eine Dokumentensichtung unmittelbar auf dem Flughafenvorfeld oder die Begleitung der motorisierten Streife bei einer Fahrt um das Flughafengelände. Als sehr

lehr- und aufschlussreich entpuppte sich die Teilnahme an der grenzpolizeilichen Ein- und Ausreisekontrolle in einer der insgesamt 18 Kontrollboxen. Die dort auftretenden Sachverhalte verlangten den Bundespolizistinnen und Bundespolizisten häufig vertieftes europa- und ausländerrechtliches Wissen ab.

Dass sich ebenfalls aus diesem Praxiseinsatz wertvolle Erkenntnisse für die von mir an der Fachhochschule zu unterrichtenden Fächer ergaben, bedarf an dieser Stelle keiner weiteren Begründung mehr. Dem Leiter der Bundespolizeinspektion, Herrn Polizeidirektor Walter Dederichs, gebührt daher mein Dank.

GSG 9 der Bundespolizei

Die Herausforderungen, denen sich Bundespolizistinnen und Bundespolizisten während ihres Dienstes stellen müssen, verdeutlichte in eindrucksvoller Weise am Ende meines Praxisaufenthaltes eine Vorstellung der Antiterrorereinheit GSG 9 der Bundespolizei. Nach einem einleitenden Referat wurden mir die imposante Ausrüstung und das Ausbildungszentrum der GSG 9 präsentiert, das zum regelmäßigen Training des polizeilichen Zugriffs dient.

Persönliches Resümee

Die Praxisaufenthalte bei der Bundespolizei verschafften mir umfassende Einblicke in zahlreiche bundespolizeiliche Tätigkeitsbereiche. Mehr als deutlich wurde, dass die Bundespolizei ihren Beschäftigten – wie wohl kaum andere Behördenzweige – ein überaus abwechslungsreiches und spannendes Tätigkeitsfeld bietet. In der Konsequenz konnte ich in zahlreiche Praxisfälle Einsicht nehmen und vielfältige Erfahrungen aus dem Polizeialltag sammeln. Der dadurch geschärfte Blick für die praktischen Proble-

me der Bundespolizei wird sich sicherlich im künftigen Vorlesungsbetrieb zum Nutzen der Studierenden niederschlagen.

Zu verdanken habe ich diesen Erkenntnisgewinn nicht zuletzt der ausnahmslos zuvorkommenden Aufnahme, die ich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei fand. Sie nahmen sich trotz ihrer Arbeitsbelastung stets Zeit für mich. Bei ihnen bedanke ich mich an dieser Stelle deshalb noch einmal sehr herzlich.

Praxisaufenthalte bei der Bundespolizei, im Bundesministerium für Gesundheit und im Bundesverwaltungsamt

Professor Dr. Peter Schneider

Studienbereich Psychologie – Soziologie – Pädagogik

Während des Sommersemesters 2010 und des Wintersemesters 2010/11 bot sich mir im Rahmen eines Praxisaufenthalts die Gelegenheit, einen Einblick in die Arbeitswelt der Studierenden der FH Bund zu erhalten.

Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt

Zunächst besuchte ich die Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main, um dort einen Eindruck von den Arbeitsabläufen zu gewinnen und das Arbeitsfeld bundespolizeilicher Arbeit kennenzulernen.

Sehr hilfreich war dabei, dass mir die Direktion einen Beamten als Ansprechpartner zur Seite stellte, an den ich mich bei fachlichen und organisatorischen Fragen wenden konnte und der mir die Orientierung in einer, für Außenstehende wie mich, so verzweigten Dienststelle erleichterte.

Nicht nur für einen Arbeits- und Organisationspsychologen, aber für den im Besonderen und für mich im Speziellen, bietet das berufliche Umfeld, wie man es am Frankfurter Flughafen vorfindet, eine Vielzahl von neuen Einblicken und neuen Erkenntnissen. Ein Großteil der psychologischen Inhalte, die man den Beamtinnen und Beamten in der Theorie im Grundstudium vermittelt, finden sich dort in aller Offenheit, fast wie auf dem Präsentierteller, wieder und waren eindrücklicher als anfänglich von mir erwartet.

Ein wichtiger Bestandteil der Lehre im Grundstudium ist die Vermittlung kommunikativer Fähigkeiten. Dies ist eine Kompetenz, die gerade für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die tagtäglich mit Personen mit unterschiedlichsten sozialen Hintergründen zu tun haben, notwendig

ist. Vor allem am Frankfurter Flughafen erkennt man den Nutzen kommunikativer Fähigkeiten sehr deutlich. Mir zeigte sich die Vielfalt an unterschiedlichen Interessenschwerpunkten, die u. a. touristische Fluggäste, Geschäftsleute und Beschäftigte am Frankfurter Flughafen besitzen. Interessen, die sich nicht immer in Einklang bringen lassen können, sondern sich oft genug auch widersprechen. Häufig sind die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei als Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Interessen in diese Zielkonflikte mit eingebunden. Um Lösungen zu finden und damit sich Differenzen gar nicht erst zu Konflikten entwickeln, sind Kommunikationstechniken sehr hilfreich. Durch alltägliche Arbeitsbeispiele, aber auch kommunikative Kniffe und Tricks, die mir die mich betreuenden Beamtinnen und Beamten zeigten, wird sich die Lehre im Grundstudium noch anregender und zielgerichteter gestalten lassen.

Einen weiterer wichtiger Baustein im PSP-Curriculum bildet der Bereich (Arbeits-)Gruppen, in dem den Studierenden die Bedingungen für ein angenehmes oder zumindest nicht unangenehmes Miteinander vermittelt werden. Im Team, aber auch teamübergreifend zu arbeiten, ist natürlich ein zentrales Organisationsprinzip polizeilicher Arbeit. Es zeigte sich im vielfachen Gespräch mit den Beamtinnen und Beamten, dass Gruppenarbeit nicht gleich Gruppenarbeit ist. Abhängig von der Dienststelle, der Dienstgruppe, aber auch den Führungskräften entwickeln sich ganz unterschiedliche Gruppenstrukturen und -normen. So entwickeln Stabsdienststellen eine ganz andere Struktur, um effektiv arbeiten zu können, als beispielsweise Gruppen im Bereich Grenzkontrolle, Rückführung oder in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge. Die Einflussfaktoren von Aufgabe, Ort und Führungsstilen, die ich im polizeilichen Umfeld kennenlernen durfte, gehen bereits gewinnbringend in die Lehre im Grundstudium ein.

Zu Beginn des Praxisaufenthalts bat mich der Präsident der Direktion, Herr Wurm, ein besonderes – psychologisches – Auge auf die Belastungsfaktoren der Beamtinnen und Beamten am Flughafen Frankfurt zu werfen und im Anschluss an meinen Aufenthalt einen Workshop anzubieten, in dem meine Eindrücke in der Direktion an den Führungskreis reflektiert werden sollten. Hintergrund der Bitte war die zu diesem Zeitpunkt gerade veröffentlichte Studie der Uni Magdeburg zur hohen Anzahl durch Burn-out-Symptome belasteter Kolleginnen und Kollegen bei der Bundespolizei. Diesem Anliegen kam ich gerne nach. Da mir die Bundespolizei die Möglichkeit gab, fast alle Aufgabenbereiche kennenzulernen und mit allen Personen aller Dienstgrade zu sprechen, so auch mit den beiden Pfarrern, konnte ich mir hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und der psychologischen Belastungsfaktoren ein gutes Bild verschaffen. Dabei sei nur am Rande bemerkt, dass der Arbeitsplatz am Flughafen einerseits sicherlich über eine Reihe an Belastungsfaktoren verfügt, die ohne Weiteres nicht zu ändern sind. Andererseits zeigten mir die Gespräche mit den Beamtinnen und Beamten aber auch, dass am Flughafen ein Arbeitsumfeld existiert, das von vielen Polizistinnen und Polizisten als positiv und angenehm geschildert wurde. Der Abwechslungsreichtum der Aufgaben und die vielfältigen persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten werden von vielen Beamtinnen und Beamten auch sehr geschätzt. Die konkreten Beispiele, die mir in den Gesprächen mit den Beamtinnen und Beamten genannt wurden, sind hervorragend in die theoretischen Modelle zu Mitarbeitermotivation und Führungsverhalten zu integrieren und machen diese Ansätze viel greifbarer.

Besonders faszinierend, sowohl für mich, als auch für die Beamtinnen und Beamten war der Ausbruch des Vulkans Eyjafjallajökull während meiner Praxiszeit. Innerhalb von wenigen Stunden hat sich am Flughafen eine Atmosphäre verbreitet, wie sie selbst erfahrene Bundespolizistinnen und Bundespolizisten so noch nie erlebt haben.

Bundespolizeidirektion Sankt Augustin

Während meiner Zeit in der Direktion Sankt Augustin wurde mir die Gelegenheit gegeben, eine Dienstgruppe auch am Flughafen Köln/Bonn zu begleiten. Obwohl sich die polizeiliche Arbeit am Flughafen, wie beispielsweise Sicherheit zu gewährleisten und Grenzkontrollen durchzuführen, auf den ersten Blick gleicht, unterscheidet sie sich im Alltag doch erheblich. Die sehr informativen Gespräche mit erfahrenen Dienstgruppenleitern einerseits und meine „Mitarbeit“ im Rahmen eines kompletten 3-Schichtsystems, während der ich die unterschiedlichen Anforderungen und Belastungsfaktoren selbst erfahren konnte, andererseits, erlaubten einen direkten Vergleich des anfänglich identischen beruflichen Alltags.

Eine ganz andere Form von Arbeit am und mit dem Flughafen erhielt ich während meines Einsatzes in der Bundespolizei-Fliegerstaffel in Sankt Augustin. Durch die Teilnahme an allen Abläufen eines Hubschrauberflugs, die beispielsweise die technische Wartung und Ausrüstung sowie die Kooperation mit anderen Dienststellen umfasst, und die erst ganz zum Schluss in einen – kurzen – Flug mündet, zeigte sich mir auch hier die Vielfalt an Herausforderungen, die dieser Beruf jeder Einzelnen oder jedem Einzelnen bieten kann. Gerade für die Lehre im Bereich Kommunikation zeigen sich hier wichtige neue Ansätze, die die Rollenspiele um weitere Übungsbeispiele erweitern werden.

Fachbereich Bundespolizei

Des Weiteren habe ich einen Teil meines Praxisaufenthalts am Fachbereich Bundespolizei in Lübeck verbracht, bei der ich auch den Bereich Bundespolizeiakademie besuchte. Der Aufenthalt am Fachbereich Bundespolizei war meines Erachtens sehr gewinnbringend. Einerseits konnte ich mich als Dozent am Zentralbereich der FH Bund in Brühl den einzelnen Kolleginnen und Kollegen vorstellen, anderer-

seits war ich in der Lage, die im Hauptstudium vermittelten Inhalte kennenzulernen und mit dem im Grundstudium vermittelten Wissen in Verbindung zu bringen. Durch enge Absprache mit den Dozentinnen und Dozenten gelang es, Überschneidungen zu vermeiden, aber auch die einzelnen Inhalte besser miteinander zu verknüpfen.

Mir bot sich dabei die Möglichkeit, nicht nur Inhalte des Hauptstudiums kennenzulernen, die an PSP angrenzen, sondern darüber hinaus auch Veranstaltungen zu besuchen, die polizeiliche Inhalte zum Gegenstand haben, wie z. B. Befehle korrekt zu formulieren oder Lagepläne zu erstellen. Die Umsetzung dieser Inhalte konnte ich dann später in der Praxis in den einzelnen Dienststellen wiederfinden. Beeindruckend war für mich, besonders aus psychologischer Sicht, die Bedeutung, die das Führen einer Waffe mit sich bringt. Die Verantwortung und die Belastungen, die der Umgang mit und der Gebrauch einer Waffe auslösen können, konnte ich bei der gewissenhaften Anleitung eines erfahrenen Ausbilders selbst kennenlernen.

Sehr polizeispezifisch und im Vorfeld sehr ungewohnt war für mich auch die Ausbildung und das Führen eines Polizeihundes. Nachdem ich in Sankt Augustin verschiedene Anwendungsfelder beim Einsatz eines Hundes theoretisch dargestellt bekam, konnte ich während meiner Nachtschichten am Bahnhof Köln häufig feststellen, dass „der beste Freund des Menschen“ der Polizeibeamtin oder dem Polizeibeamten zu einem hohen Maß an Verhaltenssicherheit in der polizeilichen Arbeit verhelfen kann.

Bundesministerium für Gesundheit

Während meines Praxisaufenthalts im Bundesministerium für Gesundheit wie auch im BVA hatte ich Gelegenheit, den Arbeitsalltag der Studierenden als Verwaltungsmitarbeiterin oder Verwaltungsmitarbeiter kennenzulernen. Ich traf in beiden Behörden eine Vielzahl meiner Studierenden wie-

der, mit denen ich mich über ihre Erfahrungen im Grundstudium und in der Praxis austauschen konnte.

Die Arbeit im Ministerium war natürlich nicht mehr ganz so spektakulär und hemdsärmelig, wie sie sich bei der Bundespolizei dargestellt hat. Trotz der inhaltlichen Unterschiede in den zu bearbeitenden Themen zeigen sich doch aus organisatorischer und psychologischer Perspektive große Gemeinsamkeiten, wie z. B. im Bereich Arbeitsmotivation und Führung oder dem Umgang mit häufig wechselnden Vorgesetzten. Ich hatte das Glück, mit einer sehr erfahrenen Referatsleiterin und ihren Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten zu können, die mir einen Einblick in den größten Teil ihres alltäglichen Arbeitens und der an sie herangetragenen Anforderungen gewährten.

Bundesverwaltungsamt

Im Bundesverwaltungsamt habe ich die Gelegenheit erhalten, die organisatorischen Rahmenbedingungen einer großen Bundesverwaltung kennenzulernen, was sich als sehr interessant herausgestellt hat. Eingesetzt wurde ich im Bereich Personalgewinnung, in dem zentral für einen Großteil der Behörden der gesamte organisatorische Prozess eines Einstellungsverfahrens übernommen werden kann. Aus organisationspsychologischer Perspektive war es interessant, die Kommunikationswege und -abläufe kennenzulernen sowie den beruflichen Alltag, der sich den Studierenden künftig bieten wird. Aufgrund meines fachlichen Hintergrundes wurde ich gebeten, das Referat in der inhaltlichen und formalen Ausgestaltung eines Personalauswahlverfahrens einer Behörde zu unterstützen, dem ich gerne nachgekommen bin. Es war für mich eine ganz neue Erfahrung, die für die Personalauswahl relevanten Kriterien einer Behörde und die Reglements, denen eine Personalauswahl im öffentlichen Sektor unterworfen ist, kennenzulernen und in konkrete Verfahren zu übersetzen. Überrascht war ich dabei über die

extrem heterogenen Erwartungen, die die anfordernden Behörden dieser zentralen BVA-Abteilung entgegenbringen. Darüber hinaus erhielt ich die Gelegenheit, einige Auswahlinstrumente kennenzulernen und auch einzelne zu modifizieren. Dabei hat mich nicht nur die Erfahrung und Professionalität der Kolleginnen und Kollegen beeindruckt, sondern auch ihre Flexibilität im Umgang mit internen und externen Kunden. Den sehr kollegialen und angenehmen Umgang der Kolleginnen und Kollegen untereinander – und damit auch mit mir – habe ich sehr geschätzt.

Resümee

Insgesamt kann ich festhalten, dass mir das Praxissemester einen Einblick in das zukünftige Arbeitsfeld der Studierenden ermöglicht hat, der mir so nicht möglich gewesen wäre. Die Erfahrungen konnte ich zum Teil bereits inhaltlich und praktisch in einige Teilbereiche der Lehre umsetzen. Dass es mir nun möglich ist, theoretische Modelle mit konkreten Beispielen aus der zukünftigen Lebenswirklichkeit anzureichern, hat mir erheblich geholfen, Handlungssicherheit im Umgang mit der vorher weitgehend unbekannten Spezies „Bundespolizistinnen und Bundespolizisten“ und der nicht ganz so unbekannten Gruppe der AIV-Studierenden zu gewinnen. Bedanken möchte ich mich bei den verantwortlichen Personen an der FH Bund, die mich formal und inhaltlich bei meinem Praxissemester unterstützt haben. Vor allem aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Ort die Zeit genommen haben, meine Fragen – manchmal auch zum dritten Mal – zu beantworten. Ich hoffe in diesem Zusammenhang, dem heimlichen Wunsch der Behörden, ihnen keine allzu große Last im Tagesgeschäft gewesen zu sein, weitestgehend entsprochen zu haben.

Praxisaufenthalt bei der Bundespolizei

Professor Dr. Marc Wagner
Studienbereich Verwaltungsrecht

I. Aus- und Fortbildungszentrum Swisttal

Die Abordnung zur Bundespolizeiakademie, Dienststelle Aus- und Fortbildungszentrum Swisttal (AFZ), habe ich im Wesentlichen dazu genutzt, das modularisierte Studium in der Praxis zu erleben. Die Anwärtnerinnen und Anwärtler für die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei haben nach geltendem Gesetz nunmehr eine von September bis Dezember dauernde Basisausbildung im AFZ zu bestreiten, bevor sie zum Grundstudium mit fachspezifischen Bezügen (sog. Korridorbereich) zu uns an die Hochschule kommen. Mir war ganz besonders wichtig, zu eruieren, mit welchem Tiefgang das sog. Einsatzrecht im AFZ unterrichtet wird. Denn wir knüpfen inhaltlich an den im AFZ vermittelten Stoff an, wenn wir im Korridorbereich 34 Lehrveranstaltungsstunden Einsatzrecht lehren. Demgemäß habe ich die Einsatzrechtunterrichtungen eines Fachlehrers, POK Bernd Krämer, begleitet.

Die so gewonnenen Eindrücke und Informationen haben mich auch in die Lage versetzt, den Höhepunkt der AFZ-Visite – eine Modulkonferenz zwischen dem Studienbereich Verwaltungsrecht und Vertreterinnen und Vertretern des FB Bundespolizei – mit belastbaren Erfahrungen und Einschätzungen zu bestreiten. Diese am 2. und 3. Dezember 2010 in Brühl abgehaltene Modulkonferenz habe ich initiiert, um sicherzustellen, dass die Studierenden der Bundespolizei eine möglichst abgestimmte, widerspruchsfreie Lehre erfahren. Zudem war mir wichtig, den Lübecker Kollegen die von mir erstellten Lehrunterlagen für das Einsatzrecht und die Methodik der Fallbearbeitung zur Kenntnis zu bringen. En passant sei noch darauf hingewiesen, dass ich im Rahmen des Aufenthalts im AFZ auch das Angebot wahrgenom-

men habe, an einer sog. Amok-Schulung teilzunehmen. Diese Schulung hat die Vermittlung von polizeilicher Taktik anlässlich von Amokläufen (primär) an Schulen zum Gegenstand. Ebenso habe ich eine Kurzeinweisung in den Aufgaben- und Schulungsbereich der Fahrsicherheitstrainer erhalten, wie ich auch Übungseinheiten im Rahmen einer Polizeitrainerschulung besucht habe.

II. Direktion Koblenz

Eine Hospitation im nicht-operativen, sondern leitend-konzeptionellen Bereich – also bei einer Bundespolizeidirektion höchstselbst – ist per se ein Gewinn für den interessierten Verwaltungsrechtler. Hier gibt es ein für die Lehre so wertvolles Reservoir an praxisrelevanten Verwaltungsakten und Verwaltungsvorschriften. Beispielhaft seien nur die Beleihung von Hilfspolizeibeamten (§ 63 Abs. 2 Bundespolizeigesetz – BPolG), die Ordnungsverfügung Pyrotechnik, die Bestimmungen für die Durchführung des Kontroll- und Streifendienstes oder die regelmäßig bei Castor-Transporten erlassenen Allgemeinverfügungen, die einen Mindestabstand von Demonstrierenden zu den Bahngleisen definieren, erwähnt. Folgerichtig habe ich mich während meiner Hospitation bei der Bundespolizeidirektion Koblenz ganz überwiegend im Sachbereich 14 – Gefahrenabwehr – bewegt. Dort bin ich auch mit Grundsatzangelegenheiten wie etwa der strafprozessualen Bearbeitung von unerlaubt eingereisten Personen oder der Inanspruchnahme Nichtverantwortlicher gem. §§ 14 i.V.m. 20 BPolG im Rahmen des Fußballfanreiseverkehrs oder der Frage der bahnpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung mit Blick auf rückfallgefährdete Sexualtäter vertraut gemacht und um rechtliche Bewertung gebeten worden. Der Sachbereich 14 ist sowohl Dienst- und Fachaufsicht als auch Dienstleister für den operativen präventiv-polizeilichen Bereich (Inspektionen und Reviere). Der Sachbereich 14 gehört neben dem Sachbereich

Kriminalitätsbekämpfung, dem Sachbereich Einsatzan-
gelegenheiten und Kräftenmanagement, dem Sachbereich
polizeiliche Auswertung und Analyse und dem Sachbereich
Lage- und Einsatzzentrale zum „Stabsbereich 1 Einsatz“.

Höhepunkt der Direktionshospitalation war der Castor-Trans-
port aus Frankreich nach Lubmin am 15. Dezember 2010. Ich
hatte das große Glück, mit dem Polizeiführer des Zustän-
digkeitsbereichs der Direktion (Rheinland-Pfalz, Hessen,
Saarland), Herrn PD Baldus, zu den neuralgischen Orten des
Direktionsbereichs (Umkopplungsbahnhof Neunkirchen,
Demonstrantenaufkommen in Neustadt) zu reisen und bei
klirrender Kälte mit Einsatzkräften zu sprechen.

III. Revier Mainz (Inspektion Kaiserslautern) & Revier Koblenz (Inspektion Trier)

Im operativ-polizeilichen Bereich habe ich die Reviere Mainz
und Koblenz besucht. Zu den Tätigkeitsfeldern, gerade in
Mainz als Landeshauptstadt und Umsteigebahnhof für den
Fußballfanreiseverkehr, gehört in den Revieren Mainz und
Koblenz derzeit auch die aktuelle Islamistische Gefähr-
dungslage (IGL).

Mit den Kontroll- und Streifenbeamten bin ich sowohl in
Mainz als auch in Koblenz viele Streifengänge mit gelaufen.

Wissenschaftlicher Dienst

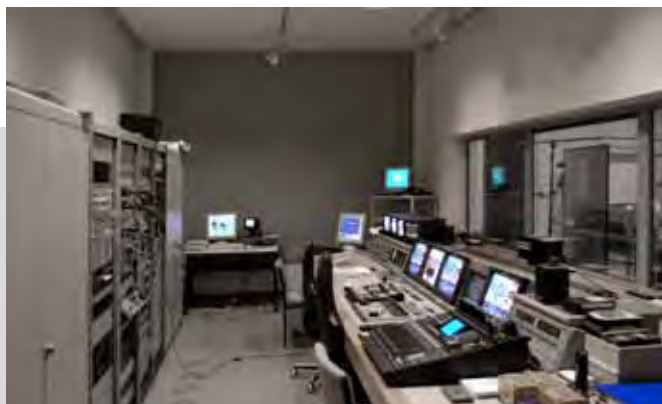
Im Jahr 2010 sind wichtige Bereiche des Wissenschaftlichen Dienstes der FH Bund neu organisiert worden. Das Referat W unterstützt weiterhin in seiner Hauptaufgabe alle Lehrenden der Fachbereiche und des Zentralbereichs. Am Zentralbereich werden die gewohnten Serviceleistungen für Lehre und Verwaltung (Druck/Vervielfältigung etc.) weiterhin angeboten.

Sichtbares Zeichen der Organisationsänderung ist der Wegfall des Didaktischen Zentrums und des Medienzentrums, diese Aufgaben werden weiterhin im Wissenschaftlichen Dienst wahrgenommen. Eine eigene organisatorische Struktur in Form von „Zentren“ kann aber aufgrund der Personallage nicht mehr erfolgen. Die Fachthemen Hochschuldidaktik, eLearning und Medien werden durch die Referatsleitung und die Referentin oder den Referenten mit Unterstützung einer Sachbearbeitung betreut. Die Referentenstelle wird in der ersten Hälfte des Jahres 2011 besetzt werden, die Besetzung der Sachbearbeiterstelle erfolgte in 2010.

Zu den im Geschäftsverteilungsplan der FH Bund dargestellten Aufgaben gehören:

Foto links: Studio

Foto rechts:
Technikraum des Studios



- Konzeptionelle Weiterentwicklung der Didaktik in der FH Bund
- Planung und Organisation eines internen Fortbildungsangebotes zu didaktischen Themen für alle Lehrenden der FH Bund
- Unterstützung bei der Umsetzung des Evaluationskonzepts
- Geschäftsführung der Studienplankommission
- Lehrangebot für Studierende
- Studio
- Druckschriftenvervielfältigung, Kopiergeräte
- Multimedia-Anwendungen/eLearning
- Grafische Gestaltung
- Publikationen (Verlagstätigkeit)
- Inhaltliche Betreuung Intranet/Internet der FH Bund; Site-Admin

Die Zentralbibliothek bleibt von dieser Organisationsänderung im Referat W unberührt.

Die Liste der Veröffentlichungen im Bereich **Publikationen** stellt sich für 2010 folgendermaßen dar: In der Reihe *Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung* erschien als Band 3 das „*Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*“ von Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). Die Beiträge zur inneren Sicherheit wurden um Band 33 „*Nachrichtenpsychologie 5*“, herausgegeben von Prof. Dr. Raimund Jokiel, Marcus Wiesen und Prof. Dr. Andreas M. Mark, ergänzt. In der Reihe *Arbeiten zu Verwaltungsstudium*

und Praxis erschien der von Markus Schmitt verfasste Band 13 „Erfolgsfaktoren für Shared Services in der Bundesverwaltung am Beispiel IT-gestützter Personalarbeit“ und Band 14 „Bürger-schaftliches Engagement in Deutschland und seine Förderung durch Politik und Verwaltung. Ein Blick auf die Bundesebene“ von Stefan Heidemann. Die Schriftenreihe wurde mit Band 54 „Die menschliche Seite. Psychologie und Verhalten“ von Dr. Klemens Peterhoff erweitert. In den Arbeiten zu Studium und Praxis in der Bundespolizei erschien als Band 12 „Krimina-litätsbekämpfung durch die Vereinten Nationen“ herausgege-ben von Andreas Peilert. Prof'n Dr. Sabine Leppke erweiterte die Reihe Berichte mit Band 37 „Die dienstliche Beurteilung aus rechtlicher Sicht“. In der Reihe Sonderveröffentlichungen ist eine Überarbeitung der „Rechtsgrundlagen der Fachhoch-schule des Bundes“, herausgegeben von Präsident Thomas Bönders, erschienen. Somit ist in diesem Jahr in jeder Reihe der FH Bund mindestens ein Band vorgelegt worden.

Hauptaufgabe ist
die Unterstützung
aller Lehrenden

Zentralbibliothek

Im Jahr 2010 wurden die Überlegungen aus dem Vorjahr, den Bibliotheksbestand räumlich zu entzerren und ansprechender zu präsentieren, praktisch umgesetzt. Dies geschah im laufenden Betrieb, weil wegen der durchgehenden Lehrveranstaltungen der FH Bund und der BAKöV-Fortbildungsseminare keine tage- oder wochenweise Schließung möglich ist. Unter der Aufsicht und Anleitung des Bibliothekspersonals sorgten studentische Hilfskräfte dafür, dass die Literatur ganzer Fachgebiete von Etage zu Etage transportiert und neu aufgestellt wurde. Durch gute zeitliche Planung der Räumaktionen wurden weder Nutzer noch der laufende Bibliotheksbetrieb gestört.

Ebenfalls neu gestaltete farbige Beschriftungen erleichtern jetzt die Orientierung an den Regalen.

Die Lehrbuchsammlung wurde räumlich ausgedehnt. Nunmehr finden sich hier außer Lehrbüchern auch andere Lernmittel wie CD-ROM, Hörbücher und Lernkarteien. Zudem bietet die Lehrbuchsammlung nun ausreichend Platz, um weitere mögliche Lehrbücher für die Studierenden des künftigen Masterstudiengangs „Master of Public Administration“ bereitstellen zu können. Der Lehrbuchsammlung vorangestellt wurde die Literatur zum Wissenschaftlichen Arbeiten.



Gleichzeitig begann in den Bereichen Politik- und Wirtschaftswissenschaften eine systematische Aussonderungsaktion veralteter Literatur. Die aufwendigen Abstimmungsarbeiten zwischen Bibliothek und den betroffenen Studienbereichen beanspruchen so viel Zeit, dass sich die Maßnahme bis in das Jahr 2011 erstrecken wird.

Um die Lehrenden der Hochschule dabei zu unterstützen, Studienbriefe für den künftigen Fernstudiengang MPA zu verfassen, wurden für alle Module Literaturlisten erstellt, ggf. auch auf ganz spezielle Fragestellungen ausgeweitet. Soweit die notwendigen Bücher und Zeitschriften nicht vorhanden waren, sind Fernleihbeschaffungen oder ggf. auch Neukäufe ausgeführt worden.

Die Erkenntnis, dass nicht jegliche Literatur bzw. Sach- und Fachinformation vor Ort bereitgehalten werden kann, hat bereits vor mehreren Jahren zur Teilnahme der FH Bund am Bibliotheksportal des Bundes geführt (2008). Das Portal steht zurzeit vor einer umfassenden Neuorganisation. Eine neue Suchmaschinentechnologie ist bereits seit Längerem überfällig, ebenso wie nutzerfreundliche Suchfunktionen. Weiterhin erfordert die geplante Erweiterung der Teilnehmerzahl Änderungen in der Selbstorganisation des Portals. Auf die Bitte der Leiterin der BMI-Bibliothek hin arbeitet eine Mitarbeiterin der Zentralbibliothek der FH Bund seit



2010 in der sog. AG Neuausrichtung mit. U. a. wurde von der AG eine Nutzerbefragung initiiert, auf die in der FH Bund erfreulich viele Endnutzerinnen und Endnutzer (Studierende, Lehrende, Verwaltungspersonal) antworteten. Als Ergebnis der Umfrage wurde ein Prototyp eines Suchformulars entwickelt, der im Rahmen eines Workshops vorgestellt wurde. An diesem Workshop nahmen eine Studentin und ein Dozent der FH Bund teil und konnten wertvolle Hinweise aus der Sicht potenzieller Nutzer geben. Die weitere Entwicklung des Bibliotheksportals wird aber in erster Linie entscheidend von den sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen in der Bundesverwaltung abhängen.



Hochschulentwicklung und Marketing

Marketing

Die Fachhochschule des Bundes hat auch das Jahr 2010 genutzt, die von ihr angebotenen Studiengänge der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen und um Studieninteressierte zu werben. Auf dem Programm standen u. a. Präsentationen auf der Fachmesse für Ausbildung und Studium „Vocatium“ in Hannover (27. und 28. Mai 2010) und Hamburg (15. und 16. Juni 2010). Das Konzept der Fachmesse sieht eine konkrete Vorbereitung der Besucherinnen und Besucher vor, so dass die zahlreichen vorab vereinbarten Beratungstermine zum Teil von sehr detaillierten Fragen der interessierten Schülerinnen und Schüler geprägt waren.

Wie auch in den vorangegangenen Jahren nahm die FH Bund als Aussteller am Schöneberger Forum des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 9. und 10. November 2010 in Berlin teil.

Das Forum begleitet seit Jahren die Veränderungsprozesse im öffentlichen Sektor, im Rahmen der diesjährigen Fachtagung unter dem Motto „mitbeteiligt – mitentschieden – mitbestimmt“ konnten sich die über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sämtlich Angehörige des Öffentlichen Dienstes, über die Studienangebote der FH Bund informieren.

Darüber hinaus nahm die FH Bund am Sitz des Zentralbe-



Schöneberger Forum

reichs in Brühl am 6. Brühler Bildungstag teil. Interessierte Besucherinnen und Besucher konnten sich sowohl über die Studienangebote der FH Bund wie auch über die FH Bund als Ausbildungsinstitution z. B. im Ausbildungsberuf „Fachangestellte/-r für Bürokommunikation“ informieren.

Gezielte Marketinginstrumente werden zukünftig aufgrund der Zielsetzungen einer strategischen Marketing-Konzeption eingesetzt. Die „Marketing-Konzeption 2011 der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung“ wurde aufgrund gesammelter Erfahrungen und Bewertungen verschiedener Marketinginstrumente aufgestellt.



Zukunftstag für Mädchen und Jungen

Die Fachhochschule des Bundes beteiligte sich im Jahr 2010 neben dem Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag auch an dem Aktionstag **Neue Wege für Jungs**. Mit dem Girls' Day sollen Mädchen an Berufe herangeführt werden, die immer noch von Männern dominiert sind. Das Projekt „Neue Wege für Jungs“ ist ein bundesweites Netzwerk von Initiativen zur Berufswahl und Lebensplanung von Jungen. Im Rahmen dieses Projektes wurden bundesweit verschiedene Aktionen angeboten, welche die Jungen an von Frauen dominierte Berufe heranführen sollten.

Die FH Bund lud am 22. April 2010 Mädchen und Jungen ab Klassenstufe 5 aus der Region Köln/Bonn ein und bot folgende drei Aktionen an:

Technik – praktisch erleben!

Unter dem Motto „entdecken, informieren, erkunden und ausprobieren“ hatten Schülerinnen ab Klassenstufe 5 die Möglichkeit, technische Bereiche des Zentralgebäudes der FH Bund zu erforschen.

Den Mädchen wurden die Arbeitsweisen der Bereiche Medienzentrum und IT-Service näher gebracht. Diese Bereiche werden in der Regel immer noch überwiegend von Männern wahrgenommen.

Gartenbau und Landschaftspflege hautnah!

Auch die Berufe im Bereich des Garten- und Landschaftsbaus werden von Männern dominiert. Die FH Bund bot deshalb interessierten Mädchen die Möglichkeit, einen Garten- und Landschaftspfleger einen Tag lang zu begleiten.

Neben einem kurzen Rundgang über den Campus des Zentralbereichs, den Arbeitsort des Garten- und Landschaftspflegers der FH Bund, Ulrich Henß, erhielten die Mädchen auch Eindrücke von den Arbeitsgeräten und durften diese auch selbst ausprobieren.

In der Bibliothek mal auf der anderen Seite der Theke

Im Rahmen der Aktion „Neue Wege für Jungs“ konnten zwei Jungen den Alltag eines Mitarbeiters in der Bibliothek erleben. In einem Rundgang durch alle Arbeitsbereiche der Zentralbibliothek der FH Bund wurde den Jungen näher gebracht, welche Schritte im Hintergrund notwendig sind, um ein Buch oder eine Zeitschrift an der Theke einer Bibliothek ausleihen zu können.



Ulrich Henß (M) stellt seine Arbeitsgeräte vor

Der Beruf eines Bibliothekars gehört zwar nicht zu den klassischen Frauenberufen, wird allerdings überwiegend von Frauen ausgeübt. Die FH Bund wollte mit dieser Aktion zur Erweiterung der Berufswahl bei Jungen beitragen.

Berufswahlorientierung an Schulen

Um die Schülerinnen und Schüler der Vorabgangs- oder Abgangsklassen individuell und gezielt über die vielfältigen Karrieremöglichkeiten zu informieren, führen Schulen häufig Veranstaltungen zur Berufswahlorientierung durch. Ziel hierbei ist es, den Schülerinnen und Schülern durch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Berufe das jeweilige Berufsbild mit Hilfe eigener Erfahrungswerte darzustellen. Den Schülerinnen und Schülern soll damit die Berufsfindung erleichtert werden. Schulen agieren hier auch mit verschiedenen Konzepten.

Die FH Bund verfolgt auch weiterhin diese Möglichkeit der Studierendenwerbung und präsentiert damit offensiv das Berufsbild einer Beamtin oder eines Beamten der Bundesverwaltung gegenüber Schülerinnen und Schülern. Zugleich betreibt sie damit aktiv Werbung für ihre Studiengänge.

Neben verschiedenen persönlichen Besuchen an Schulen zu diesen Veranstaltungen im Jahr 2010, wurde auch über die

Interessante Einblicke in die Arbeit eines Bibliothekars gab die Aktion „In der Bibliothek mal auf der anderen Seite der Theke“



Auslage von Flyern in Schulen der Kontakt zu Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern hergestellt.

Diese Form der aktiven Nachwuchswerbung soll zukünftig noch weiter ausgebaut werden.

Hochschulentwicklung

Neben den Präsentationen in Schulen und auf Messen standen verschiedene konzeptionelle Aufgaben im Mittelpunkt des zurückliegenden Jahres.

Die Geschäftsstelle für den geplanten Masterstudiengang „Master of Public Administration“ wurde im Referat H angesiedelt. Die Projektgruppe „Studiengang Master of Public Administration“ konnte somit gezielt und umfassend aus der Verwaltung unterstützt werden.

Darüber hinaus bot die Umsetzung der Bologna-Beschlüsse im deutschen Bildungssystem einen Anlass, sich einen Überblick über den deutschen Hochschulmarkt zu verschaffen.



Studienkompass
der Fachhochschule
des Bundes und
der neugestaltete Flyer

Um der Zielgruppe der FH Bund ebenfalls einen Überblick über diese Institution zu verschaffen, wurden die Informationsbroschüren grundlegend überarbeitet. Interessenten können nun zwischen drei aufeinander abgestimmten Broschüren wählen.

Der Flyer „Berufswunsch: Staat machen!“ gibt einen ersten groben Überblick über das Angebot der FH Bund. Der „Studienkompass der Fachhochschule des Bundes“ enthält zusätzliche Informationen über Studienmöglichkeiten, Zugangsvoraussetzungen und Karrierechancen. Einen umfassenden Überblick über Struktur und Aufbau der FH Bund und ihrer Fachbereiche ermöglicht das „Hochschulportrait der Fachhochschule des Bundes“.

Einer Überarbeitung bedurfte zudem die Diplomierungsordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (DipLO-FH Bund). Diese Neufassung wurde u. a. notwendig, da der Fachbereich Wetterdienst den Abschluss „Diplom Meteorologe/-Meteorologin“ verleiht. Die DipLO-FH Bund ist mit Wirkung vom 1. September 2010 in Kraft getreten (Bek. des BMI vom 1. September 2010 – D 2 – 261 852/0, GMBI. 61/2010).

Die Überarbeitung der Grundordnung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (GO-FH Bund) befand sich im Jahr 2010 in der Konzeptionsphase und soll 2011 abgeschlossen werden.

Vielfältige Karrieremöglichkeiten
für Beamtinnen und Beamte

Besuch einer Delegation aus China

Am 19. Oktober 2010 besuchte eine Delegation aus Yiwu, China, die FH Bund. Die fünf Mitarbeiter einer dortigen Verwaltungsschule informierten sich über Aufgabe und Struktur der Fachhochschule. Herr Simon vom Referat H informierte über die FH Bund als herausragende Institution in der Hochschullandschaft, im Anschluss wurden auch Hintergründe zu dienstrechtlichen Fragen mit den beiden Lehrenden am Zentralbereich, Frau Dr. Lamouroux und Herrn Langer, diskutiert. Der Besuch wurde abgerundet mit einer Führung durch das Zentralgebäude durch Herrn Günther, Leiter des Referats W, und der Besichtigung von Lehr- und Unterrichtsräumen, Bibliothek und Videostudio.

Die Delegation der Handelsstadt Yiwu zeigte sich von den Aufgaben und der Umsetzung an der FH Bund beeindruckt und setzte ihre Europareise mit einem Besuch von Bildungseinrichtungen in Spanien fort.



Die Delegation während der Führung in der Bibliothek

Servicezentrum und Gebäudemanagement

Das mit Abstand größte Referat der FH Bund am Zentralbereich in Brühl sorgt mit seinen vielfältigen Arbeitsbereichen dafür, dass in den Gebäuden der FH Bund und der BaköV

- angehende Beamtinnen und Beamte studieren können
- Beschäftigte des Bundes und der Länder an Seminaren und Tagungen teilnehmen können
- viele von ihnen auf unserem Campus wohnen
- und schließlich die Dozentinnen und Dozenten und Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter für sie alle im Einsatz sein können.

Tagungen und Seminare

Auch im Jahr 2010 fanden an der FH Bund Tagungen und Kongresse mit weit gefächerten Themengebieten, initiiert von Behörden und anderen Einrichtungen, statt.

Als Beispiele einige teilnehmerstarke Veranstaltungen, deren Durchführung, bedingt durch langjährige Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die konsequente Einhaltung von Ablaufplänen, als Erfolg gebucht werden konnte:

- Auswahlverfahren des Bundesamtes für Verfassungsschutz (ca. 350 Teilnehmende)
- 57 Tagungen der Bundeswehr, davon sechs mit mehr als 100 Teilnehmenden
- Tagung des Bundesministeriums der Finanzen (ca. 100 Teilnehmende)
- Tagung der Oberfinanzdirektion Rheinland (ca. 150 Teilnehmende)
- Geschäftsführertagung des Technischen Hilfswerkes (ca. 110 Teilnehmende)

- Brühler Gleichstellungstage (ca. 300 Teilnehmende)
- 16 ausgelagerte Veranstaltungen der Deutschen Hochschule der Polizei
- Tagung der Bundespolizei (120 Teilnehmende)
- zwei Tagungen der Bundeszentrale für politische Bildung (ca. 100 Teilnehmende)
- Tagung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik und der AFCEA Bonn e. V. (200 Teilnehmende)
- LÜKEX-Tagung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (ca. 120 Teilnehmende)
- Fußballturnier der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (ca. 500 Teilnehmende)
- Marketingveranstaltung „Kaufhaus des Bundes“ vom Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern (ca. 350 Teilnehmende)
- vier Abschlussprüfungen des Bundesverwaltungsamtes (ca. je 110 Teilnehmende)
- GSB-Tagung des Bundesverwaltungsamtes (ca. 110 Teilnehmende)
- Vertreterversammlung der Volks- und Raiffeisenbank (ca. 600 Teilnehmende)
- Sommerliches Musikfest der Kunst- und Musikschule (ca. 600 Teilnehmende)
- Tagung des Vormundschaftsgerichtstages (ca. 450 Teilnehmende)
- zwei Tagungen der RWE AG (ca. 300 Teilnehmende)
- Tagung der Freunde und Förderer der Psychohygiene (ca. 200 Teilnehmende)
- Tagungen der Brühler Akademie (100 Teilnehmende)

Damit waren es insgesamt

- 240 Tagungen mit bis zu 50 Teilnehmenden
- 34 Tagungen mit 50 bis 100 Teilnehmenden und
- 25 Tagungen mit mehr als 100 Teilnehmenden.

Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs von fast 100 %. Hier war insbesondere auch der Umstand ausschlaggebend, dass die ca. 300 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten ihr Grundstudium nicht am 1. Oktober 2010, sondern erst am 1. Januar 2011 begannen. Damit verfügte die FH Bund über freie Kapazitäten in den Wintermonaten und der großen Nachfrage nach Tagungsmöglichkeiten konnte umfänglich nachgekommen werden.

Geschäftsstelle Fortbildung

Die Geschäftsstelle Fortbildung (GeFO) hat im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft die Aufgabe, die BAKöV als zentrale Fortbildungseinrichtung des Bundes in der organisatorischen Betreuung der Veranstaltungen zu unterstützen. Die Anzahl der durchgeführten Seminare ist im Vergleich zum Vorjahr um 11 % von 1.882 auf 1.690 gesunken.

Die Ursache für die rückläufigen Seminarzahlen ist der weitestgehende Abschluss der Schulungen zum Thema „Leistungsorientierte Bezahlung“.

Da im Jahr 2010 die GeFo durch Krankheitsausfälle und ständige Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen besonders stark getroffen war, kam der Rückgang der Zahl der Seminare sehr gelegen. So konnte die GeFo trotz aller Widrigkeiten die BAKöV in gewohnt vorbildlicher Weise unterstützen.

Ein Blick auf den Campus in Brühl



Eine Besonderheit innerhalb der Seminarstruktur sind die sog. „Leitbehördenseminare“.

Diese Veranstaltungen werden von der BAKöV geplant und von dem Deutschen Patent- und Markenamt in München, dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden sowie dem Hauptzollamt in Hannover durchgeführt. Die GeFo ist dabei jeweils für die Seminaerausstattung zuständig.

Im Jahr 2009 hat die BAKöV in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle Fortbildung mit der Neugestaltung des interaktiven Fortbildungssystems für die Bundesverwaltung (IFOS-BUND) begonnen. Ziel des Redesigns ist die Optimierung der einzelnen Geschäftsprozesse. Weiterhin soll die Zusammenarbeit zwischen den am Fortbildungsprozess Beteiligten vereinfacht und verbessert werden. Dieses Vorhaben wurde auch 2010 fortgesetzt.

Wohnheimverwaltung

Appartements für Studierende auf dem Campus

2010 haben 398 Studierende (Vorjahr 705 Studierende) ein Appartement gewünscht und im Online-Vergabeverfahren zugewiesen bekommen. Der Rückgang ist auf die von der Bundespolizei gewünschte Verschiebung des Semesterbeginns vom 1. Oktober 2010 auf den 1. Januar 2011 zurückzuführen.

Foto links: Appartement
Foto rechts: Heider Bergsee



Die zu mietenden Appartements befinden sich in einem der vier dem Zentralgebäude der FH Bund angegliederten Wohnhäuser. Sie sind mit Bad insgesamt ca. 17 qm groß und mit Einbaumöbeln (Schränke, Bett mit Stauraum, Sideboard, Hängeregal, Sessel, Beistelltisch, Schreibtisch, Stuhl und Pinnwand) ausgestattet.

Zur weiteren Ausstattung gehören ein Computer mit Softwareausstattung und Internetzugang, Zimmertelefon, abschließbares Kühlfach in einer Gemeinschaftsküche und ein dem Appartement zugeordneter Briefkasten. Antennenanschlüsse für Fernseh- und Rundfunkempfang sind auf den Zimmern vorhanden, entsprechende Endgeräte jedoch nicht.

Die Studierenden teilen sich in den 4 Appartementhäusern insgesamt 38 Küchen, diverse Fernsehzimmer und Aufenthaltsräume sowie pro Wohnhaus je 2 Waschräume, die auch mit Trocknern ausgestattet sind.

Freizeit- und Sportangebot

Nur ca. 10 Minuten entfernt sind der Heider Bergsee sowie ein großes zusammenhängendes Waldstück, die Ville, gelegen. Diese Umgebung lädt zum Joggen und zu Spaziergängen ein.

Ein Blick auf die Sportanlagen
der FH Bund



In ca. 20 Minuten ist die Stadtmitte Brühl zu Fuß zu erreichen.

Außerhalb der Lehrveranstaltungen können und sollen die Studierenden die Sportstätten der FH Bund nutzen. Hier haben sie nicht nur verschiedenste Angebote von Veranstaltungen in der großen Sporthalle, sie haben auch die Möglichkeit, auf zwei Plätzen mit Allwetterbelag Tennis zu spielen. Daneben gibt es einen Rasensportplatz sowie zwei Leichtathletikanlagen.

In den Wohnhäusern selbst stehen den Studierenden darüber hinaus Kraft- und Fitnessräume zur Verfügung. Auch die Kegelbahn im Zentralgebäude erfreut sich gegen eine geringe Gebühr großer Beliebtheit.

Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, sich kostenlos Fahrräder auszuleihen.

Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Wechsel des Eigentums zur Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)

Am 12. Januar 2009 wurde der Mietvertrag zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und der Fachhochschule des Bundes unterschrieben. Alle liegen-

Foto links: Fitnessraum

Foto rechts: Kegelbahn



schaftsbezogenen Aufgaben werden seitdem in Verantwortung der BImA durchgeführt.

Um die Ansprüche der FH Bund mit den Aufgaben der BImA zu koordinieren, wurde von Seiten der FH Bund eine zentrale Ansprechperson festgelegt. Auch im Jahr 2010 wurden die im ersten „Mieterjahr“ erprobten Verfahrensabläufe weiter gefestigt. Noch immer wird aber festgestellt, dass eine punktgenaue Zuständigkeitsabgrenzung nicht möglich ist und es immer wieder zu Überschneidungen kommen wird. Aufgrund des Engagements in der Zusammenarbeit zwischen BImA und FH Bund auf der Ebene der Sachbearbeiter konnten auch im Berichtsjahr Schwierigkeiten immer wieder zielorientiert gelöst werden.

Optimierung des Schadensmanagements

Nach der Übergabe der Liegenschaft an die BImA und die damit zusammenhängenden Zuständigkeitsänderungen wurde das Schadensprogramm den neuen Erfordernissen angepasst, so dass die schnelle und zuverlässige Schadensbearbeitung in den Wohnheimen weiterhin gewährleistet ist.

Um die Verfahrensabläufe für die Meldung von Schäden im Zentralgebäude zu optimieren, wurde eine zentrale Mailadresse geschaffen, über die alle Mitarbeiterinnen und

Die neu gestaltete Theke
in der Cafeteria



Mitarbeiter unkompliziert Schäden oder Verschmutzungen, die ihnen in ihrem Büro oder im Gebäude auffallen, melden können. Das Referat Z 4 kann auf dieser Grundlage die daraus entstehenden Arbeitsaufträge veranlassen, koordinieren und kontrollieren.

Umgestaltung der Cafeteria

Nach aufwendiger Planung konnte der Umbau der Cafeteria im Frühjahr 2010 zum Abschluss gebracht werden. Die vormals kühle Atmosphäre wurde durch warme Farben und den Einsatz gezielter Raumgestaltungsmaßnahmen verbessert. So wurde die vorhandene Theke vollständig überarbeitet, die Räumlichkeit wurde durch Sichtschutzelemente optisch aufgeteilt und der Boden aufgearbeitet.

Neben der Raumgestaltung wurden auch die Möbel dem modernen Stil angepasst. Die Sitzmöbel laden nun zum Verweilen ein, der abgetrennte Loungebereich ermöglicht es, sich bequem und gemütlich zurückzuziehen.

Foto links: Ein Blick in die Cafeteria

Foto rechts: Der Loungebereich



Organisation und Informationsmanagement

Die Aufgaben des Referates Z2, Organisation und Informationsmanagement, sind naturgemäß kontinuierlich im Hintergrund zu erfüllen.

Dazu gehören einerseits organisatorische Teil-Untersuchungen und kleine Optimierungsschritte, die Weiterentwicklung der Registratur und Beratungsgespräche zur förmlichen Erledigung von Vorgängen sowie die behördenseitige Begleitung von Modernisierungsprojekten der Bundesregierung. Andererseits erfordert die IT-Unterstützung in FH Bund und BAKöV an den Standorten Brühl, Boppard, Johannisthal und teilweise in Zeuthen ständig vielseitige Hilfe. Eng verwobene Prozesse ermöglichen die unterschiedliche und doch effiziente Betreuung der Kunden an rd. 300 PCs in der Verwaltung und im Schulungsbereich.

Damit die IT an jedem Arbeitsplatz funktionsfähig ist, müssen das Netzwerk und die Server gewartet und ständig an die neuen Anforderungen angepasst werden. Dabei wird insbesondere auch das Ziel verfolgt, durch die Virtualisierung von Servern Energie einzusparen (Green-IT). Neben der Netzwerkinfrastruktur müssen die Rechner, Monitore und Drucker eingerichtet, gewartet und regelmäßig ausgetauscht werden. Die zentrale Hotline nimmt jegliche

Die schnelle Beseitigung
von Störungen immer im Blick



Störungen auf und sorgt für eine schnelle Beseitigung. Die Software-Ausstattung muss regelmäßig aktualisiert und insbesondere um aktuelle Sicherheits-Updates ergänzt werden. Das Referat Z2 managt dies mit einem Softwareverteilungssystem. Aus verschiedenen Software-Paketen überträgt Z2 in der Verwaltungsgemeinschaft ganze Rechnerkonfigurationen über das Netzwerk in die Büros. Hierfür wurden beispielsweise im Jahr 2010 rund 45 Software-Anwendungen so vorbereitet, dass anschließend allein 9.200 Software-Installationen automatisiert erfolgen konnten.

Weitere bemerkenswerte im Jahr 2010 abgeschlossene Vorhaben werden nachfolgend beschrieben.

Fachbereich AIV im D115-Verbund

Seit 1. Dezember 2010 ist die FH Bund durch ihren Fachbereich AIV an den D115-Verbund angeschlossen. Interessierte, die sich mit entsprechenden Fragen an die einheitliche Behördenrufnummer 115 wenden, bekommen dort nun zielgruppengerecht aufbereitete Informationen über den Studiengang, den Bewerbungsweg und das Auswahlverfahren. Sind die Fragen zu speziell für die erste Auskunftsebene, erhält der Fachbereich per E-Mail ein „Ticket“ und braucht dann nur noch auf die schwierigeren Fragen einzugehen.



CampusLive

Das an die Studierenden gerichtete Wohnheim-Intranet CampusLive ist runderneuert. Der Praxiseinsatz einer Studierenden im Organisationsbereich verhalf zu der nötigen Luft, nicht nur offenkundige Verbesserungspotenziale anzugehen. Nach einer Kundenbefragung unter den anwesenden Kursen konnte gezielt auf die Wünsche der Studierenden eingegangen werden. So steht hier jetzt ein Forum zur Verfügung, das die Kommunikation aller Studierenden

untereinander unterstützt. Dieses wird ebenso vom IT-Anwender-Support gern genutzt, um über Möglichkeiten und Veränderungen zu informieren. Hinzu kamen eine weitgehend frische Weiterbildung und die Anpassung an das Corporate Design des allgemeinen Web-Auftritts der FH Bund. Um künftig kontinuierlich Studierende zu beteiligen, wurde eine ständige Arbeitsgemeinschaft „Redaktion CampusLive“ aus Mitarbeitern und Studierenden ins Leben gerufen.

Intranet

Eigentlich mehr als kollegiales Gemeinschaftswerk des gesamten Zentralbereiches und des Fachbereiches AIV ging vor den Sommerferien das neu gestaltete Intranet online. Ziel der Überarbeitung war insbesondere eine themenorientierte und damit leichter zu durchschauende Navigation als im vorigen, gewachsenen Intranet. Parallel dazu gelang mit dem Wechsel zum Government Site Builder als Content Management System ein weiteres Stück Systemvereinheitlichung. Durch den gemeinsam getragenen Planungsprozess und die dabei geführten Diskussionen wurde zudem das Engagement der Intranet-Redakteure der verschiedenen Organisationseinheiten für das Medium neu entfacht. Dies förderten auch gemeinsam absolvierte Schulungen im Um-



gang mit dem Government Site Builder, ohne die das System allerdings nicht zu bedienen wäre.

„Schadensmeldung“ steuert Kommunikation mit BImA

Um die Vielzahl von Schadensmeldungen aus dem Wohnheim und ihre Abarbeitung zu strukturieren, ist schon im Jahr 2006 die Online-Anwendung „Schadensmeldung“ gestartet worden. Mittels Online-Formular können Studierende Schäden an den Wohnheimzimmern melden. Die Anwendung stellt dann den einzelnen Gewerken je nach Zuständigkeit die Schadensmeldungen zur Erledigung bereit. Dabei ist interessant, dass die Handwerker überwiegend nicht mehr dem hauseigenen Betriebsdienst angehören, sondern der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), so dass „Schadensmeldung“ einen Teil der Kommunikation zwischen der FH Bund als Mieterin und ihrer Vermieterin BImA prägt. Letztere kann aufgrund der übergebenen Daten Reparatur- und Renovierungsarbeiten planen, sofern sich die „Schäden“ nicht durch eine gezielte Reinigung oder Schreinerarbeiten unter Regie der FH Bund beheben lassen. Daneben gewinnt die Wohnheimverwaltung Daten über den Zustand der Apartments, die beim Mieterwechsel für mögliche Schadenersatzforderungen grundlegend sind.

Nach dem Übergang von Aufgaben an die BImA im Jahr 2009 passte das System teilweise nicht mehr zur organisatorischen Struktur und musste schon deswegen zwingend angepasst werden. In einer Befragung der Nutzerinnen und Nutzer wurden Verbesserungswünsche ermittelt, die sich insbesondere auf die Bedienoberfläche bezogen. Auch wurde eine höhere Flexibilität im Umgang mit Schadensmeldungen gewünscht, die mehrere Gewerke betreffen oder nicht auf Anhieb beim richtigen gelandet sind. Der Ablauf in diesen Fällen konnte deutlich erleichtert werden. So kann die „Schadensmeldung“ weiter einen wichtigen Beitrag leis-

ten zur Bewirtschaftung der 670 Wohnheimzimmer, in dem längst nicht mehr nur zum Semesterwechsel Mieterwechsel stattfinden.

Erweiterung der Raumbellegung in Campusplan

Auch die Planung der Funktionsräume-Belegung muss wegen der Veränderungen an den Studiengängen der Fachbereiche höheren Anforderungen genügen. Eine Erweiterung der Raumbellegungsfunktion im Campus-Verwaltungssystem Campusplan lässt nun eine differenziertere Sicht auf die Disposition von Funktionsräumen zu, auf die der erste Zugriff für die Lehre im Grundstudium sichergestellt sein muss, die aber nicht permanent genutzt werden.

Nutzer können sich jetzt in Campusplan und auch im Intranet orientieren, zu welchen Zeiten Räume evtl. noch verfügbar sind, um sich dann weiter mit der Lehrorganisation abzustimmen. Hier gibt es sicher Potenzial für weitere Verbesserungen, die auf jetzt zu sammelnden Erfahrungen aufbauen müssen.

Wechsel zu Office 2007

Faszinierend reibungslos verlief der Wechsel von der Microsoft Office-Version 2002 zu 2007 mittels des Softwareverteilungssystems Empirum an allen PC-Arbeitsplätzen in der FH Bund und der BAKöV samt ihren Außenstellen. Allerdings blühte den Anwenderinnen und Anwendern nach erfolgreicher Installation eine völlig veränderte Menü-Oberfläche, in die sie in Inhouse-Seminaren eingeführt wurden.

Als Träger dieser Seminare wurde erstmals die Brühler Volkshochschule ausgewählt. Mit vollem Erfolg: Die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule verlief so erfreulich und reibungslos, dass weitere Inhouse-Schulungen zu anderen Themen folgen werden.

Hochschulsport

Im Berichtsjahr waren insgesamt 1.060 Studierende am Zentralbereich zu betreuen, wovon rund 75 % an den verschiedensten Sportkursangeboten teilnahmen. Neu eingeführt und im Modul 7 des Studienplans verankert wurde der sog. Polizeisport für den Fachbereich Bundespolizei. Er setzt sich aus physischem Basistraining und den konditionsfördernden Sportspielen zusammen. Zusätzlich können die Studierenden eine Disziplin ihrer Wahl belegen und haben daraus folgend garantiert genügend Trainingsanreize.

Erfreulich ist auch die hohe Teilnehmerquote aus dem Hauptstudium des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung; vier eigene Hochschulsportkurse für Volleyball, Badminton, Hallenfußball und Fitnessworkout haben hier zum Durchbruch verholfen und binden die Anwärtinnen und Anwärter in ein regelmäßiges Sporttraining ein.

Der Ausbau des präventiven Gesundheitssports für die Beschäftigten der FH Bund war ebenso ein wichtiges Thema im Berichtsjahr. Mit dem Kursangebot „Kraftaufbau/Koordination/Karate“ fand sich schnell eine eingeschworene Gemeinschaft und die ganz neue Trainingsgruppe zusammen. „Tae Bo/Tai Chi“ als musikgestützte Trainingsform generierte aus dem Stand 15 Meldungen aus dem Kreis der Beschäftigten.



Kampfsporttraining
in der Sporthalle
der Fachhochschule des Bundes

Ein schönes Ergebnis ganz im Sinne des Erlasses des Bundesministeriums des Innern zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge in den Dienststellen der Bundesverwaltung.



2. FH Bund-Cup

Wie bereits im Jahr zuvor angekündigt, kam es am 23. Juni 2010 zur zweiten Auflage des FH Bund-Cups. Dieser sollte nach Maßgabe der Organisatoren, Markus Krause, Robert Starke und Christian Jaworski, den vorangegangenen Cup weit in den Schatten stellen. Dass diese getroffene Ausrichtung in allen Bereichen zutreffen sollte, konnte zu Beginn der Planungen niemand ahnen. Mit der großen Unterstützung des AIV-Kurses 10-08 und vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentralbereichs ging man daran, ein interessantes und ansprechendes Turnier zu organisieren.

Wie bereits im Jahr zuvor kam es auf der Sportanlage der Fachhochschule des Bundes zum besagten Kräftemessen der verschiedenen Fachbereiche. Im Vergleich zum Vorjahr konnte man die Anzahl der Mannschaften sogar auf neun erhöhen. So wurde der Turniermodus von „Jeder-gegen-Jeden“ auf einen üblichen Gruppenmodus umgestellt. Der Gruppe eins waren zugehörig die Mannschaften AIV 10-08, AIV 10-09, Police Academy (BKA 1), Dozenten und CARE-Wintermärchen. In der zweiten Gruppe standen sich die Mannschaften

Aufstellung der Mannschaften
zur Eröffnung des Turniers



BfV/AIV, BKA 2, Wetterdienst und AIV GS gegenüber. Die beiden Erstplatzierten jeder Gruppe spielten im Kreuzvergleich die Halbfinals aus, während die jeweiligen Dritten und Vierten im direkten Vergleich der anderen Gruppe die Platzierungen sieben und fünf ausspielten. Lediglich der Letzte der Gruppe eins blieb ohne weiteres Platzierungsspiel. Wie bereits im Vorjahr galt auch in diesem Jahr die Erfüllung einer „Frauenquote“ als Teilnahmevoraussetzung. So musste jedes Team mindestens eine Frau aufweisen.

Bereits früh im Turnierverlauf zeigte sich, dass der Turniersieg lediglich zwischen den antretenden BKA-Kursen ausgemacht werden sollte. Jedoch verhalf eine mehr oder minder große Überraschung den als Favoriten geltenden Kriminalbeamten die Siegesstimmung gewaltig. Der AIV-Kurs des Grundstudiums mauserte sich von Spiel zu Spiel von der grauen Maus zu einem echten Titelaspiranten. Einzig im Finale, gegen die Mannschaft der Police Academy, musste sich das Team der Studienbeginner der AIV geschlagen geben. Als würdiger Sieger und Pokalheld stellte die Mannschaft des BKA auch den besten Torschützen, so konnte sich Frederik Bader gegen alle anderen aktiven Angreifer durchsetzen.

Foto links:
Fachgespräche
am Rande des Spielfelds

Foto rechts:
Auch die Spielerinnen
zeigten Kampfgeist



Die Turnierplatzierungen:

1. Platz	Police Academy (BKA I)
2. Platz	AIV GS
3. Platz	AIV HS 1
4. Platz	BKA II
5. Platz	BfV/AIV
6. Platz	Dozenten
7. Platz	DWD
8. Platz	AIV 10-08
9. Platz	CARE-Wintermärchen



Der Pokal und die Medaillen



Das Siegerteam Police Academy

Während des gesamten Turnierverlaufs bestand die Möglichkeit, einen kleinen Imbiss oder eine kleine Erfrischung einzunehmen. Auch die musikalische Umrahmung war von Beginn an ein wichtiges Element der guten Stimmung.

Der fußballreiche Nachmittag fand seinen Höhepunkt in der Übertragung des WM-Vorrundenspiels der deutschen Nationalmannschaft gegen Ghana. Als Mesut Özil den erleichternden Treffer zum 0:1 markierte, platzte die bis dahin anhaltende Anspannung sowohl aus den Organisatoren als auch aus den Besucherinnen und Besuchern heraus. Aufgrund des spannenden Turnierverlaufes, des Sieges der Nationalelf und des damit verbundenen Einzugs in das Achtelfinale wurde noch bis spät in die Abendstunden gefeiert.

Welche Anerkennung das Turnier bereits in der FH Bund besitzt, wurde dadurch deutlich, dass der Präsident der FH Bund die Eröffnung vornehmen wollte, jedoch auf Grund kurzfristiger Terminänderungen verhindert war. Nicht weniger sympathisch eröffnete nun der Dekan des Fachbereiches AIV, Herr Dr. Harmgardt, das Turnier. Diesem oblag darüber hinaus die Ehre, den Sieger zu beglückwünschen und den Siegerpokal zu überreichen.



Auch für die Verpflegung der Mannschaften und des Publikums war ausreichend gesorgt

Für die Unterstützung, die die Organisatoren von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zentralbereichs der FH Bund, vom THW und vom Initiativkreis erhalten haben, war der Lehrgang 10-08 des Fachbereichs AIV sehr dankbar. Diese breite Unterstützung ermutigt dazu, auch im Jahr 2011 einen FH Bund-Cup zu veranstalten.

Gäste fiebern mit
der deutschen Nationalmannschaft



Herr Dr. Harmgardt, Dekan des FB All-
gemeine Innere Verwaltung nimmt die
Siegerehrung vor



Schwerbehindertenvertretung

Die Schwerbehindertenvertretung hat die Aufgabe „die berufliche Integration der Schwerbehinderten in die Dienststelle zu fördern, ihre Interessen in der Dienststelle zu vertreten und ihnen beratend und helfend zur Seite zu stehen“. Zum betreuten Personenkreis gehören auch die Studierenden, die am Zentralbereich ihr Grundstudium absolvieren und seit Oktober 2007 die Studierenden des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung für die gesamte Dauer ihres Studiengangs. Hierbei erwies sich die Zusammenarbeit mit dem Personalreferat und dem Fachbereich als reibungslos und einwandfrei.

Im Juni führten zwei Beschäftigte des Bundesrechnungshofes eine Überprüfung „personalwirtschaftlicher Aspekte aufgrund der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst“ im Rahmen einer internationalen Prüfung oberster Rechnungsprüfungsbehörden durch. Im Fokus der Untersuchung standen Programme und Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl schwerbehinderter Erwerbstätiger. Die Prüfer erhielten durch Gespräche mit Betroffenen und einen Rundgang durch das Gebäude einen positiven Eindruck. Einige kleine Hinweise zur Verbesserung der Barrierefreiheit wurden bereits in Angriff genommen bzw. sind schon umgesetzt.



Uta Kauer und Wilhelm Bories

Am 16. September 2010 trat für das BMI und seinen Geschäftsbereich die neue Rahmenintegrationsvereinbarung zur Integration schwerbehinderter und gleichgestellter Menschen in Kraft. Die hauseigene Zielvereinbarung wird in Kürze daraufhin angepasst werden.

Bei der am 7. Oktober 2010 durchgeführten Wahl zur Schwerbehindertenvertretung wurden Herr Wilhelm Bories zur Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen und Frau Uta Kauer zu seiner Stellvertreterin gewählt.

Der Initiativkreis

2010 konnten mit erhöhter Aufmerksamkeit die Bergfete, Wierfastelovend, ein Abschlussball der Tanzkurse, eine Schnupperfete, eine Grillfete und eine Nikolausfete stattfinden. Dabei hatten zum Teil nicht nur Studierende der FH Bund sehr viel Spaß.

Der Initiativkreis konnte auch im Jahr 2010 wieder insgesamt ca. 60 Veranstaltungen anbieten. Darunter waren beispielsweise die Besichtigung des WDR-Studios in Köln, eine Führung über das hohe Dach des Kölner Doms, eine Führung durch die historische Kneipenlandschaft Kölns oder eine Schlossführung in Brühl.

Auch ein Tanzkurs zum Erlernen von Standardtänzen, wie Walzer, Foxtrott oder Rumba an zehn Abenden konnte wieder angeboten werden.

Im März 2010 hatten Mitglieder der FH Bund auch wieder ein Forum, um ihre in der Freizeit gestalteten Kunstobjekte der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Und natürlich fanden sich auch in diesem Jahr wieder einige Mitglieder der FH Bund zu einem Chor zusammen. Am 15. Dezember 2010 konnte dieser Chor bei einem weihnacht-



lichen Konzert das Jahresende einläuten. Musikalisch unterstützt wurde der Chor dabei von dem Querflötenquartett der Kunst- und Musikschule der Stadt Brühl. Im Anschluss bot sich den Gästen des Konzerts noch ein gemütlicher Jahresausklang bei einer Tasse Glühwein.

Der Initiativkreis wird nunmehr seit zehn Jahren von Frau von Dewitz und Frau Landsch betreut und konnte im Jahr 2010 insgesamt 1.175 EUR für humanitäre Hilfen spenden.

Bilder oben:
Eröffnung der Kunstausstellung

Bild unten:
Der Chor beim
Weihnachtskonzert



Der FH Bund Alumni e. V.

Gastbeitrag des Vorsitzenden

Unter dem Motto „Vernetzt in die Zukunft!“ schlossen sich am 18. April 2008 sieben Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung zusammen, um gemeinsam mit Präsident Thomas Bönders den FH Bund Alumni e. V. aus der Taufe zu heben.



Ziel unseres Vereins ist die Vernetzung der Absolventinnen und Absolventen der FH Bund und damit ein stetiger Erfahrungsaustausch. Dabei soll ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch über Entwicklungsmöglichkeiten koordiniert werden, Studierende der FH Bund während ihrer Ausbildung unterstützt werden und zusammen mit den Dozentinnen und Dozenten der FH Bund ein lebendiger Wissenstransfer zwischen Theorie und Praxis herbeigeführt werden.

Der FH Bund Alumni e. V. steht offen für Studierende und ehemalige Studierende der FH Bund, für Lehrende und ehemalige Lehrende der FH Bund, sowie für andere kontakt- und förderungswillige Personen und Vereinigungen.

Das Jahr 2010 blieb auch für den FH Bund Alumni e. V. nicht ohne Ereignisse oder Veränderungen.



Gründungsversammlung
am 18. April 2008

Zu Beginn des Jahres haben wir unseren Internetauftritt www.fhbund-alumni.de präsentiert. Dank der tatkräftigen Unterstützung durch Herrn Frank Haselier ist es gelungen, diesen Auftritt einzurichten. Die Seite dient als Plattform für die in der gesamten Republik verstreuten Mitglieder und Interessenten. Nachdem die Seite zu Jahresbeginn nur aus einem Grundgerüst bestand, wächst sie nun stetig. Darüber hinaus bieten wir in regelmäßigen Abständen einen Newsletter an, der über aktuelle Entwicklungen des Vereins berichtet. Dieser kann über unsere Internetseite bezogen werden.

Mehrere Mitglieder des Vereins nahmen am 25. Juni 2010 am Fachbereichstag des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung in Brühl teil. Im Vordergrund standen hier Informationen aus „erster Hand“ zu Perspektiven nach dem Studium.

Auch bei den Einführungswochen für die Erstsemester des Fachbereichs AIV präsentierten sich Vorstand und einzelne Mitglieder und boten ihre Unterstützung während des Studiums an. Diese Unterstützung bieten Mitglieder im Rahmen unseres Mentorenprogramms an.

Internetauftritt des Vereins



Im Mittelpunkt des Jahres 2010 stand die nunmehr dritte Mitgliederversammlung. Diese fand aufgrund eines Beschlusses der zweiten Mitgliederversammlung im Jahr 2009 in Berlin statt.

Haupttagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung am 11. September 2010 waren die Wahlen zum Vorstand, aus dem ein neuer Vorstand hervorgegangen ist.

Dem Vorstand gehören nunmehr an:

- **Steve Winter**, Vorsitzender
Fachhochschule des Bundes, Zentralbereich
- **Stefanie Hagen**, 1. Stellvertretende Vorsitzende
Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
- **Nicole Mylau**, 2. Stellvertretende Vorsitzende
Fachhochschule des Bundes, Zentralbereich
- **David Braun**, 3. Stellvertretender Vorsitzender
Bundesministerium der Justiz
- **Dr. Wolfgang Harmgardt**, Mitglied des Vorstands
Dekan des Fachbereichs AIV der Fachhochschule des Bundes
- **Juliane Heinrich**, Schatzmeisterin
Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
- **Harald Ondrouschek**, Schriftführer
Bundesverwaltungsamt

Im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil der Mitgliederversammlung präsentierte die Leiterin der Projektgruppe „Studiengang Master of Public Administration“, Prof'n Dr. Yvonne Dorf das zukünftige Angebot eines Masterstudiengangs an der FH Bund. Viele Mitglieder und Gäste nahmen an diesem Vortrag teil.

Das Rahmenprogramm bildete eine Führung durch die lobbyistische Hauptstadt. Schätzungsweise 5.000 Lobbyisten nehmen in Berlin Einfluss auf vielfältigste Politikfelder. Der Verein Lobbycontrol informiert in ebenfalls vielfältiger Weise über die Möglichkeiten der Einflussnahme. Die Führung durch Berlin Mitte zeigte die Standorte verschiedenster Organisationen, die sich direkt in unmittelbarer Nähe von Parlament und Regierung angesiedelt haben.

Am Abend fand das fünfte Absolvententreffen des Fachbereichs Allgemeine Innere Verwaltung statt, welches zur Abwechslung mal nicht in Brühl, sondern in dem Restaurant „Die Turnhalle“ im Berliner Stadtteil Friedrichshain stattfand. In einem gemütlichen Rahmen wurden Anekdoten aus der Studienzeit, aber auch Neuigkeiten aus dem beruflichen und privaten Alltag ausgetauscht.

Vorstand:
D. Braun, St. Hagen,
J. Heinrich,
N. Mylau,
St. Winter,
Dr. W. Harmgardt und
H. Ondrouschek (v.l.)



Der noch junge Verein verfügte am Jahresende 2010 über 63 Mitglieder. Es ist eine stetige Aufwärtsentwicklung dieser Zahl zu beobachten.

Der FH Bund Alumni e. V. blickt auf ein ereignisreiches Jahr 2011, getreu seinem Motto „Vernetzt in die Zukunft!“.



Mitglieder und Gäste während der Führung durch Berlin-Mitte

Aus den Fachbereichen

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Leitung:	Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Harmgardt
Sitz/Standorte:	Brühl
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Dienst in der allgemeinen inneren Verwaltung des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) FH
Studierendenanzahl:	188
Einstellungszahlen 2010:	82
Hauptamtliches Lehrpersonal:	7

Präsident Bönders händigt
die Diplomurkunden aus



Laufbahnprüfungen 2010:

51 Absolventinnen und Absolventen legten erfolgreich ihre Laufbahnprüfung ab

An den beiden Laufbahnprüfungen im Frühjahr und Herbst 2010 nahmen insgesamt 60 Studierende teil, von denen 58 ihr Studium erfolgreich beendeten.

Bei der Diplomierungsfeier am 31. März 2010 gratulierte der Präsident der FH Bund, Thomas Bönders, den Diplomandinnen und Diplomanden zur bestandenen Laufbahnprüfung und überreichte die Urkunden. In seinem Grußwort hob er das gute Prüfungsergebnis des Lehrgangs hervor. Mit einem durchschnittlichen Prüfungsergebnis von 10 Rangpunkten „liegt dieser Lehrgang ganz vorne im Vergleich der Ergebnisse untereinander“, so der Präsident.

In seiner Festansprache ging der Abteilungsleiter der Zentralabteilung im Bundesministerium des Innern, Herr Paul Fietz, auf die sich wandelnde öffentliche Verwaltung ein. Die Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst werden auf eine Bundesverwaltung treffen, die sich in einem fortschreitenden Modernisierungs- und Reformprozess befindet.



Festredner Paul Fietz

Guido Bodenstein sprach für seinen Lehrgang. In seinem Beitrag, unterlegt mit einer Fotoschau aus dem dreijährigen Studentenleben, ließ er das Studium Revue passieren. Engagement und Einsatzfreude der Dozentinnen und Dozenten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachbereichsverwaltung war den Absolventinnen und Absolventen Anlass, sich zu bedanken.

Das „KammerENSEMBLE SCHMIDTeinander“ begleitete die Diplomierungsfeier musikalisch. Hervorzuheben ist hier das Engagement des Absolventen Johannes Schmidt, der nicht nur auf seiner eigenen Diplomierungsfeier für den musikalischen Rahmen sorgte, sondern auch vorherige Veranstaltungen der FH Bund begleitete.

Bei der Diplomierungsfeier am 30. September 2010 hielt der Präsident des Bundesverwaltungsamtes, Christoph Verenkotte, die Festrede. Darin betonte er die Bedeutung einer funktionierenden Verwaltung für einen demokratischen Staat und den Beitrag, den jede/r Einzelne der Diplomandinnen und Diplomanden dazu an seinem neuen Arbeitsplatz leisten werde.

Sandra Funk und Friedrich Rother schilderten als Vertretung der Studierenden besondere Erfahrungen, die sie während des dreijährigen Studiums gemacht hatten.

Foto links:
Guido Bodenstein

Foto rechts:
KammerENSEMBLESCHMIDTeinander



Aufnahme des Studiums am 1. April 2010 und 1. Oktober 2010

In feierlichem Rahmen wurden am 1. April 2010 24 Studierende und am 1. Oktober 2010 54 Studierende zu Beamtinnen und Beamten auf Widerruf ernannt. Mit ihrer Ernennung traten die Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber in ein Beschäftigungsverhältnis mit der Fachhochschule ein. Hinzu kommen drei weitere Studierende: Bei ihnen handelt es sich um Beamte des mittleren Dienstes, die im Aufstiegsverfahren das Studienziel „Diplom-Verwaltungswirt/-in (FH)“ anstreben.

In seiner Begrüßung ging Fachbereichsleiter Dr. Wolfgang Harmgardt auf die Studienbedingungen auf dem Campus der Fachhochschule des Bundes in Brühl ein. Er betonte die im Vergleich zu anderen Hochschulen herausragenden Studienbedingungen wie z. B. eine intensive Lernatmosphäre in kleinen Kursen, direkte und unmittelbare Kontakte zu den Dozentinnen und Dozenten oder die Betreuung der Studierenden während ihres dreijährigen Studiums.

Die neuen Studierenden
des Studiengangs
Verwaltungsmanagement



Ausbildertagung

Am 2. Februar 2010 trafen sich über 30 Ausbildungskoordinatoreninnen und Ausbildungskoordinatoren und Ausbilderinnen und Ausbilder aus verschiedenen Praktikumsbehörden zur 2. Ausbildungertagung des Fachbereichs AIV in Brühl.

In seiner Begrüßung hob der Präsident der FH Bund, Thomas Bönders, den großen Anteil hervor, den die Ausbilderinnen und Ausbilder vor Ort am Erfolg des dualen Studiums haben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierten sich über Neuregelungen der berufspraktischen Studienabschnitte, die aufgrund der Modularisierung eingeführt wurden. Dazu gehört u. a. die Praktikumsordnung.

Sie nutzten die Gelegenheit, zusammen mit Studierenden des modularisierten Studienganges erste Erfahrungen auszutauschen.

Ausbildungs- und Prüfungsordnung

Am 11. August 2010 wurde die neue „Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes (GntDAIVAPrV)“ in Kraft gesetzt. Sie wird

Die Beamtinnen und Beamten
auf Widerruf leisten den Dienst



erstmalig auf den Studienjahrgang 10-2, Einstellungstermin 1. Oktober 2010, angewandt.

Die Novellierung der Verordnung basiert im Wesentlichen auf den im Jahr 2009 erfolgten Änderungen im Beamtenrecht, insbesondere der Bundeslaufbahnverordnung (BLV). Inhaltliche Veränderungen im Studiengang wurden nicht vorgenommen.

Auswahlverfahrensrichtlinie

Die „Richtlinie zum Auswahlverfahren für den fachspezifischen Vorbereitungsdienst des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes (AuswVfRL-gehDAIV)“ trat am 15. September 2010 in Kraft. Dabei wurde u. a. der mit dem Aufgabenübertragungserlass des Bundesministeriums des Innern vorgenommenen Änderung der Zuständigkeit Rechnung getragen. Inhaltlich wurden u. a. die Testelemente des Auswahlverfahrens modifiziert, die Bewertungsskala überarbeitet und an die Regelungen der Ausbildungs- und Prüfungsordnung angepasst.

Weiterentwicklung des Auswahlverfahrens

Im Bereich der Personalauswahl neuer Studierender hatte sich der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung im Jahr 2010 das Ziel gesetzt, Struktur und Inhalte des Auswahlverfahrens weiterzuentwickeln. Die Weiterentwicklung konzentrierte sich in erster Linie auf den schriftlichen Teil des Auswahlverfahrens. Die Prüfungsinhalte wurden bisher vom Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung in Weiterentwicklung der vom Bundesverwaltungsamt übernommenen Testteile in Eigenregie konzipiert und durchgeführt.

Insgesamt ist das Interesse an einer Beteiligung erfahrener Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Bundesbehörden in den Auswahlkommissionen nach wie vor erfreulich groß. Das Engagement der Bundesbehörden drückt Anerkennung und hohe Wertschätzung des Studienganges aus. In diesem Jahr beteiligten sich insgesamt 65 Vertreterinnen und Vertreter des gehobenen und höheren Dienstes aus verschiedenen Behörden an der Auswahl für das Einstellungs-jahr 2011. Inzwischen stehen über 150 Angehörige aus mehr als 40 Bundesbehörden als Kommissionsmitglieder für die Teilnahme am mündlichen Auswahlverfahren zur Verfügung. Der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung dankt allen beteiligten Behörden für die tatkräftige Unterstützung.

Mit der Beauftragung der Deutschen Gesellschaft für Personalwesen e. V. werden Studienbewerberinnen und Studienbewerber seit dem Auswahlverfahren 2010 einem wissenschaftlich fundierten Leistungstest unterzogen, der zu einer objektiven, validen und zuverlässigen berufsbezogenen Beurteilung der Studierfähigkeit beitragen soll. Mit dem Eignungstest werden die verbale und numerische Verarbeitungskapazität und die Arbeitseffizienz gemessen, des Weiteren unterziehen sich die Bewerberinnen und Bewerber einer Prüfung ihrer Rechtschreibungs- und Englischkenntnisse sowie ihres berufsspezifischen Wissens vor allem in den Bereichen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte.

Bewerberinnen und Bewerber, die das schriftliche Auswahlverfahren bestanden haben, müssen sich im Anschluss dem mündlichen Teil unterziehen. Er besteht aus einer Gruppendiskussion und einem Einzelgespräch.

Öffentlichkeitsarbeit des Fachbereichs

Messen und Informationsveranstaltungen

Der Fachbereich hat auch im Jahr 2010 große Anstrengungen unternommen, um potenzielle Bewerberinnen und Bewerber für die Aufnahme eines Studiums am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung zu gewinnen. Mit dem Slogan „Berufswunsch: Staat machen“

wirbt der Fachbereich seit 2007 um junge Nachwuchskräfte. So präsentierte der Fachbereich sein Studienangebot erstmals auf der EINSTIEG Abi in Köln, einer der bundesweit größten Abiturientenmessen. Wie in den Vorjahren war der Fachbereich auch auf der „Horizon – Messe für Studium und Ausbildung“, diesmal in Stuttgart und Weimar, mit einem Stand vertreten, an dem sich gezielt junge Leute mit Hochschul- oder Fachhochschulreife über den Studiengang „Verwaltungsmanagement“ beraten ließen. Initiiert durch den Zentralbereich konnte der Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung gemeinsam mit dem Fachbereich Kriminalpolizei auf der Messe „Vocatum“ in Hannover und Hamburg zahlreiche Studieninteressierte in Einzelgesprächen informieren.

Zwischen Saarlouis und Jena warb der Fachbereich in über 20 berufskundlichen Informationsveranstaltungen der Berufsinformationszentren der Arbeitsagenturen um potenzielle Bewerberinnen und Bewerber. Der Fachbereich AIV legte einen Schwerpunkt der Gewinnung von Nachwuchskräften auf Studieninteressierte mit Migrationshintergrund. Deshalb wurden Integrationsbeauftragten verschiedener

Kommunen in der Region Köln/Bonn spezielle Informationsveranstaltungen angeboten. Flyer in russischer und türkischer Sprache, die sich an Eltern potenzieller Bewerberinnen und Bewerber richten, wurden erstellt.

Pressearbeit und Onlinemedien

In verschiedenen Online-Datenbanken (z. B. www.studienwahl.de) wurde sowohl auf das Studienangebot als auch auf die angebotenen Informationsveranstaltungen hingewiesen.

„Student und Beamter zugleich. Duales Studium. An der Fachhochschule des Bundes wird der Nachwuchs der Bundesverwaltung ausgebildet“: Unter diesem Titel erschien am 20. Juli 2010 in der Hochschulbeilage des Kölner Stadt-Anzeigers ein ganzseitiger Bericht über den AIV-Studiengang. Grundlage war ein Interview mit einem Studierenden des Hauptstudiums I.

Erfolgreicher Fachbereichstag zum Studiengang Verwaltungsmanagement an der FH Bund:

Der große Erfolg des „Schnuppertages 2009“, der im Rahmen der Feierlichkeiten zum 30-jährigen Jubiläum der FH Bund stattfand, veranlasste den Fachbereich eine eintägige Infor-

Besucherinnen und Besucher
des Fachbereichstags



mationsveranstaltung am 25. Juni 2010 am Sitz des Fachbereichs durchzuführen. Eingeladen waren Auszubildende und ehemalige Auszubildende in der Bundesverwaltung, die die Qualifikation für ein Studium an der FH Bund erfüllen sowie Schülerinnen und Schüler aus einem Umkreis bis zu 70 km.

Rund 150 junge Menschen, angereist aus ganz Deutschland, nutzten die Gelegenheit, sich ausführlich über Studienbedingungen und -möglichkeiten zu informieren:

- Lehrende des Fachbereichs AIV und des Zentralbereichs stellten in „Schnuppervorlesungen“ ihre Studiengebiete anhand interessanter Fälle vor,
- Fragen rund um das Bewerbungsverfahren wurden in einer Veranstaltung ausführlich beantwortet,
- Lehrende, Verwaltungsangehörige, Studierende und auch Absolventinnen und Absolventen beantworteten Fragen zum Studium, zu den Praktika und zum Leben auf dem Campus,
- Praktikumsbehörden (Bundesverwaltungsamt, Deutsches Patent- und Markenamt, Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information, Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik) stellten sich vor und informierten über den Praktikumsverlauf, die Aufgaben ihrer Behörden und spätere berufliche Möglichkeiten.



Stand des Fachbereichs Allgemeine
Innere Verwaltung

Die „Schnuppervorlesungen“ waren so gut besucht, dass die Sitzplätze zum Teil gerade ausreichend waren. Insbesondere auch die Informationsveranstaltung zum Bewerbungsverfahren fand starke Beachtung. Am Informationsstand des Fachbereichs AIV nutzten die Interessentinnen und Interessenten vor allem das Angebot, mit Studierenden zu sprechen.

Der AIV-Brief KreAtIV

Die erste KreAtIV-Ausgabe wurde im Mai 2006 veröffentlicht und erscheint seitdem zweimal jährlich, zeitnah nach Abschluss der jeweiligen Laufbahnprüfung im Mai und Oktober.

Mit KreAtIV informiert der Fachbereich AIV seine Absolventinnen und Absolventen sowie Studierenden über Entwicklungen im und um den AIV – Studiengang. Kurzbeiträge, mit denen aus aktuellem Anlass Fachliches vermittelt wird, runden das Informationsangebot ab. Alle bislang erschienenen KreAtIV-Ausgaben sind auf der Homepage des Fachbereichs AIV unter www.fhbund.de/aiv abrufbar.

Vermittlung von Absolventinnen und Absolventen in Anschlussverwendungen

Auch im Jahr 2010 hat sich bestätigt, dass die Aussichten für die Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs, eine adäquate Anschlussverwendung zu finden, sehr positiv sind. So konnten sich alle Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2010 erfolgreich um eine Einstellung, in der Regel als Beamtin oder Beamter, in einer Behörde der Bundesverwaltung bewerben.

Die Studierenden werden in ihrem Bemühen um eine Anschlussverwendung durch den Fachbereich aktiv unterstützt. Sie werden zum Beispiel über Stellenausschreibungen, die beim Fachbereich eingehen, umgehend

informiert. In Zusammenarbeit mit einigen Abnehmerbehörden werden spezielle Informationsveranstaltungen für die Abschlusslehrgänge durchgeführt, in denen ihnen die Aufgabenstellungen und Entwicklungsmöglichkeiten in der jeweiligen Behörde erläutert werden. Von diesem positiven Engagement profitieren sowohl unsere Studierenden als auch die Abnehmerbehörden, die auf diese Weise in direkten Kontakt zu ihren potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern treten können. Die Kooperation zwischen den Abnehmerbehörden und dem Fachbereich AIV führt zu Synergieeffekten in der qualitativen und bedarfsorientierten Weiterentwicklung der Ausbildung.

Das Absolventenverzeichnis unterstützt zusätzlich das Bewerbungsverfahren der Studierenden. In einer Kurzbeschreibung präsentieren die Studierenden ihr Profil. Das Absolventenverzeichnis erhalten die Personalreferate potenzieller Abnehmerbehörden. Häufig genug nehmen sie das Absolventenverzeichnis zum Anlass, Studierende gezielt anzusprechen und sie zu einer Bewerbung aufzufordern.

Stadtverwaltung Brühl unterstützte Studierenden der FH Bund

Der Lehrplan für das Sommersemester 2010 des Lehrgangs 10-08 im Hauptstudium II hatte u. a. das Modul „Steuernde Verwaltung II“ zum Inhalt. Einen Bestandteil dieses Moduls bildete die Lehrveranstaltung „Change Management“. Acht Studierende legten die im Lehrplan vorgesehene Prüfungsleistung in diesem Teilmodul ab.

Die Studierenden wurden dabei vor die Aufgabe gestellt, sich Interviewpartner zu suchen, die Auskunft über intern vollzogene Veränderungsprozesse geben konnten. Voraussetzung hierfür war allerdings, dass Werkzeuge des Change Management zur Anwendung kamen. Die Auswahl der Ins-

titution war dabei freigestellt, wobei anzumerken ist, dass es in überwiegenden Teilen der Behördenlandschaft nur selten (bewusst) zur Anwendung kommt.

Ein Studierender präsentierte dieses Thema am Beispiel einer Kommunalbehörde, um so auch Einblicke in deren Struktur und Arbeitsweise gewinnen zu können. Hierzu konnte er die Stadtverwaltung Brühl gewinnen. Die fachkundigen engagierten Partner in der Stadtverwaltung Brühl erläuterten ausführlich die von ihnen gewonnenen Erkenntnisse und angewandten Werkzeuge, von der Vorbereitung bis zum Vollzug der Maßnahme. Das Seminar zum Change Management kann abschließend als gelungenes Beispiel einer wissenschaftlichen und zugleich praxisorientierten Lehrveranstaltung gewertet werden.

Die gelungene Zusammenarbeit zwischen Fachbereich und Stadtverwaltung Brühl soll deshalb auch in den kommenden Semestern fortgeführt werden.

Bedarfsorientierte
Weiterentwicklung
des Studiengangs

Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Leitung:	Vortragender Legationsrat Tilman Enders
Sitz/Standorte:	Berlin
Laufbahnen:	gehobener auswärtiger Dienst
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) FH
Studierendenanzahl:	111
Einstellungszahlen 2010:	35
Hauptamtliches Lehrpersonal:	8

Das Jahr 2010 begann für die Konsultssekretärinnen und Konsultssekretär (KSA) mit frostiger Kälte. Die gefühlte Temperatur auf Reiherwerder war dabei deutlich niedriger als die in der Stadt auf der anderen Seeseite (Berlin). Auch der Mangel an Streusalz wirkte sich auf dem Schwarzen Weg, der Zufahrt zur Akademie, weit stärker aus als anderswo. Um es noch anders darzustellen: Die Akademie Auswärtiger Dienst war zu Anfang des Jahres phasenweise kaum mehr (heil) zu erreichen. Aber angenehme Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, mit zukünftigen Einsatzorten wie Kabul, Bagdad oder Luxemburg, lassen sich durch (fast) nichts schrecken!

Erstes Großereignis war die alljährlich von den aus dem neunmonatigen Auslandspraktikum zurückgekehrten KSA



Haus Asien

gemeinsam mit den Regierungssekretäranwärterinnen und Regierungssekretäranwärttern (RSA – mittlerer Dienst) veranstaltete „Länderfete“, bei der sie ihre jeweiligen Gastländer vorstellen. Stände mit typischen Speisen des Gastlands lassen das Wasser im Munde zusammenlaufen. Zutaten und Gewürze, dazu Landestracht, Informationsmaterial, Flaggen, Poster, vielfältige Dekoration werden schon während des Aufenthalts im Gastland besorgt, um dann bei der Länderfete einem begeisterten Publikum präsentiert zu werden. Alle Angehörigen der Akademie und auch geladene Gäste aus dem Auswärtigen Amt kommen jedes Jahr gern, weil man nirgendwo sonst (!) eine solch spannende Bandbreite unterschiedlicher kulinarischer Genüsse probieren kann. Schwedischer Lachs, belgische Waffeln, marokkanischer Pfefferminztee, dazu eine indische Linsensuppe und ein französischer Käse, das bekommt man nur bei uns in der Akademie!

Am 30. Juli 2010 konnten die KSA 07 ihre Ernennungsurkunden und die Gratulation der Ausbildungsleitung zur Erlangung des akademischen Grades „Diplomverwaltungswirt(in) (FH)“ entgegennehmen. Sie verabschiedeten sich und gingen größtenteils direkt auf ihren ersten Auslandsposten – nicht jedoch ohne noch die KSA 2010 begrüßt zu haben, die ihre ersten Wochen in Reihewerder bei schönstem Sommerwetter verbrachten.

Höhepunkte einer jeden Ausbildung sind neben den Praktika, insbesondere denen an deutschen Auslandsvertretungen, die Lehrbesichtigungsfahrten. Die Lehrbesichtigungsfahrt der KSA 09 zu Anfang des Jahres nach Bonn und Köln beinhaltete u. a. einen Besuch bei den am ehemaligen Regierungssitz ansässigen Sekretariaten der Vereinten Nationen sowie Einweisungen in die Arbeit der Dienststelle des Auswärtigen Amts in Bonn und des Bundesverwaltungsamts. Die Abschlussfahrt der KSA 07 im Juli führte nach

Wien, zu unseren Vertretungen, den Vereinten Nationen, der OSZE und der OPEC. Die KSA 10 fuhren im Oktober nach Brüssel – ständiges Ziel der jeweils ersten Fahrt eines Lehrgangs. Kommission, Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament standen ebenso auf dem Programm wie unsere bilaterale Botschaft in Belgien und die Ständigen Vertretungen bei EU und NATO. Erstmals durchgeführt wurde bei dieser Gelegenheit ein Besuch des deutschsprachigen Teils Belgiens. In Eupen wurde das Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft, der deutschsprachige Radiosender sowie das bemerkenswerte Museum für Zeitgenössische Kunst (IKOB) besucht.

Die „Superstars“ der Akademie outeten sich beim laufbahnübergreifenden Bunten Abend am 11. November 2010. Es war mal wieder überaus beeindruckend, die vielseitige Begabung der jungen Kolleginnen und Kollegen festzustellen. Leider wurden die geladenen Gäste, also Dozentinnen und Dozenten und Ausbildungsleitung, Opfer von Piraten, die unsere Anwärterinnen und Anwärter irgendwie in ihren Bann gezogen hatten. So musste die Ausbildungsleitung einige – größtenteils verbale – Torturen über sich ergehen lassen. Aber: Ende gut, alles gut, die Anwärterinnen und Anwärter haben sich am nächsten Tag wieder gefangen, wenngleich sie nicht alle so fit wie am Vortag in den Vorlesungen erschienen.

Die KSA 2010 in ihrer ersten Woche



Ein intensives Erlebnis war am 28. Oktober 2010 für eine große Zahl KSA 09 und 10 die Teilnahme an der Übergabezeremonie, bei der die vom vorletzten Außenminister eingesetzte Historikerkommission zur Analyse der Rolle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich Minister Dr. Guido Westerwelle ihre Rechercheergebnisse über „Das Amt und die Vergangenheit“ überreicht haben.

Am 8. November 2010 gab es für die KSA einen Kaminabend mit Paul Kopp, Leiter der Außenstelle Taloqan, Afghanistan. Seine Begeisterung über diesen vom gehobenen Dienst gehaltenen Leiterposten, auf dem er bereits fast zwei Jahre saß (freiwillig, eigentlich hatte er nur für sechs Monate hingehen sollen), war regelrecht ansteckend!

An den Werbemaßnahmen des Fachbereichs wirkten in diesem Jahr mehrere KSA-Lehrgänge mit. Auf Abiturmessen in Karlsruhe, Frankfurt, Dortmund und München sowie beim Tag der Offenen Tür im Auswärtigen Amt in Berlin warben Ausbildungsleitung und KSA gemeinsam für geeigneten Nachwuchs.

Für das Jahr 2011 sind alle in Reih und Glied hoch motiviert.

Die KSA 09



Fachbereich Bundespolizei

Leitung:	Präsident Bernd Brämer
Sitz/Standorte:	Lübeck
Laufbahnen:	gehobener Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenanzahl:	1.142
Einstellungszahlen 2010:	269
Hauptamtliches Lehrpersonal:	32

Personelle Situation

Am Fachbereich Bundespolizei der Fachhochschule des Bundes studieren aktuell **1.142 Studierende** in verschiedenen Studiengängen.

Im Einzelnen gliedert sich diese Gesamtzahl wie folgt:

3-jährige Studiengänge:	949 (davon eine Stipendiatin aus Serbien)
2-jährige Ausbildungsgänge:	119
Praxisaufsteiger:	74

An beiden Laufbahnprüfungen im Jahr 2010 nahmen in den verschiedenen Studiengängen insgesamt 355 Studierende teil.

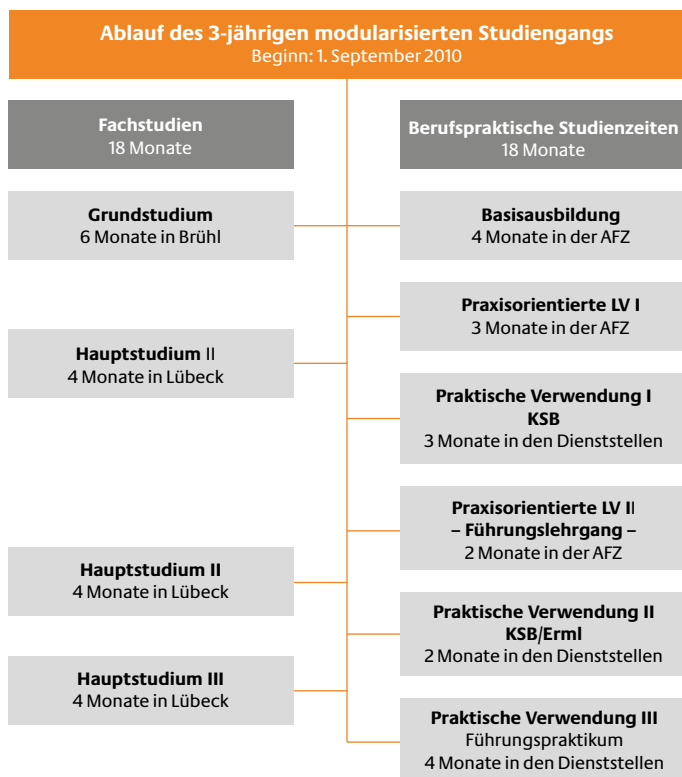


Erfolgreich schlossen diese 328 Studierende ab und erwerben so die Laufbahnbefähigung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Die Zahl der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen wird sich allerdings noch um die Anzahl der Studierenden erhöhen, deren Diplomarbeit bis zum Redaktionsschluss noch nicht abschließend bewertet worden ist.

Erstmals wird seit September 2010 mit 275 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der 67. Studiengang in modularisierter Form durchgeführt.

Der 3-jährige modularisierte Studiengang gliedert sich in folgende Abschnitte:



Derzeit unterrichten 32 Dozentinnen und Dozenten die Studierenden am Fachbereich Bundespolizei,

davon

- 13 Professorinnen und Professoren und Gleichgestellte
- 16 Fachhochschullehrer
- 3 Fachlehrer (gehobener Dienst).

Diese hielten im Berichtsjahr 22.688 Unterrichtseinheiten und bewerteten 2.142 Prüfungsklausuren sowie 267 Diplomarbeiten.

Zusätzlich werden derzeit 4 Studienbegleiter, zgl. Fachlehrer und Schießtrainer/-ausbilder eingesetzt.

Bei der Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst im Rahmen des Masterstudiengangs hat der Studienjahrgang 2008/2010 (25. RAL) Ende September seine Ausbildung abgeschlossen und im Oktober den Dienst in den Dienststellen der Bundespolizei angetreten.

Der Studienjahrgang 2009/2011 (26. RAL) hat am 1. Oktober 2009 mit 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der FH Bund – FB Bundespolizei in Lübeck begonnen und das 1. Studienjahr absolviert. Derzeit befinden sich die Teilneh-



merinnen und Teilnehmer seit Oktober im 2. Studienjahr an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

Der Studienjahrgang 2010/2012 (27. RAL) hat am 1. Oktober 2010 mit 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der FH Bund – FB Bundespolizei in Lübeck begonnen.

Aus dem Ausland hospitieren derzeit am Fachbereich Bundespolizei ein türkischer und ein russischer Stipendiat im 27. Ratlehrgang und im 67. Studienjahrgang eine serbische Stipendiatin.

Hoher Besuch bei der Bundespolizei

Der damalige Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière besuchte am 9. April 2010 die Bundespolizeiakademie in Lübeck.

Trotz des engen Zeitplanes nutzte er dabei auch die Gelegenheit zum Gespräch mit Studierenden und ausländischen Hospitanten am Fachbereich Bundespolizei.

Verabschiedung des 64. Studienjahrgangs

224 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 64. Studienjahrganges wurden am 26. August 2010, im Beisein zahlreicher Angehöriger, nach 3-jähriger Ausbildung verabschiedet.

Foto links:
Damaliger Bundesinnenminister
de Maizière inmitten der Mitglieder
der Bundespolizeiakademie



Matthias Seeger, Präsident der Bundespolizei, machte in seiner Festansprache anlässlich der Verabschiedung des 64. Studienjahrgangs deutlich, dass die neuen Polizeikommis-sarinnen und Polizeikommissare schon dringend in ihren neuen Dienststellen erwartet werden.

„Mit Ende des Lehrgangs hört das Lernen nicht auf“, stellte Präsident Seeger fest. „Gehen Sie nun motiviert an die Arbeit, bilden Sie sich ständig fort und seien Sie zielstrebig! Dann steht die Karriereleiter möglicherweise bis zum Präsi-denten der Bundespolizei offen“, fügte er mit einem Augen-zwinkern hinzu.

Präsident Seeger und Präsident Brämer ehren erfolgreiche Stipendiaten

Auch im Jahre 2010 haben 2 Stipendiaten aus Georgien und Rumänien am 3-jährigen Studiengang erfolgreich teilge-nommen.

Durch die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der mittel- und osteuropäischen Staaten an der Laufbahnaus-bildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst und die hierbei gewonnenen Erfahrungen werden positive Auswir-kungen auf die zukünftige internationale grenzpolizeiliche Zusammenarbeit erwartet.

Foto links:
Präsident Seeger

Foto rechts:
Präsident Seeger überreicht im
Beisein von Präsident Brämer
die Urkunde



Die Wünsche der Entsendestaaten in Bezug auf die Teilnahme ihrer Stipendiaten an Leistungsnachweisen, Praktika und Prüfungen werden beim Studium individuell berücksichtigt.

Einer ist immer der Beste!

Präsident Brämer ehrte den besten Absolventen des Studienjahres 2010, Herrn Polizeikommissaranwärter Ömer David Schnell.

Mit dem erfolgreichen Absolventen freute sich auch der Präsident der Bundespolizei, Matthias Seeger.

Die Neuen sind da!

Präsident Brämer begrüßt in Anwesenheit der Dozentschaft 349 Studierende des 66. Studienjahrganges.

Nachdem die Studierenden bereits das Grundstudium in Brühl und das Praktikum I in den Ausbildungszentren der Bundespolizei hinter sich gebracht hatten, fanden sie sich nunmehr zum Studienabschnitt II erstmals im Verlauf ihres bisherigen Studiums am Fachbereich in Lübeck ein.

Foto links:
Herr Schnell freut sich
über die Ehrung

Foto rechts:
Präsident Brämer nimmt
die Auszeichnung vor



Auszeichnung für vorbildliches Verhalten

Eine besondere Auszeichnung und ein großes Lob von den Präsidenten Seeger und Brämer erhielt Polizeikommissaranwärterin Karina Ilgner im Rahmen der Verabschiedung des 64. Studienjahrgangs.

Polizeikommissaranwärterin Ilgner wurde für ihr vorbildliches Handeln während eines schweren Unfalls ausgezeichnet, der sich am Hamburger Bahnhof im Mai 2010 ereignet hatte. Zuvor hatte sich der den Einsatz leitende Dienststellenleiter in einem Dankschreiben sehr beeindruckt vom professionellen Verhalten der Studierenden gezeigt.

Kriminalitätsbekämpfung durch die Vereinten Nationen

Ein Projekt des 64. Studienjahrgangs

Mit einem Novum wartete der 64. Studienjahrgang auf: Erstmals verfassten Studierende während ihres Studiums gemeinsam mit einem Dozenten ein Buch. Es handelt sich um den Sammelband „Kriminalitätsbekämpfung durch die Vereinten Nationen“, den mehrere Studierende im Rahmen ihrer Diplomarbeit, betreut von Professor Dr. Andreas Peilert, geschrieben haben. Eine Veröffentlichung des Sammelbandes erfolgte bereits während des laufenden Studiengangs.



Begrüßung der Studierenden
des 66. Studienjahrgangs

Stolz überreichten die beteiligten Studierenden im Rahmen ihrer Abschlussveranstaltung jeweils ein Exemplar des 658 Seiten umfassenden Bandes an die Präsidenten Seeger und Brämer sowie an den ersten stellvertretenden Stadtpräsidenten der Hansestadt Lübeck, Peter Sünnewold.

Aufgrund des regen Interesses der Studierenden an den internationalen Aufgabenfeldern der Bundespolizei entstand im 64. Kommissarlehrgang die Idee, die Pflicht, eine Diplomarbeit zu erstellen, um die Kür eines gemeinsamen Projektes mit internationalem Bezug zu ergänzen.

Ausgewählt wurde der Themenkomplex „Kriminalitätsbekämpfung durch die Vereinten Nationen“. Angesichts der Wichtigkeit eines globalen Vorgehens gegen die Kriminalität überraschte es, dass dieses Thema in der Literatur – im Gegensatz zu der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa – eher stiefmütterlich behandelt wird. Deshalb wurde der Entschluss gefasst, die Diplomarbeiten der beteiligten Studierenden in der Reihe „Arbeiten zu Studium und Praxis in der Bundespolizei“ zu veröffentlichen und damit Interessierten zugänglich zu machen. Als Ausgangspunkt für die Einzelthemen der Diplomarbeiten wurden die Hauptzuständigkeiten des United Nations Office on Drugs and Crime, dem zentralen Kriminalitätsbekämpfungsorgan der Vereinten Nationen, gewählt.

Während der Überreichung
des Bandes



Erfreulicherweise wurden für das Projekt acht Studierende gewonnen. In den abgedruckten Diplomarbeiten werden die Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung folgender international bedeutsamer Delikte behandelt: Terrorismus (*Christian Beier*), Organisierte Kriminalität (*Reto Jonkhans*), Betäubungsmittelkriminalität (*Stephan Scholz*), Menschen- und Waffenhandel (*Sebastian Kirsch*), Korruption (*Nora Einicke*) sowie Geldwäsche (*Franziska Minejew*). Untersucht werden ferner Ansätze zur Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen von UN-Missionen (*Samantha Sippel/Christian Walther*).

Das Buch kann beim Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes bezogen werden.

Fachbereich Bundespolizei unterstützt Lübecks Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft“

Als wesentlicher Bestandteil der Lübecker Hochschullandschaft beteiligt sich der Fachbereich Bundespolizei an den immer breiter werdenden Aktivitäten der Hochschulen in der Initiative „Wissenschaftsstadt Lübeck“. Im engen Schulterschluss mit der Universität Lübeck, der Fachhochschule Lübeck und der Musikhochschule erschließt der Fachbereich Bundespolizei Zug um Zug das große Feld des „Lebenslangen Lernens“ in der gesamten Breite der Bevölkerung. Von

Foto links:

Kinder und Organisatoren freuen sich über den Start der Vorlesungsreihe für Kinder

Foto rechts:

Am Fachbereich Bundespolizei wird Wissenschaft den Schülerinnen und Schülern schmackhaft gemacht



wissenschaftlich unterstützten Projekten an Kindertagesstätten über Angebote für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende bis hin zur Fortbildung für Erwachsene sind hierbei die Aktivitäten gestreut.

Das Engagement des Fachbereichs Bundespolizei wird von Politik, Verwaltung und Bevölkerung der Hansestadt Lübeck gleichermaßen geschätzt und anerkannt.

Im Rahmen der Bewerbung der Hansestadt Lübeck als „Stadt der Wissenschaft“ starteten am 5. Juni 2010 ausschließlich für Kinder von acht bis zwölf Jahren Vorlesungen zu unterschiedlichen wissenschaftlichen Themen.

Fragen wie „Warum machen Bakterien krank?“ oder „Wer war der Dieb?“ wurden in der Vorlesungsreihe „MiniMaster Lübeck“ beantwortet. Hintergrund war, den Kindern die Universität und die Fachhochschule zugänglich zu machen und so den Kontakt zur Wissenschaft bereits in diesem Alter zu fördern. Im Mittelpunkt der Reihe sollten Neugier, Staunen und Spaß stehen.

Mit dem Thema „Wer war der Dieb?“ – Tatort Bahnhof – die polizeiliche Spurensicherung – traf der Fachbereich Bundespolizei auf reges Interesse der jungen „Nachwuchsdetektive“.

Detektive bei der Arbeit



Lübecker Hochschulball

Die Lübecker Hochschulen luden zum 2. Lübecker Hochschulball in die Musik- und Kongresshalle Lübeck ein.

Für den Hochschulball haben sich alle vier Lübecker Hochschulen, also die Universität, die Fachhochschule und die Musikhochschule Lübeck sowie die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung mit ihrem Lübecker Fachbereich Bundespolizei zusammengetan, um gemeinsam mit einer rauschenden Ballnacht und zugleich fetzigen Discoparty in der Musik- und Kongresshalle das Ende des Studienjahres zu feiern.

Die richtige Musik für den Tanz in den Sommer und in die Semesterferien lieferte dabei die Bigband des Bundespolizeiorchesters aus München.

Hochrangige türkische Polizeidelegation besucht die Bundespolizeiakademie

Der stellvertretende Leiter der türkischen Polizeiakademie, Herr Prof. Dr. Hasan Hüseyin Cevik besuchte in Begleitung von Herrn Polizeidirektor Abdullah Ercan, Dozent an der türkischen Polizeiakademie, den Fachbereich Bundespolizei in Lübeck.

Foto links:
2. Lübecker Hochschulball

Foto rechts:
Die Präsidentin und die Präsidenten der Hochschulen als hochkarätige Jury beim Promi-Tanzturnier



Unter Leitung des Präsidenten der Bundespolizeiakademie, Bernd Brämer fand ein Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Akademien statt. Mit großem Interesse ließ sich Prof. Dr. Cevik die Diplomstudiengänge des Fachbereichs Bundespolizei erläutern.

Dabei waren die mögliche Einführung des Bachelors und der bereits eingeführte Masterstudiengang sowie das Zusammenwirken von Theorie und Praxis in der Ausbildung Schwerpunktthemen des Zusammentreffens. Für Prof. Dr. Cevik war es zudem wichtig, die polizeiliche Ausbildung in Deutschland und der Türkei zu vergleichen, um mögliche Ausbildungsinhalte und -methoden zu erkennen, die sich für die türkische Polizeiausbildung nutzbar machen lassen. Die Möglichkeit eines solchen internationalen Studentenaustausches im polizeilichen Bereich wurde von den Besprechungsteilnehmerinnen und Besprechungsteilnehmern begrüßt. In der Fortbildung hat die Bundespolizeiakademie bereits seit mehreren Jahren intensive Kontakte zur türkischen Polizei. Fachlehrer der Bundespolizeiakademie waren wiederholt in der Türkei, um türkische Kolleginnen und Kollegen fortzubilden.

Diese Zusammenarbeit in der Fortbildung soll künftig ausgebaut werden.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer
des Erfahrungsaustausches



Zu dem Erfahrungsaustausch kamen Prof. Dr. Andreas Peilert, Polizeidirektor Abdullah Ercan, Herr Ebutalip Aktas, Leitender Polizeidirektor Andreas Poddig, Frau Prof'n Dr. Anke Borsdorff, Präsident Bernd Brämer, Prof. Dr. Hasan Hüseyin Cevik, stellv. Stadtpräsident Peter Sünnewold und Frau Handan Sarihan zusammen (Foto von links).

„Lachen ist ein Stück Lebendigkeit“

Das Konzept „Lachen als Therapie-Unterstützung“ wird seit mehreren Jahren erfolgreich eingesetzt. Mittlerweile gibt es auch in den Krankenhäusern der Hansestadt Lübeck regelmäßige Clownsvisiten bei Kindern.

Mit einem Scheck über 500,00 Euro unterstützte der 64. Studienjahrgang die erfolgreiche Arbeit der Klinik-Clowns e. V. in Lübeck.

Polizeikommissar Hauke Levetzow, Angehöriger des 64. Studienjahrgangs, überreichte Frau Ulrike Dammann, Pflegekoordinatorin beim Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in Lübeck und Mitglied des Klinik-Clowns Lübeck e. V., den Scheck.

Bei der Scheckübergabe

Frau Dammann zeigte sich beeindruckt von der spontanen Spendenbereitschaft des Studienjahrgangs und bedankte sich ganz herzlich, auch im Namen der Kinder.



Studierende des Fachbereichs beim Blutspendedienst

Insgesamt 170 Studierende am Fachbereich Bundespolizei meldeten sich freiwillig zum Blutspenden beim Uni-Klinikum Schleswig Holstein in Lübeck.

Die große Zahl der Spenderinnen und Spender stellte auch die Uniklinik vor eine logistische Herausforderung, so dass zur Bewältigung des Ansturms zusätzliches Personal aus Kiel angefordert werden musste.

Mit ihrer Aktion wollten die Studierenden junge Menschen zum Blutspenden anregen.

Sport, Spiel und Spannung

Studierende entwickeln alternative Formen des Dienstsports

Der Auftrag an die Studierenden des 65. Studienjahrgangs war klar formuliert:

„Im Rahmen eines Sporttages sollen die Studierenden des 65. Studienjahrgangs Ideen zur alternativen Gestaltung von Dienstsportveranstaltungen entwickeln, diese vorbereiten und im Stationsbetrieb durchführen.“

Foto links:

Die Initiatoren des Projekts
 Polizeiobermeister Riedel,
 Polizeikommissaranwärterin Rinck und
 Polizeikommissaranwärterin Ries (v.l.)



Dabei sollen die Veranstaltungen folgende Kriterien erfüllen:

- Eignung für alle Altersgruppen innerhalb einer Dienstgruppe
- geringes Verletzungsrisiko
- Trainingseffekte für die Bereiche Ausdauer, Kraft, Koordination und Schnelligkeit

Die Ideenschmiede der Studierenden bringt daraufhin zum Teil recht exotische sportliche Betätigungsfelder hervor.

Am Ende des Tages waren alle Beteiligten erschöpft, aber um einige wertvolle (Selbst-)Erfahrungen und Anregungen reicher.



Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Leitung:	Direktor Rudolf Junger
Sitz/Standorte:	Mannheim
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) FH
Studierendenanzahl:	359
Einstellungszahlen 2010:	179
Hauptamtliches Lehrpersonal:	28

Personelle Situation

Am Fachbereich Bundeswehrverwaltung (FB BWV) studierten im Jahr 2010 insgesamt 545 junge Nachwuchsbeamtinnen und Nachwuchsbeamte in zehn Lehrgängen der Laufbahnausbildung und des Praxisaufstiegs für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst. An diversen Fortbildungslehrgängen nahmen 62 Angehörige der Bundeswehrverwaltung teil.

Die operativen Aufgaben in Lehre und Prüfungen und die Weiterentwicklung neuer, an den Auslandseinsätzen und an der Modernisierung der Bundeswehr orientierter Studieninhalte wurden unter den Bedingungen eines hohen Personalwechsels erfüllt. Dies stellte den Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Jahre 2010 – wie bereits in den Jahren zuvor – vor besondere Herausforderungen.

Dozenten, Hochschulverwaltung

Zum Jahresende 2010 lehrten am Fachbereich Bundeswehrverwaltung 28 hauptamtlich Lehrende. Aufgrund der großen Zahl von vakanten Dozenten-Dienstposten konnte die Lehre in mehreren Studienfächern nur durch den Einsatz von Beamtinnen und Beamten aus der Wehrverwal-

tung als Lehrbeauftragte und durch Übernahme der Lehre durch Dozentinnen und Dozenten anderer Fachbereiche der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung aufrechterhalten werden. Insgesamt haben im Jahr 2010 zehn fachbereichsexterne Kolleginnen und Kollegen den Fachbereich Bundeswehrverwaltung durch Übernahme von Lehrverpflichtungen unterstützt.

Ein Mitarbeiter der Sprachlehrergruppe beim Fachbereich Bundeswehrverwaltung nahm im Jahr 2010 zum wiederholten Male an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr teil – beim Einsatzkontingent in Afghanistan (ISAF). Der Bundesminister der Verteidigung hat diesem Mitarbeiter in Anerkennung seiner besonderen Leistungen die Einsatzmedaille der Bundeswehr in Gold verliehen.

Studierende

Im Jahr 2010 begannen insgesamt 179 Studierende die dreijährige Laufbahnausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung.

In den beiden Laufbahnprüfungen im Jahr 2010 schlossen 145 Studierende die Ausbildung erfolgreich ab (80 weibliche Studierende – 55% – und 65 männliche Studierende – 45%). Damit haben seit Gründung des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung im Jahre 1979 insgesamt 6.804 Studierende die Laufbahnausbildung erfolgreich absolviert.

Am 30. September 2010 schlossen 8 Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes im Rahmen des neu eingerichteten Praxisaufstiegs ihre zweijährige Einführung mit der Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.

Ausbildung, Fortbildung, Beratung und Entwicklung

Seinen zentralen Auftrag – die Ausbildung der Nachwuchsbeamtinnen und Nachwuchsbeamten des gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung erfüllte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung im Jahr 2010 durch die Lehrveranstaltungen in 19 Studienfächern in acht Lehrgängen der Laufbahnausbildung (56. bis 63. Studiengang).

An den beiden Zwischenprüfungen im April und Oktober 2010 nahmen 152 Studierende des Grundstudiums erfolgreich teil (61. und 62. Lehrgang). Die Laufbahnprüfung am 25. März 2010 bestanden 61 Studierende (56. Lehrgang), die Laufbahnprüfung am 30. September 2010 84 Studierende (57. Lehrgang).

Die 8 Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die im Jahr 2009 den 10-wöchigen wissenschaftlichen Lehrgang Teil I für den **Praxisaufstieg** (vgl. § 33b BLV) besucht hatten, nahmen vom 26. Juli 2010 bis 30. September 2010 an dem ebenfalls 10-wöchigen Teil II dieses Lehrgangs teil. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses 5. Einführungslehrgangs schlossen am 30. September 2010 die Prüfung zur Feststellung der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgreich ab.

Vom 10. Mai bis 23. Juli 2010 besuchten weitere 10 Beamte des mittleren Dienstes des 6. Einführungslehrgangs den Teil I des wissenschaftlich ausgerichteten Lehrgangs für den Praxisaufstieg. Alle Teilnehmer schlossen diesen Lehrgangsteil am 22. Juli 2010 mit einer Prüfung erfolgreich ab.

Die mit der Studienreform 2004 eingeführte **Fremdsprachenausbildung in Englisch** hat sich erfolgreich entwickelt. Die Sprachausbildung schafft die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten in einem englischsprachig

geprägten Umfeld, wie es für die Arbeit in internationalen Stäben und bei Auslandseinsätzen typisch ist.

Die Sprachausbildung in Englisch führt das Bundessprachenamt (BSprA) mit einer am Fachbereich Bundeswehrverwaltung eingerichteten Sprachlehrergruppe durch. Kern der Fremdsprachenausbildung ist die zweimonatige Pflichtsprachausbildung (200 Lehrveranstaltungsstunden) am FB BWV. Zur Vorbereitung auf die Pflichtsprachausbildung dient die fremdsprachliche Vorausbildung (90 Std.) sowie die freiwillige Sprachausbildung (20 Std.).

Bisher haben die Studierenden von zehn Lehrgängen die Sprachausbildung absolviert und mit einer Sprachprüfung abgeschlossen (51. bis 60. Lehrgang). Von den insgesamt 544 Studierenden erreichten 512 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (= 94 %) die Ausbildungsziele. 304 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (= 56 %) erreichten das Standardisierte Leistungsprogramm 3332 (SLP 3332) und besser, 208 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (= 38 %) erreichten das SLP 2221 und besser.

Seit Einführung der **Diplomarbeit** im 51. Lehrgang haben die Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung insgesamt 465 Diplomarbeiten geschrieben. Durch das Aufgreifen einer Vielzahl geeigneter Themenvorschläge aus der Berufspraxis aus allen Arbeitsbereichen der Bundeswehrverwaltung und durch die Einbindung von Praktikern als Zweitprüfende wird eine hohe Praxisrelevanz der Diplomarbeiten erreicht. Mit der Bearbeitung geeigneter Diplomarbeitsthemen aus der Bundeswehrpraxis leistet der Fachbereich Bundeswehrverwaltung einen Beitrag zur Optimierung der Wehrverwaltung und zur Transformation der Bundeswehr im Sinne einer internen Beratung der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) (Fachbereich BWV als Kompetenzzentrum im Sinne der vom Fachbereichsrat beschlossenen „Perspektiven zur Weiterentwicklung des

FB BWV vom 20.07.2004“). Herausragende Diplomarbeiten werden der Berufspraxis über das IntranetBw zur Verfügung gestellt.

Die mit der Studienreform 2007 verwirklichte Neuausrichtung der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bundeswehrverwaltung mit den Schwerpunkten

- Wehrverwaltung im Auslandseinsatz und
- Modernisierung und Transformation der Wehrverwaltung.

wurde im Jahr 2010 erfolgreich weiterentwickelt.

Der Themenschwerpunkt „**Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz**“ ist durch Neugestaltung der Praxisbezogenen Lehrveranstaltungen III (PL III) im 31. Ausbildungsmonat realisiert. Dabei handelt es sich um einen überwiegend interdisziplinär angelegten Ausbildungsabschnitt.

Zur Optimierung der Ausbildung werden – soweit wie möglich – thematisch und zeitlich alle Lehrinhalte, die einen Bezug zu den Auslandseinsätzen der Wehrverwaltung haben, zusammengefasst. Auf diese Weise werden die interdisziplinären Zusammenhänge in dem Kontext vermittelt, der für die Arbeit in Einsatzkontingenten der Wehrverwaltung typisch ist. Ein besonders enger Praxisbezug wird durch die Unterstützung vieler einsatzerfahrener Referenten aus den Streitkräften und aus Dienststellen der Territorialen Wehrverwaltung (TerrWV) erreicht.

Zentrale Veranstaltung des Studienmoduls „**Die Wehrverwaltung im Auslandseinsatz**“ ist eine **mehrtägige Planübung**, die im Mai und im November 2010 durchgeführt wurde. Geführt von einem Leitungsstab von über 20 ein-

satzerfahrenen Beamtinnen, Beamten und Soldaten üben die Studierenden Aufgaben der Wehrverwaltung anhand von Aufträgen und Szenarien aus den Einsatzgebieten.

Die Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung von Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurde an den Besuchertagen am 20. Mai und am 11. November 2010 Führungskräften aus dem BMVg, der Territorialen Wehrverwaltung und den Streitkräften vorgestellt. Herr Brigadegeneral Barth, Stellvertreter des Amtschefs Streitkräfteamt, Kommandeur Bundesweherschulen und General streitkräftegemeinsame Ausbildung, überzeugte sich am 20. Mai 2010 von Inhalt und Erfolg der neuen Ausbildung, Herr Ministerialdirigent Nachtwey, Unterabteilungsleiter BMVg – WV II – „Einsatz der Wehrverwaltung“ am 11. November 2010.

Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung hat der Fachbereich Bundeswehrverwaltung mehrere fachbezogene Fortbildungslehrgänge für Beamtinnen und Beamte des gehobenen nichttechnischen Dienstes neu entwickelt und durchgeführt.

Der einwöchige Lehrgang „Vergabe von Bildungsleistungen durch den Berufsförderungsdienst“ richtet sich an Angehörige des Berufsförderungsdienstes (BFD) bei den Kreis-

Foto links:

Brigadegeneral Barth, Colonel Damblanc und Direktor Junger bei der Einweisung zur Planübung am 20. Mai 2010

Foto rechts:

Regierungsdirektorin Schenke, Regierungsdirektorin Sabczynski, Ministerialdirigent Nachtwey, Ministerialrat Zimmer und Regierungsoberramtsrat Froese bei der Planübung am 11. November 2010



wehrrersatzämtern. Ziel des Lehrgangs ist es, die Kenntnisse zu vermitteln, um praktikable und effiziente Lösungen bei der Vergabe von Dienstleistungen auf dem Bildungsmarkt zu finden. An zwei Lehrgängen im Februar und Juni 2010 nahmen insgesamt 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von verschiedenen Kreiswehrrersatzämtern erfolgreich teil. Der zweiwöchige Lehrgang „Einführungsfortbildung – Teil I – für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Arbeitnehmer im Berufsförderungsdienst der Bundeswehr“ wird unter Beteiligung externer Referenten am Fachbereich Bundeswehrverwaltung durchgeführt. An zwei Lehrgängen im Februar und Juli 2010 nahmen 26 Angehörige des BFD teil.

Besondere Herausforderungen stellte der Auftrag, einen Lehrgang zur Vorbereitung auf den schriftlichen Teil des Auswahlverfahrens für Aufstiegsbewerberinnen und Aufstiegsbewerber aus dem gehobenen nichttechnischen Dienst in die Laufbahn des höheren nichttechnischen Verwaltungsdienstes durchzuführen. Bereits im Jahr 2006 hatte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung diesen Lehrgang erfolgreich durchgeführt. Es galt, den Lehrplan für den zweiwöchigen Lehrgang kurzfristig weiterzuentwickeln und an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Ziel dieses Lehrgangs ist es, die Aufstiegsbewerberinnen und Aufstiegsbewerber aus dem Geschäftsbereich des BMVg für den schriftlichen Teil des zentralen Auswahlverfahrens gemäß §§ 35, 36 BLV an der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV), Brühl, vorzubereiten.

An diesem Lehrgang nahmen zehn Beamte des gehobenen Dienstes aus dem Geschäftsbereich des BMVg vom 15. bis 26. November 2010 teil. Alle zehn Kandidaten bestanden die Auswahlprüfung bei der BAKöV.

Neben der zentralen Aufgabe der Laufbahnausbildung und den übertragenen Fortbildungslehrgängen hat der Fachbereich Bundeswehrverwaltung anwendungsbezogene verwaltungswissenschaftliche **Beratungs- und Entwicklungsaufgaben** (vgl. § 3 Abs. 3 GO-FH Bund) ausgeführt. Diese Aufgaben werden im Rahmen von **Projektarbeiten und Diplomarbeiten** wahrgenommen. Mehrere Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs leisteten im Rahmen ihrer Studienfächer Beratungen und Fortbildungen innerhalb der Bundeswehr.

Beziehungen zu ausländischen Hochschulen

Die Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr ist geprägt von enger Zusammenarbeit mit verbündeten Nationen in multinationalen Stäben, multinationalen Rüstungsprojekten und multinationaler Zusammenarbeit bei friedenssichernden und friedenschaffenden Auslandseinsätzen und Katastrophenhilfeeinsätzen weltweit. Für die Aufgabenwahrnehmung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung gewinnen daher interkulturelle Kompetenz, interkulturelle Kommunikation und fundierte Kenntnisse zu den Grundlagen internationaler Zusammenarbeit sowie eigene Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Alliierten kontinuierlich an Bedeutung.

Für die Weiterentwicklung des Studiums am Fachbereich Bundeswehrverwaltung sind Partnerschaften mit ausländischen Hochschulen daher von außerordentlicher Bedeutung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Austausch von Erfahrungen, zur Förderung des Verständnisses für den jeweiligen Partner, zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Lehrenden und Studierenden, zum Üben in interkultureller Kommunikation und zur Gewinnung von Anregungen für die Weiterentwicklung der Wehr-

verwaltung. Besonders wertvoll ist für den Fachbereich Bundeswehrverwaltung die enge Zusammenarbeit mit Hochschulen, die ebenso wie der Fachbereich Bundeswehrverwaltung für die Bundeswehr das Führungspersonal der Militärverwaltung der Streitkräfte der jeweiligen Nation ausbilden.



Ecole Militaire Supérieure d'Administration et de Management de l'Armée de Terre (EMSAM)

Von 2008 bis 2010 arbeitete der Fachbereich Bundeswehrverwaltung intensiv und in zahlreichen Projekten mit der Ecole Militaire Supérieure d'Administration et de Management de l'Armée de Terre (EMSAM), der Hochschule des französischen Heeres für Verwaltung und Management in Montpellier, zusammen. Seit der Überleitung der Ausbildung der Verwaltungsoffiziere des französischen Heeres auf die Ecole d'Administration Militaire (EAM) im Verbund der Offizierschulen Saint-Cyr Coëtquidan ab 1. Juli 2010 arbeitet der Fachbereich Bundeswehrverwaltung eng mit der EAM zusammen. Für das Jahr 2011 sind zahlreiche Projekte und gemeinsame Ausbildungsvorhaben geplant.



Als Höhepunkt der dreijährigen intensiven Zusammenarbeit führten im Mai 2010 der Fachbereich Bundeswehrverwaltung und die französische Partnerhochschule EMSAM erstmals eine einwöchige gemeinsame, **binationale Planübung** „Die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben im Auslandseinsatz“ mit 84 deutschen und 24 französischen Studierenden in vier parallel übenden Einsatzwehrverwaltungsaußenstellen (Übung) durch. Hauptauftrag der **binationalen Planübung** war die verwaltungstechnische Vorbereitung der Aufnahme eines französischen Truppenteils in einem Provincial Reconstruction Team (PRT) unter deutschem Kommando.

Die gemeinsam wahrzunehmenden Aufgaben reichten von der Bearbeitung eines bei beiden Nationen geltend gemachten Schadens, der Auswahl von Ortskräften, die durch das deutsche Kontingent eingestellt werden, aber für den französischen Truppenteil im PRT tätig werden sollen, bis zur verwaltungstechnischen Bearbeitung bereits erbrachter Leistungen (z. B. die Bereitstellung von Verpflegung, Unterkunft, Wäschereileistungen und sanitätsdienstlichen Leistungen). Reale Ereignisse aus den gemeinsamen Auslandseinsätzen weltweit und dabei gemachte Erfahrungen bildeten die Grundlage für die Aufgaben.

Die Studierenden arbeiteten in gemischten Gruppen jeweils anhand der nationalen Regelungen, Verfahren und Organisationsstrukturen, der anzuwendenden NATO-Regelungen und der für den Einsatz geltenden besonderen Vereinbarungen. Die gemeinsame Herausforderung schweißte die Studierenden zusammen und in intensiven Diskussionen kristallisierten sich schnell Lösungen heraus.

Durch die Mitarbeit zweier französischer Offiziere in der Leitungszentrale der Planübung war die binationale Steuerung der Übung sichergestellt und konnte auch die französische Einsatzumgebung – vom Stab des französischen Einsatzkontingents bis zu anderen französischen Truppenteilen im Einsatzland – realistisch eingebracht werden.

Foto links:
Gemeinsame Einweisung der französischen und deutschen Übungsteilnehmer in das Übungsszenario

Foto rechts:
So machen wir das! – Unterschiede in der Organisation aber vergleichbare Aufgaben und Verfahren in allen Bereichen



Als gelungenes Beispiel eines kooperativen Ansatzes – gemeinsam im Einsatz, gemeinsam in der Ausbildung – stieß die deutsch-französische Planübung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf großes Interesse innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Zahlreiche hochrangige Besucher überzeugten sich vor Ort vom Stand der Zusammenarbeit zwischen der EMSAM und der FH Bund.

Der Honorarkonsul der Republik Frankreich in Mannheim, Monsieur Maugé, und General Barth, Stellvertreter des Amtschefs Streitkräfteamt, Kommandeur Bundeswehrschulen und General streitkräftegemeinsame Ausbildung, Bonn, hoben die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Streitkräften, Wehrverwaltung und Alliierten bereits während der Ausbildung hervor. Voraussetzung des Erfolges

Foto oben rechts:
Die binational besetzte Leitungszentrale – Vortrag zur Lage beim französischen Einsatzkontingen.

Foto unten rechts:
Ein Auftrag, ein Team – französische und deutsche Übungsteilnehmer arbeiten zur Erreichung gemeinsamer Ziele eng zusammen

Foto unten links:
Das können wir bieten, dafür müssen wir noch Lösungen erarbeiten – Abstimmung des Leiters einer Einsatzwehrverwaltungsaußenstelle (Übung) mit dem Leiter des französischen Erkundungskommandos (Übung)



sei die Verwirklichung des Grundsatzes „One Team, one Mission“.

Colonel Damblanc, Kommandeur der EAM, betonte die Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Militäradministration. In intensiven Gesprächen wurden Perspektiven zur Fortführung und weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit und der Weiterentwicklung der gemeinsamen Übung nach Überleitung der Ausbildung der Verwaltungsoffiziere des französischen Heeres von der EMSAM auf die Ecole d'Administration Militaire (EAM) im Verbund der Schulen Saint-Cyr Coëtquidan erörtert.

Oberstleutnant Heine, Kommandeur des Spezialpionierbataillons 464 in Speyer, verband den Besuch der Planübung mit Dienstaufsicht. Das Spezialpionierbataillon 464 wirkt mit Leitungspersonal an der Planübung mit und unterstützt den Fachbereich Bundeswehrverwaltung seit Jahren intensiv mit Gastdozenten und Exkursionen.

Neben der Partnerschaft mit der Verwaltungshochschule des französischen Heeres pflegt der Fachbereich Bundeswehrverwaltung einen intensiven Erfahrungsaustausch mit der *École des Commissaires de l'Air (ECA)*, der Verwaltungshochschule der französischen Luftwaffe in Salon de Provence.

Foto links:

Colonel Damblanc, Kommandeur der EAM, im Gespräch mit Übungsteilnehmern.

Foto rechts:

Bundeswehrgemeinsamer und internationaler Ansatz als Voraussetzung für die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Praxis – Honorarkonsul Maugé, General Barth, Colonel Damblanc, Oberst Thoma, Attaché Boucher-Chapuy, Verbindungsbeamter des französischen Verteidigungsministeriums im Bundesministerium der Verteidigung, Oberstleutnant Heine und Präsident Back überzeugen sich gemeinsam mit anderen Besuchern der Planübung vom Stand der Zusammenarbeit.



Im Mai 2010 absolvierte eine Studentin der ECA ein einwöchiges Praktikum am Fachbereich Bundeswehrverwaltung. Frau Commissaire Aspirant Barron nahm an Lehrveranstaltungen teil und hielt Vorträge über die Ausbildung der fran-

Es ist geschafft! – Die französischen und deutschen Übungsteilnehmer nach einer ersten Auswertung der Übungserfahrungen



Die Offizierschule der französischen Luftwaffe in Salon de Provence – zugleich Sitz der École des Commissaires de l'Air (ECA)



Vergleichbare Aufgaben, vergleichbare Lösungen – Frau Barron stellt die Verwaltung der französischen Luftwaffe vor



zösischen „Verwaltungs-offiziere“, der Commissaires. Frau Barron und die Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung tauschten Erfahrungen zu der Laufbahnausbildung der Commissaires der französischen Luftwaffe und der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehrverwaltung sowie über die Wahrnehmung der Verwaltungsaufgaben in der französischen Luftwaffe und der Bundeswehrverwaltung aus. Die Vor- und Nachteile der jeweiligen Vorgehensweise wurden intensiv diskutiert.

Commissaire Aspirant Barron fasste die Erkenntnisse aus dem Praktikum in einem Bericht zusammen, der Grundlagen für eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der ECA und dem Fachbereich Bundeswehrverwaltung legt. Im Ergebnis waren alle Mitwirkenden an dem Praktikum der Auffassung, dass man viel voneinander lernen kann und der Austausch intensiviert werden soll.

Zum Abschluss einer für beide Seiten intensiven und lehrreichen Woche überreicht Direktor Junger Frau Barron das Wappen des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung.

Die Studierenden am Fachbereich Bundeswehrverwaltung hatten sich in dem Wahlfach „Kultur und Streitkräfte – Deutschland und Frankreich im Vergleich“, in zahlreichen ergänzenden Lehrveranstaltungen und anhand von eigenen Recherchen intensiv auf die Zusammenarbeit mit den französischen Studierenden vorbereitet.

Die enge und intensive Zusammenarbeit der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung mit den Verwaltungshochschulen der französischen Streitkräfte eröffnet neue Möglichkeiten für eine Intensivierung der Zusammenarbeit in vielen Tätigkeitsbereichen der Wehrverwaltung. Das Kennenlernen der Strukturen und Verfahren der Partnernation, das gemeinsame Erarbeiten von Projekten und das Einüben der Zusammenarbeit



in einsatzbezogenen Tätigkeitsfeldern schafft eine feste Basis, auf die bei der Zusammenarbeit in bi- bzw. multinationalen Truppenteilen und im Einsatz aufgebaut werden kann. Das Kennenlernen der Wehrverwaltung einer Partnernation bietet zudem die Chance, Erkenntnisse zu gewinnen, die für die Optimierung der Strukturen und Verfahren im eigenen Bereich nutzbar sind.

Transformation der Laufbahnausbildung, Weiterentwicklung der Studienpläne

Einsatzbezogene Ausbildung

Der Fachbereich Bundeswehrverwaltung intensivierte und vertiefte auch im Jahr 2010 die Transformation der Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Bundeswehrverwaltung. Die Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung von Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurde mit der erstmaligen Durchführung einer deutsch – französischen Planübung im Mai 2010 und der Einbringung neuester Entwicklungen aus dem Einsatz optimiert.

Die Grundlagenausbildung für die Wahrnehmung der Aufgaben der Wehrverwaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat das Ziel, einsatzbezogene Lehrinhalte interdisziplinär in einem Kontext zu vermitteln, der für die Arbeit in

Eine neue Erfahrung –
Einführung in die Lage und
erste Aufträge bei der
Stabsbesprechung



Einsatzkontingenten typisch ist. Der Studienabschnitt gliedert sich in drei Wochen Vermittlung theoretischer Grundlagen und eine abschließende einwöchige Planübung. Die Lehrveranstaltungen werden in engem Zusammenwirken der Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung und einsatzerfahrener Soldatinnen und Soldaten der Streitkräfte und Beamtinnen und Beamten der Wehrverwaltung gestaltet

Dank der Mitarbeit vieler Soldatinnen und Soldaten und Beamtinnen und Beamten, die unmittelbar im Anschluss an Auslandseinsätze an der Ausbildung mitwirkten, wurden zahlreiche neue Szenarien in die Lehre integriert. Das Ziel dieser Ausbildung, die Aufgabenwahrnehmung bei Auslandseinsätzen so aktuell und realistisch wie möglich abzubilden, konnte verwirklicht werden.

Erstmals nahmen im Mai 24 Studierende und 2 Offiziere der EMSAM aus Montpellier an der Übung teil, so dass die internationale Zusammenarbeit bei Auslandseinsätzen mit allen dabei zu bewältigenden Besonderheiten als Ausbildungsschwerpunkt geübt werden konnte. Nach einem kurzen Austausch über die organisatorischen Strukturen und die jeweiligen Verfahren wurden in einem intensivem Austausch und in straff geführten Verhandlungen rasch Lösungen für die gestellten Aufgaben gefunden.

Foto links:
Colonel Damblanc, Kommandeur der EAM, und Oberstleutnant Heine, Kommandeur SpezPiBtl 464, im Gespräch mit Übungsteilnehmern

Foto rechts:
Unmittelbare Rückkopplung – einsatzerfahrene Beamte besprechen mit den Studierenden die erarbeiteten Lösungen



Schwerpunkt der Planübung im November 2010 war die Umsetzung der neuen Strategie im ISAF-Einsatz und die Auswirkung der neuen Strategie auf die Wahrnehmung von Aufgaben der Wehrverwaltung. Im Rahmen der Planübung wurden die Studierenden mit dem Strategiewandel und dem Konzept des „Partnering“ vertraut gemacht. „Partnering“ bedeutet das gemeinsame Planen, Vorbereiten, Durchführen und Nachbereiten von Operationen durch die Bundeswehr und die afghanischen Sicherheitskräfte, insbesondere die Afghan National Army (ANA) sowie die Durchführung der dazu notwendigen gemeinsamen Ausbildung.

Ein zentrales Thema jeder Planübung ist die Kommunikation und Zusammenarbeit mit afghanischen Führungspersonlichkeiten, Geschäftspartnern und Privatpersonen, beim

Foto rechts:
Interdisziplinär in der Praxis –
Zusammenarbeit aller Bereiche – auf
das Gesamtergebnis kommt es an!

Foto unten rechts:
Der Leitungsstab der Planübung –
Steuerungs- und Koordinationszentrale,
zugleich Ansprechpartner für
Fragestellungen an das Ministerium,
das Bundesamt für Wehrverwaltung,
andere Stabsabteilungen, Kontingente
anderer Nationen und afghanische
Amtsträger, Geschäftspartner
und Privatpersonen

Foto unten links:
Eine neue Dimension in der
Planübung – konkret erfahrbare
internationale Zusammenarbeit auf
allen Ebenen



Einsatzkontingent beschäftigten Ortskräften und Bewerbern um eine Einstellung. Die Gesprächspartner in der Übung sind Personen, die aus dem Einsatzland stammen. Durch die Teilnahme an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind sie mit den Besonderheiten vor Ort umfassend vertraut, bringen aktuelle Entwicklungen in das Übungsszenario ein und geben den Studierenden wertvolle Hinweise für eine erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung.

Am 20. Mai 2010 informierten sich Konsul Maugé, Honorarkonsul der französischen Republik in Mannheim, General Barth, Stellvertreter des Amtschefs Streitkräfteamt, Kommandeur Bundeswehrschulen und General streitkräftegemeinsame Ausbildung in Bonn, Colonel Damblanc, Kommandeur der Verwaltungshochschule des französischen



Foto links:
Strategiewandel mit Herausforderungen – Vortrag der Lösungen im Rahmen der Planübung

Foto unten links:
Interkulturelle Kommunikation – geübt in Verhandlungen mit afghanischen Rollenspielern

Foto unten rechts:
General Barth im Gespräch mit französischen Übungsteilnehmern



Heeres EAM, Attaché Boucher-Chapuy, Austauschbeamter des französischen Verteidigungsministeriums im Bundesministerium der Verteidigung, Oberst Thoma, Leiter der Abteilung V im Streitkräfteamt, Oberstleutnant Korthues, Schule für Feldjäger- und Stabsdienst der Bundeswehr in Hannover, Präsident Back, Amicale Mannheim, und zahlreiche Besucher aus der Wehrverwaltung und den Streitkräften über die einsatzbezogene Ausbildung am Fachbereich Bundeswehrverwaltung.

Ministerialdirigent Nachtwey, Unterabteilungsleiter WV II im BMVg, Ministerialrat Zimmer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Fa. BwFuhrparkService GmbH, Attaché Boucher-Chapuy und Beamtinnen und Beamte aus dem Bundesministerium der Verteidigung und der Territorialen

Bundeswehrgemeinsamer und multinationaler Ansatz als Voraussetzung für erfolgreiche Zusammenarbeit im Einsatz – von der Leitung bis zu den Szenarien

Die Besucher werden Teil der Übung – ein Übungsteilnehmer erläutert Ministerialdirigent Nachtwey seinen Auftrag und die erzielten Arbeitsergebnisse



Wehrverwaltung informierten sich am 11.11.2010 über die einsatzbezogene Ausbildung.

Nach der Einführung in den Auftrag und die aktuellen Aufgaben im Rahmen eines Briefings durch die Leiter der Einsatzwehrverwaltungsstellen ISAF – Standortservice Kunduz (Übung) informierten sich die Besucher bei einem Rundgang unmittelbar bei den mit den Aufgaben betrauten Studierenden über die zu bearbeitenden Szenarien und die Konzeption der Ausbildung. In intensiven Gesprächen wurden viele Lehrinhalte ergänzt und vertieft. Ein Blick „hinter die Kulissen“ im Leitungsstab ergänzte die Eindrücke in der Einsatzwehrverwaltungsaußenstelle (Übung).



Von großer Bedeutung für eine einsatzorientierte Wehrverwaltung – Ministerialdirigent Nachtwey im Gespräch mit Studierenden über Inhalt und Konzeption der einsatzbezogenen Ausbildung



Ein gemeinsamer Erfolg – das Team einer Einsatzwehrverwaltungsstelle ISAF – Standortservice Kunduz (Übung) nach erfolgreichem Abschluss der Planübung

Modernisierung und Transformation

Die Lehrinhalte aus dem Projekt Modernisierung und Transformation der Bundeswehr wurden im Jahr 2010 in allen Studienfächern der Laufbahnausbildung erweitert und intensiviert.

Die neuen Inhalte werden in allen Studienabschnitten vom Grundstudium bis zur Laufbahnprüfung kontinuierlich und unter besonderer Berücksichtigung interdisziplinärer Aspekte gelehrt. Die ständige Ausrichtung auf neue Entwicklungen erfolgt sowohl innerhalb des bestehenden Curriculums wie auch durch Neufassung der Studieninhalte. Im Jahr 2010 wurden die Studieninhalte des Studienfachs Infrastrukturmanagement/Facility Management der Bundeswehr auf der Basis eines neuen Anforderungsprofils komplett neu gefasst und auf die durch die Neuorganisation des Infrastrukturmanagements/Objektmanagements entstandenen neuen Anforderungen ausgerichtet.



Nur wer das System in seiner Gesamtheit versteht, kann in den einzelnen Bereichen erfolgreich damit arbeiten – mehrere Dozentinnen und Dozenten und Herr Dreyer vom IFAZ SASPF Bw arbeiten mit Studierenden an interdisziplinären Szenarien

Zentrales Vorhaben der Erweiterung der Studieninhalte zur Modernisierung und Transformation der Bundeswehr war im Jahr 2010 die Intensivierung der Studieninhalte zur Nutzung des integrativen Managementsystems Standard-Anwendungs-Software-Produktfamilien (SASPF) in der Bundeswehr.

Im Jahr 2010 führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung einen neuen interdisziplinären Ausbildungsschwer-



punkt zur Aufgabenwahrnehmung unter Nutzung des integrativen Managementsystems SASPF in die Laufbahnausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Bundeswehrverwaltung ein. Der neue Ausbildungsschwerpunkt „**Interdisziplinäre Kompaktlehrveranstaltung Aufgabenwahrnehmung unter Nutzung des integrativen Managementsystems SASPF**“ dauert zwei Wochen und schließt das Hauptstudium II ab. Diese Kompaktlehrveranstaltung bündelt und intensiviert die in den einzelnen Studienfächern in den Studienabschnitten Grundstudium bis Hauptstudium II vermittelten Lehrinhalte.

Der Einsatz der „**Standard-Anwendungs-Software-Produktfamilien**“ bedeutet eine umfassende Neugestaltung der IT-Unterstützung der Bundeswehr durch Nutzung eines integrativen Managementsystems. SASPF kennzeichnet einen Paradigmenwechsel bei der IT-Unterstützung: weg von individuellen, aufgabenbezogenen Anwendungen, hin zu einer bundeswehrübergreifenden, wirtschaftlich orientierten, einheitlichen Lösung.

Im Rahmen der Laufbahnausbildung sind SASPF-Inhalte in allen Studienabschnitten und in den Lehrinhalten nahezu aller Studienfächer vom Grundstudium bis zur Laufbahnprüfung enthalten. Die Ausbildung erfolgt im Sinne einer studienfächerübergreifenden Grundlagenausbildung

Komplexe Szenarien zur Vermittlung eines komplexes Systems – Regierungsdirektor Beck, Abteilungsleiter am Fachbereich Bundeswehrverwaltung, und Regierungsdirektorin Grosardt, BAWV – Ref. PS -, die laufende Transaktion. Frau Grosardt hatte intensiv an der Realisierung dieses Ausbildungsvorhabens mitgearbeitet und überzeugte sich vor Ort vom Stand der Realisierung



anhand von exemplarischen anwendungsbezogenen interdisziplinären Elementen zur SASPF-Nutzung im Kontext des jeweiligen Studienfachs.

Die Vermittlung der Lehrinhalte erfolgt in enger Verbindung mit erfahrenen Praktikern aus den Fachreferaten des Bundesamtes für Wehrverwaltung (BAWV) in Bonn, dem Integrierten Fach- und Ausbildungszentrum SASPF Bw (IFAZ SASPF Bw) in Aachen und den Dienststellen der Wehrverwaltung. Ziel ist nicht die Vorwegnahme von Nutzerschulungen, sondern die Vermittlung eines übergreifenden Systemverständnisses, das eine solide Basis für alle künftigen Schulungen in Spezialbereichen und sämtlichen SASPF-Anwendungen bietet.

Die interdisziplinäre Kompaktlehrveranstaltung SASPF wurde vom Fachbereich Bundeswehrverwaltung in engem Zusammenwirken mit dem BAWV und dem IFAZ SASPF Bw entwickelt. Sie ist der Prototyp und Pilot einer neuen Lehrform, der so in der Ausbildungslandschaft der Bundeswehr neu ist und künftig in ähnlicher Form in weiteren Lehrinstituten der Wehrverwaltung realisiert werden soll.

Intensivierung des Praxisbezugs der Fachstudien

Im Jahr 2010 wurden von den Dozentinnen und Dozenten am Fachbereich mit den Studierenden unterschiedlicher Studienabschnitte zahlreiche Exkursionen durchgeführt. Hervorzuheben sind insbesondere:

Die Exkursion des Wahlfachs Facility Management vom 11. bis 14. Juli 2010 zur Erkundung marinespezifischer Infrastruktur im Marinestützpunkt Wilhelmshaven und luftwaffenspezifischer Infrastruktur beim Jagdgeschwader 71 „Richthofen“ (JG 71 „R“) in Wittmund.

Nach der Begrüßung und Einführung in die Besonderheiten des Standorts Wilhelmshaven durch den stellvertretenden Leiter des Bundeswehr-Dienstleistungszentrums Wilhelmshaven, Herrn Regierungsoberamtsrat Erwin Schultz, konnten die Studierenden die dargestellten Besonderheiten wie Seewege, Hafenanlagen und das Marinearsenal bei einer ausführlichen Liegenschaftsbesichtigung eingehend erkunden und die Informationen durch gezielte Fragen an die Fachleute vor Ort vertiefen. Wichtiges Thema war auch die Zusammenarbeit der Bundeswehrverwaltung mit der Wasserschiffahrtstsektion und dem Wasserschiffahrtsamt, einer Spezialität an diesem Standort. Eine Besichtigung der Fregatte „Rheinland-Pfalz“ rundete das Programm ab. In ausführlichen Gesprächen mit Marinesoldaten wurden die speziellen Bedürfnisse der Truppe in einem Marinestützpunkt mit allen Anforderungen an die Wehrverwaltung deutlich.

Am Standort Wittmund vertieften die Studierenden die Lehrinhalte zu luftwaffenspezifischer Infrastruktur im Dialog mit Soldaten und Fachleuten der Wehrverwaltung vor Ort. Nach der Begrüßung und der Einweisung in die Aufgaben des Verbandes mit einem Ausblick auf die Zukunft hatten die Studierenden ausgiebig Gelegenheit, sich unmittelbar mit der besonderen Infrastruktur wie Werfthallen, Tower und Flugsimulator vertraut zu machen.

Foto rechts:
Ein Standort mit Besonderheiten –
Erkundung marinespezifischer
Infrastruktur im Stützpunkt
Wilhelmshaven

Foto links:
Voraussetzung erfolgreicher Dienst-
leistung – den Kunden und seine
Bedürfnisse kennen



Noch offene Fragen konnten ausgiebig mit den Fachleuten erörtert werden. Ebenso konnten sich die Studierenden mit der spezifischen Technik und deren Auswirkungen auf die erforderliche Infrastruktur vertraut machen.

In Hohenkirchen machten sich die Studierenden mit einem weiteren wichtigen Thema der Bundeswehr vertraut: der im Rahmen der Umstrukturierung der Bundeswehr erforderlichen Abgabe von ehemaligen Bundeswehrliegenschaften und Umgestaltung für eine zivile Nutzung. Die ehemalige „Wangerlandkaserne“, die 2003 geschlossen wurde, ist ein besonders gelungenes Beispiel für die Umwandlung einer Bundeswehrliegenschaft in eine zivile Liegenschaft. Die frühere Kaserne wird heute unter der Bezeichnung „Dorf Wangerland“ als großräumige Freizeitanlage, mit Hotel, Gaststätten, einem Veranstaltungshaus, einem Kegel- und Bowlingcenter sowie einer Spielstadt in drei Hallen genutzt.

Völlig andere Eindrücke vermittelte die Exkursion von Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung vom 20. bis 22. Juni 2010 zu dem vom Spezialpionierbataillon 464 (SpezPiBtl 464) aus Speyer auf dem Truppenübungsplatz Lübtheen in Mecklenburg aufgebauten und betriebenen Feldlager. Der Betrieb dieses Feldlagers bietet nicht nur den Studierenden des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung, sondern auch zahlreichen Truppenteilen die Möglich-

Luftwaffenspezifische Infrastruktur
– Exkursion zum Jagdgeschwader 71
„Richthofen“ in Wittmund



keit, Einsatzinfrastruktur im Inland kennenzulernen und als Basis für die Ausbildung für Auslandseinsätze zu nutzen. Das Feldlager ist komplett eingerichtet, voll funktionsfähig und umfasst alle Komponenten.

Für die Studierenden war es eine ganz neue Erfahrung, Einsatzinfrastruktur hautnah zu erleben. Unmittelbar vor Ort erläuterten Experten die einzelnen Komponenten, wie den Küchenkomplex mit zahlreichen Kühl-, Büro-, Koch- und Abspülcontainern sowie Trinkwasserzisternen, die Kommandozentrale, den Werkstattbereich oder die Stromversorgung mit mehreren „Power Stations“, zahlreichen Verteileranlagen und einer Masse über- und unterirdisch verlegter Kabel. Die Soldaten des SpezPiBtl 464 nahmen sich viel Zeit für die Studierenden und beantworteten zahlreiche Fragen, so dass die neuen Erkenntnisse noch vor Ort vertieft und gefestigt werden konnten.

Auch die technischen Voraussetzungen für den Aufbau und Betrieb eines Feldlagers, wie z. B. das breite Spektrum an erforderlichen Pioniermaschinen, waren Gegenstand fachkundiger Erläuterung. Ebenso wurden die Rahmenbedingungen für den Einsatz unter besonderer Beachtung der Vorgaben zum Umwelt- und Naturschutz erörtert. Die Studierenden waren beeindruckt vom hohen Standard der Lebensbedingungen in einem einsatztypischen Feldlager.

Foto links:
Beispiel für die Umgestaltung und zivile Nutzung ehemaliger Bundeswehrliegenschaften – die Freizeitanlage „Dorf Wangerland“ in Hohenkirchen

Foto rechts:
Einsatzinfrastruktur hautnah – der Eingangsbereich des Feldlagers in Lübtheen



Bei sich schnell aufdrängenden Vergleichen zur Infrastruktur in Mannheim konnte sich das Feldlager in Lübtheen problemlos behaupten.

Beim Abschluss der Exkursion waren die Studierenden von der Möglichkeit, Einsatzinfrastruktur unmittelbar und anschaulich erleben zu können, begeistert. Sie hoben die Bedeutung dieser Exkursion für eine konsequent an den künftigen Aufgaben ausgerichtete wissenschaftlich fundierte Laufbahnausbildung hervor.

Einsatzbezogene Lehrinhalte wurden auch bei weiteren Exkursionen vertieft. Am 6. Juli 2010 besuchten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wahlfachs „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ im 60. Hauptstudium I das **Ausbildungszentrum Grundlagenausbildung** der Luftwaffe beim III. Bataillon des Luftwaffenausbildungsregiments in Germersheim. Der Verband ist u. a. zuständig für die Einsatzvorbereitende Ausbildung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, die Zusatzausbildung hierzu und verschiedene Speziallehrgänge rund um die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Jährlich werden in Germersheim ca. 6.000 Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer aller Dienstgradgruppen in etwa 70 Lehrgängen geschult, darunter auch ausländische Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer.

Sicherung des Feldlagers –
Grundlage für eine erfolgreiche
Aufgabenwahrnehmung



Die Studierenden konnten einen Eindruck von der Ausbildung an zahlreichen Stationen, wie der Rettung Verletzter unter Einsatzbedingungen, der Schlichtung von Konflikten der ortsansässigen Bevölkerung, Sanitätsausbildung, Fahrzeug – und Personenkontrolle, dem Umgang mit der Minen-, Blindgänger- und Sprengfallengefahr bis zu der Arbeit in Operationszentralen gewinnen und waren beeindruckt von der Komplexität der Szenarien, in denen in der Regel unter Einsatzstress zahlreiche Entscheidungen unter hohem Zeitdruck zu treffen waren, um die Lage in den Griff zu bekommen. Absolute Realitätsnähe wird durch die ständige Anpassung der Lage je nach Entscheidung der Übenden erzielt, so dass jeder Durchgang an den Ausbildungsstationen seinen spezifischen Ablauf hat.



Foto links:
Ohne geht nichts –
Einweisung in die Technik

Foto unten links: Kontrolle am
„Main-Gate“ – Grundlegend für die
Sicherheit im Feldlager

Foto unten rechts:
Eigenes Erleben festigt gewonnene
Eindrücke



An einigen Stationen, wie dem Schießsimulator und den Ausbildungseinrichtungen zum Training der Auftragserfüllung unter Nutzung von Nachtsichtgeräten, konnten die Studierenden aktiv mitwirken und erste Erfahrungen sammeln.

Die Studierenden am Fachbereich Bundeswehrverwaltung bereiten sich in dem Wahlfach „Kultur und Streitkräfte – Deutschland und Frankreich im Vergleich“ mit Lehrveranstaltungen zu einer Vielzahl von Themen, mehreren Exkursionen und eigenen Recherchen intensiv auf die Zusammenarbeit mit französischen Studierenden im Rahmen der engen Kooperation mit den Verwaltungshochschulen der französischen Streitkräfte vor. Die Mitwirkung hochrangiger Gastdozentinnen und Gastdozenten an den vorbereitenden Lehrveranstaltungen stellt die Aktualität und die Authentizität der Lehrinhalte in besonderem Maß sicher.

Ein Höhepunkt des Wahlfachs war im November 2010 eine mehrtägige Exkursion zum Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Immendingen, zur Deutsch-Französischen Brigade in Müllheim sowie zu den Gedenkstätten in Verdun.

Nach Vorstellung der besonderen Aufgaben des BwDLZ Immendingen und der Deutsch-Französischen Brigade,

Flexibel und zweckmäßig –
Zeltunterbringung im Einsatz



der jeweiligen Standorte und der dort stationierten Truppenteile wurde in Vorträgen und Aussprachen intensiv die besondere Herausforderung bei der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben in einem binationalen Verband erläutert. Die erläuterten Lehrinhalte konnten – wie bei der Verpflegung – unmittelbar vor Ort in eigener Anschauung überprüft werden.

Eine ausgiebige Erkundung der historischen Schlachtfelder von Verdun unter Führung von Hauptmann Klauer, einem Experten für die Schlacht von Verdun und ihrer Vor- und Nachgeschichte, ergänzte ein wichtiges Kapitel deutsch-französischer Geschichte und Nachbarschaft. Abschluss und Höhepunkt der Exkursion war der Besuch des Beinhauses, das in den Jahren 1928 bis 1932 als Gedenkstätte für die Gefallenen der Schlacht errichtet wurde. In dem Gebäude sind die Gebeine von ca. 130.000 namentlich unbekannten Soldaten aller beteiligten Nationen beigesetzt. Dieser Ort gemeinsam durchlittener Schrecken ist zugleich Symbol für die deutsch-französische Aussöhnung, die 1984 an den Gräbern der Gefallenen von Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigt wurde.

Weitere Exkursionen in zahlreichen Studienfächern stellten die enge Verzahnung von wissenschaftlichen Lehrinhalten und erlebbarer praktischer Bedeutung sicher. So führten

Foto links:
Schlichtung von Konflikten –
Voraussetzung für den langfristigen
Erfolg des Einsatzes

Foto rechts:
Deutsch-französische Geschichte
hautnah erlebt – die Studierenden
in den Katakomben des Forts
Douaumont



u. a. Exkursionen von Studierenden und Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs

- im Januar 2010 zum Technoseum (vormals Landesmuseum für Arbeit und Technik) in Mannheim zur Vertiefung der Lehrinhalte im Studienfach Verwaltungsinformatik,
- im Juli 2010 zur Geschäftsstelle der gesetzlichen Krankenversicherung Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) in Mannheim zur Ergänzung der Lehrinhalte des Studienfachs Arbeits-, Tarif- und Sozialversicherungsrecht,
- im Juli 2010 zur Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg mit dem Schwerpunktthema „Arbeitsmarktpolitik“ und internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Lehre im Studienfach Volkswirtschaftslehre,
- im August 2010 in das Mercedes-Werk Mannheim zur Erkundung neuer Produktions- und Managementmethoden – die Exkursion wurde vom Förderverein der FH Bund – FB BWV – organisiert, und
- im Oktober 2010 in das Mainzer Garnisonsmuseum, in dem sich die deutsch-französische Geschichte anhand von zahlreichen wertvollen Exponaten, erläuternden Vorträgen und ergänzenden Gesprächen sehr intensiv und konkret erleben lässt.

Foto rechts:
Das Beinhaus von Douaumont –
Symbol für Fehlentwicklungen der
Vergangenheit und für die deutsch-
französische Aussöhnung

Foto links:
Nur wer die Vergangenheit versteht,
kann in der Zukunft erfolgreich sein
– Die Exkursionsteilnehmerinnen und
-teilnehmer auf dem historischen
Schlachtfeld von Verdun



Arbeitstagungen am Fachbereich und Hochschultage 2010

Im Jahr 2010 führte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung die traditionsreiche Veranstaltung „Hochschultage“ im Juli im Bereich Besoldung und Versorgung durch. Ziele der Hochschultage sind die kontinuierliche Anpassung der Inhalte der Laufbahnausbildung und der Qualifikation der Absolventinnen und Absolventen an die sich verändernden Anforderungen der Bundeswehrverwaltung, die intensive Abstimmung zwischen Lehre und Praxis und die Integration aktueller Entwicklungen und Neuerungen in die Ausbildung im Allgemeinen und in den einzelnen Studienfächern im Besonderen. Arbeitstagungen werden am Fachbereich Bundeswehrverwaltung bedarfsbezogen bei Veränderungen durchgeführt, die intensive Auswirkung in Praxis und Lehre haben. Sie dienen der Optimierung des Kenntnisstandes bei Neuerungen, der Erörterung des gemeinsamen Vorgehens und der Vereinheitlichung der Verwaltungspraxis.

Die 9. Hochschultage im Bereich Besoldung und Versorgung vom 19. bis 23. Juli 2010 vertieften die in den Arbeitstagungen des vergangenen Jahres erörterten Themen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren neben den Fachdozenten des FB BWV das zuständige Fachreferat des BMVg – PSZ III 2 –, die Ausbildungsbeauftragten der Personalabrechnung der einzelnen Wehrbereichsverwaltungen und die Fachlehrerinnen und Fachlehrer der Bundeswehrverwaltungsschulen II und IV in Berlin und Oberammergau. Schwerpunkte dieser Tagung bildeten die Abstimmung zwischen Praxis und Lehre in Bezug auf die Auslandsbesoldung sowie die Weiterentwicklung der Ausbildungsinhalte in Verbindung mit der Einführung von SASPF.

Arbeit in den Hochschulgremien

- Der Fachbereichsrat und die von ihm bestellten Berufungsausschüsse haben im Jahr 2010 in insgesamt 23 Sitzungen ihre hochschulrechtlichen Aufgaben wahrgenommen. Im Vordergrund der Arbeit standen die hochschulrechtlichen Berufungsverfahren zur Nachbesetzung vakanter Dozentendienstposten und die Arbeit an den Studienplänen der Studienreform 2010/2011.
- An den drei Sitzungen des Senats der Fachhochschule nahmen der Fachbereichsleiter, ein Vertreter der Dozenten und eine Vertreterin der Studierenden teil. Der Fachbereichsleiter nahm an den Konferenzen des Präsidenten der Fachhochschule mit den Fachbereichsleitern/ Fachbereichsleiterinnen und Dekanen/Dekaninnen teil.
- Vier Dozenten des Fachbereichs sind Mitglieder der beim Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes eingerichteten fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppen „Modularisierung von Studiengängen“, „Evaluation“, „Nutzungskonzepte elektronischer Medien“ und „Publikationen“. Der Fachbereichsleiter ist gewähltes Mitglied der vom Senat der Fachhochschule eingerichteten Studienplankommission.

Hochschulsport, ARGUS

- Der Sport am Fachbereich Bundeswehrverwaltung wird von der Studierendenvertretung ARGUS organisiert. Neben den klassischen Angeboten wie Fußball, Volleyball und Basketball werden auch Tischtennis, Laufen, Inline-Skaten, Badminton und Walken angeboten. Einen willkommenen Ausgleich zum Lehren und Lernen bieten mehrere vom ARGUS organisierte Sportturniere.

- Ein besonderer Höhepunkt der ARGUS-Arbeit ist das traditionelle Sommerfest des Fachbereichs, das Ehemalige seit dem 1. Studiengang, Studierende, Dozentinnen und Dozenten und Angehörige der Bundeswehrverwaltung und Streitkräfte alljährlich im Juli in Mannheim zusammenführt.

Außenbeziehungen, Informationsarbeit

Die Zusammenarbeit mit den beiden anderen **Bildungseinrichtungen der Bundeswehrverwaltung in Mannheim** – der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik (BAkWVT) und der Bundeswehrverwaltungsschule I (Technik) (BWVS I (T)) – gestaltet sich sehr gut. Diese drei Lehrinstitute ergänzen sich in ihren Aufgaben – der sehr unterschiedlich gestalteten technischen und nichttechnischen Laufbahnausbildung für die Beamtinnen und Beamten aller Laufbahngruppen der Bundeswehr, den äußerst vielfältigen Lehrgängen der Fortbildung und den zahlreichen Sonderveranstaltungen. In ihren in eigener Verantwortung wahrgenommenen Bildungsaufträgen unterstützen sich die drei Institute gegenseitig.

Die drei Lehrinstitute sind durch zahlreiche dienstliche und außerdienstliche Arbeitsbereiche miteinander verbunden. Der Förderverein des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung e. V. und die Fördergesellschaft der BAKWVT „PRO ACADEMIA e. V.“ führen zahlreiche Vortragsveranstaltungen gemeinsam durch.

Im Jahr 2010 wirkte der Fachbereich Bundeswehrverwaltung bei mehreren Veranstaltungen zur **Nachwuchswerbung** für die Bundeswehr mit.

Beim Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim am 6. Januar 2010 beteiligte sich der Fachbe-

reich im Rahmen der Präsentation der Mannheimer Hochschulen mit einem eigenen Stand. Mehrere Studierende und Angehörige der Hochschulverwaltung und Dozentinnen und Dozenten stellten das Studium am Fachbereich der Mannheimer Öffentlichkeit vor.

Im Mai 2010 engagierte sich der Fachbereich Bundeswehrverwaltung auf Deutschlands größter Regionalmesse, dem „Maimarkt Mannheim“, einer Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, an den Messeständen der Bundeswehr. Mit Lehrkräften und Studierenden warb der Fachbereich Bundeswehrverwaltung um Nachwuchs für die Wehrverwaltung.

Förderverein der FH Bund – FB BWV e. V./ Vortragsveranstaltungen

Der Förderverein der FH Bund – FB BWV e. V., dessen Wirken zum festen Bestandteil der Hochschulselbstverwaltung geworden ist, unterstützte auch im Jahr 2010 auf vielfältige Art und Weise die wissenschaftlichen und kulturellen Aktivitäten am Fachbereich.

Den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen, die das kulturelle Leben auf dem Campus bereicherten, bildete der Neujahrsempfang am 21. Januar 2010. Fachbereichsleiter Direktor Junger und der Vorsitzende des Fördervereins, Regierungsdirektor Zeumer, dankten den zahlreichen Gästen aus den benachbarten Lehrinstituten, Dienststellen und Truppenteilen für die gute Zusammenarbeit.

Die Themen weiterer Aktivitäten reichten von einer Vortragsveranstaltung mit Herrn Professor Dr. Karlheinz Ruckriegel, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg, zum Thema „Glücksforschung als neuer Zweig der Ökonomie“ über die Besuche der Ausstellungen „Wider die Vernunft –

Surrealismus Paris-Prag“, „Die Stauer und Italien“ bis hin zum Besuch des Mercedes-Benz-Werkes in Mannheim.

Einen besonderen Höhepunkt in seiner Arbeit sah der Förderverein in der Ausgestaltung des Empfangs, den der Fachbereich am 9. Februar 2010 zu Ehren von Herrn Lothar Mark, Mitglied des Deutschen Bundestages a. D., gab. Der Fachbereichsleiter dankte MdB a. D. Mark für seine langjährige und tatkräftige Unterstützung. Herr Mark war dem Fachbereich seit seiner Gründung eng verbunden und hat sich immer wieder effektiv eingesetzt – bis 1998 als Bürgermeister der Stadt Mannheim für Kultur und Hochschulen, bis 2009 als Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Haushaltsausschusses.

Ein wichtiges Anliegen des Fördervereins ist die Unterstützung des Fachbereichs bei der Ausgestaltung der Partnerschaft mit den französischen Militärhochschulen. Den Austausch der Studierenden hat der Verein in vielfältiger Weise unterstützt.

Die enge Verbundenheit mit den Studierenden ist für den Förderverein zentrales Leitmotiv. Wichtige „Fördermaßnahmen“ kamen den von den Studierenden organisierten Veranstaltungen zugute (z. B. dem Sommerfest, Weihnachtsbasar). Mit der Auszeichnung der besten Absolventinnen



Direktor Junger dankt
MdB a. D. Mark mit der Festschrift
„30 Jahre FH Bund“

und Absolventen der Laufbahn- und Zwischenprüfungen in Form von Bücherschecks folgte der Verein auch im Jahr 2010 einem guten Brauch.

Kulturelles Leben
auf dem Campus fördern

Fachbereich Finanzen

Leitung:	Abteilungsdirektor Dr. Rüdiger Nolte
Sitz/Standorte:	Münster
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Zolldienst des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Finanzwirt(in) FH
Studierendenanzahl:	856
Einstellungszahlen 2010:	327
Hauptamtliches Lehrpersonal:	59

Reform und neue Studieninhalte

Auch im Jahr 2010 stand die Fortentwicklung der Reform des Hauptstudiums im Vordergrund der konzeptionellen Arbeit des Fachbereichs Finanzen, da erstmals im Hauptstudium III überprüft werden konnte, ob die Reformansätze auch im Hinblick auf die Prüfung gut umsetzbar sind und zu einer weiteren Qualitätssteigerung führen. Die Prüfungsergebnisse sind ausgesprochen erfreulich und übertreffen sowohl im Durchschnitt der erzielten Noten als auch in der geringen Durchfallquote die ohnehin schon guten Ergebnisse der letzten Jahre.

Dennoch erscheint trotz Änderung und Straffung der Lehrpläne die Stofffülle immer noch sehr groß zu sein und in eine



Art von „Konkurrenz“ zur Vermittlung von mehr Methodenkompetenz zu treten. Deshalb wurden die Studienpläne erneut gestrafft sowie den neuen Rahmenvorgaben angepasst. Die kurs- und fächerübergreifenden Wahlpflichtveranstaltungen erlangen bereits eine gewisse Tradition.

Orientiert an der Aufgabenstellung der Zollverwaltung wurden die Lehrinhalte in den thematischen Säulen „Kontrollen“, „Dienstleistungen der Zollverwaltung“, „Abfertigung“ und „e-Government“ gemeinsam mit den Studierenden erarbeitet. Die konsequente Praxisorientierung und die ganzheitliche, prozessorientierte Sichtweise dienen nicht nur der Vertiefung der Fachkompetenz der Studierenden, sie fördern auch in erheblichem Maße deren notwendige Methoden- und Sozialkompetenz.

Elektronische Vorschriftensammlung Finanzen – eVSF – Vorschriften in elektronischer Form

Die Einführung der sog. eVSF ist im Vorlesungsalltag wirksam umgesetzt worden. Weder in den Klausuren noch in der mündlichen Prüfung traten bislang nennenswerte Probleme auf. Als neue Herausforderung kam der Umstand hinzu, dass noch nicht alle Rechtsnormen in der Offline-Version der eVSF zugänglich sind. Deshalb wurden die fehlenden Materialien den Studierenden zusätzlich als pdf-Dokumente zur Verfügung gestellt.



Forschung und Forschungsförderung

Die Zahl der Veröffentlichungen des Fachbereichs Finanzen kann sich auch im Jahr 2010 sehen lassen. Es hat wiederum eine umfangreiche Forschung zu Themen des Grundstudiums und der laufbahnspezifischen Bereiche gegeben. Schwerpunkte sind das Allgemeine und Besondere Zollrecht, das Verbrauchsteuerrecht und das Recht der sozialen Sicherung.

Die Veröffentlichungen hatten folgende Themen zum Gegenstand: Allgemeines Verwaltungsrecht, Mindestlohn in Deutschland, Versandhandel im Verbrauchsteuerrecht, Strom- und Energiesteuer, Voraussetzungen der strafbefreienden Selbstanzeige, Zolllager, Vorübergehende Verwendung, Zollschuld, Nacherhebung, rechtliches Gehör und die Themen Eigenmittel, Zollflughafen, Vorabanmeldungen bei Im- und Export sowie Outsourcing im Zollrecht.

Inhaltlich geht es neben der für die Zollpraxis so wichtigen Aufbereitung des neuen Rechts um die Methodik der juristischen Fallbearbeitung. Als Gemeinschaftswerk von 14 Dozentinnen und Dozenten ist etwa die Fallsammlung Europäisches Zollrecht bereits in der 3. Auflage erschienen.

Angereichert wurde die Forschungsvielfalt durch Beiträge allgemein juristischer Art der neuen Kolleginnen und Kollegen. Als Themen seien beispielhaft genannt: Kauf von Steuerdaten, Brandenburgisches Hochschulgesetz, Grenzen der Mischverwaltung.

Wiederum gab es auch vielfältige Veröffentlichungen von Dozentinnen und Dozenten des Lehrbereichs Steuerung und Führung. Die Schwerpunktthemen sind hier: Arbeits- und Organisationspsychologie, Wettbewerbsstrategien, Operational Competitiveness Ratings, kollegiale Beratung zur Teamentwicklung und Selbstkontrollanforderungen. Aber auch zu Learning Sciences und zu Prüfungsangstfragebögen wurde geforscht.

Kompetenzzentrum Neue Medien (KNM) und TACTIC

Das Kompetenzzentrum Neue Medien hat auch im Jahr 2010 in zahlreichen Projekten qualitativ hochwertige Medien für den Bereich der Aus- und Fortbildung erstellt. So konnte z. B. ein E-Learning-Programm zum Versandverfahren fertiggestellt und der Zollverwaltung – über die eigene Lernplattform bundesweit abrufbar – zur Verfügung gestellt werden. Das Besondere an dieser Lerneinheit besteht darin, dass zur Umsetzung des methodisch-didaktischen Konzeptes auf die in ILIAS verfügbaren Funktionalitäten zurückgegriffen wurde. Außerdem hat das KNM im Auftrag des ZIVIT u. a. ein umfassendes Lernprogramm zum Thema „Erstellen von Fachkonzepten“ entwickelt.

Auf europäischer Ebene hat die Kommission mit der sogenannten TACTIC Plattform (Taxation and Customs Training Interactive Campus) eine Initiative gestartet, um die Kommunikation der Lehrenden im Zoll- und Steuerbereich untereinander zu verbessern. Die Plattform ist wie gängige soziale Netzwerke aufgebaut und bietet registrierten Nutzern EU-weit die Möglichkeit, miteinander zu kommunizieren. Der FB Finanzen hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich eingehend mit der Nutzung von TACTIC beschäftigen und zur Weiterentwicklung der Anwendung beitragen soll.



Evaluation

Im Jahr 2010 wurde die Evaluation am Fachbereich Finanzen, die einen integralen Bestandteil eines umfassenden Qualitätsmanagements darstellt, auf der Grundlage des bestätigten Evaluationskonzeptes kontinuierlich fortgeführt. Darüber hinaus erfolgte erstmals die Erstellung eines abschließenden Berichtes zu einem fünfjährigen Evaluationszyklus. Auf der Basis der Evaluationsergebnisse konnten in den verschiedenen Studienbereichen konkrete Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehre konzipiert und durchgeführt werden. Dabei zeigte sich, dass eine verstärkte Einbeziehung der jeweils fachlich Verantwortlichen in die Auswertung der Evaluationsergebnisse geradezu unabdingbar für die Erreichung des angestrebten Zieles ist.

Insgesamt wurden im Jahr 2010 sechs Studienfächer evaluiert. Dazu liegen mehr als 1.500 Fragebögen zur Auswertung vor. In die Evaluationsmaßnahmen war gut die Hälfte aller Lehrenden des Fachbereichs Finanzen eingebunden. Nach den bisherigen Erfahrungen bleibt festzustellen, dass die Evaluation ein besonders wirksames Instrument für ein erfolgreiches und umfassendes Qualitätsmanagement darstellt. Zukünftig wird es darauf ankommen, neben dem bewährten Einsatz von Fragebögen weitere Maßnahmen zur Lehreevaluation zu nutzen. Erste Erfahrungen liegen hier bei der Transferevaluation vor, die wichtige Hinweise zur Gestaltung der Lehrinhalte geben konnte, indes aber auch einen erheb-



lichen Aufwand erforderte. Bewährt hat sich ferner, dass mit dem vorliegenden Evaluationskonzept flexible Reaktionen auf inhaltliche Schwerpunkte der Lehre möglich wurden.

Eine besondere Situation ergab sich 2010 am FB Finanzen durch den Einsatz einer größeren Anzahl von Honorardozentinnen und Honorardozenten. Dieser Einsatz wurde – aus Gründen der Qualitätssicherung und zur Gewährleistung eines einheitlich hohen Qualitätsstandards – ebenfalls durchgängig evaluiert. Die Maßnahme erfolgte neben der Umsetzung des Evaluationskonzeptes des Fachbereiches unter Verwendung eines modifizierten Fragebogens. Abschließend bleibt festzustellen, dass die Evaluation am Fachbereich Finanzen unter den Aspekten „effiziente und effektive Auftragserfüllung“, „Lehrqualität“ und „Adressatenorientierung“ auch in Zukunft einen ausgesprochen wichtigen Platz einnehmen wird.

Dr. Rainer Albrecht,
Fachgebietsleiter Pädagogik



Didaktische Weiterbildung am Fachbereich Finanzen

Am Fachbereich Finanzen werden alle Dozentinnen und Dozenten im Rahmen eines neu konzipierten berufspädagogischen Seminars auf ihre besonderen Aufgaben in der Lehre vorbereitet.

Das Seminar umfasst 3 Module über insgesamt 3 Wochen und endet mit einem förmlichen Feststellungsverfahren, an dem neben dem Seminarleiter auch die Leitung des jeweiligen Studienbereiches sowie weitere erfahrene Lehrende beteiligt sind.

Das Grundlagenmodul des berufspädagogischen Seminars umfasst 64 Lehrveranstaltungsstunden. Diese werden innerhalb eines zweiwöchigen Lehrgangs absolviert. Im Rahmen einer seminaristischen Lehrveranstaltung werden zentrale Themen aus den Bereichen Lernpsychologie, Pädagogische Psychologie, Pädagogik sowie Didaktik/Methodik behandelt.

Das Trainingsmodul, welches sich nach drei bis vier Monaten anschließt, umfasst weitere 28 Lehrveranstaltungsstunden. Hier werden zwischenzeitlich entwickelte eigene Unterrichtskonzepte vorgestellt, diskutiert und in Teilen – im Rahmen von Simulationen – auch erprobt.

Das Feststellungsverfahren, das für alle hauptamtlich Lehrenden verpflichtend ist, wird in einer realen Unterrichtssituation durchgeführt. Die Feststellungskommission setzt sich zusammen aus der Leitung des berufspädagogischen Seminars, dem oder der jeweiligen Vorgesetzten sowie einem weiteren erfahrenen Lehrenden.

In der Regel soll das Feststellungsverfahren spätestens sechs Monate nach dem Grundlagenmodul abgeschlossen sein. Das neue Feststellungsverfahren stellt einen weiteren Baustein des Qualitätsmanagements am Fachbereich Finanzen dar.

Neben dem berufspädagogischen Seminar mit Feststellungsverfahren werden auch weitere Veranstaltungen angeboten, die nicht mit einer förmlichen Prüfung enden. So werden für die nebenamtlich Lehrenden, die zeitweise mit Lehrauftrag am Fachbereich Finanzen tätig werden, Seminar- und Trainingsmodule im Umfang von insgesamt drei Wochen angeboten. Außerdem gibt es Lehrtrainings für die Durchführung von Ausbildungsarbeitsgemeinschaften während der praktischen Ausbildungszeiten. Neben diesen etablierten Formaten werden aber auch ständig neue Angebote entwickelt: Seit dem Jahr 2010 werden systematisch auch didaktische Fortbildungen angeboten, die sich gezielt an hauptamtlich Lehrende richten, die schon länger dieser Aufgabe nachgehen. In diesen Veranstaltungen werden wechselnde Themen vertiefend behandelt. Für das Jahr 2011 beispielsweise sind folgende Themen vorgesehen:

- Gesprächstechnik in Lehrveranstaltungen
- Methodentraining
- Schwierige Situationen in Lehrveranstaltungen
- Einsatz von Stimme und Körpersprache in Lehrveranstaltungen (Basis und Aufbau)
- Visualisieren von Lehrinhalten

Die hier genannten Veranstaltungen werden sämtlich auf freiwilliger Basis durchgeführt. Die Veranstaltungen sind stets sehr gut besucht und es herrscht eine rege Nachfrage.

Einführungslehrgang für den höheren Dienst der Zollverwaltung

Ein neu konzipierter Einführungslehrgang für den höheren Dienst der Zollverwaltung wird von den Lehrenden des Fachbereichs Finanzen der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung seit 2010 durchgeführt. Die Neukonzeption berücksichtigt – im Kontext der allgemeinen Staats- und Verwaltungsreform – insbesondere die Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts sowie die Ergebnisse des Projekts Strukturentwicklung Zoll und deren Auswirkungen auf die Modernisierung der Zollverwaltung. Die inhaltlichen Schwerpunkte des insgesamt fünfwöchigen Lehrgangs bilden die fachlichen Aufgabengebiete der Zollverwaltung, das Personal- und Organisationsmanagement sowie die Anforderungen an eine Nachwuchsführungskraft der Zollverwaltung.

Zum Auftakt werden in einem einwöchigen Lehrgangsteil die vielfältigen Anforderungen an eine Führungskraft des höheren Dienstes der Zollverwaltung, insbesondere im Hinblick auf die Aspekte Führung, Steuerung, Personal- und Organisationsmanagement, betrachtet. Das Führungs- und Steuerungskonzept der Zollverwaltung wird vorgestellt und es wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Überblick über die grundlegenden Führungs- und Steue-

rungsinstrumente in der Zollverwaltung gegeben. Weitere Themen bilden die Konzeption zur Personalführung der Zollverwaltung und die Reflexion der Rolle als Führungskraft. Abgerundet wird der Lehrgangsteil durch die Themen Personalmarketing und Personalauswahl.

Im Zentrum der Veranstaltung steht ein dreiwöchiger Lehrgangsteil zu den fachlichen Aufgabenschwerpunkten und Kernprozessen der Zollverwaltung. Dieser Lehrgangsteil wird in besonderer Weise durch die Verzahnung von fachtheoretischen und verwaltungspraktischen Inhalten geprägt. Dabei obliegt es zunächst den Lehrenden des Fachbereichs Finanzen, die jeweiligen zollspezifischen Rechtsgebiete vorzustellen. Es werden daher allgemeines Zollrecht einschließlich Zolllarif, die besonderen Vorschriften im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Warenverkehr (Verbote und Beschränkungen, Außenwirtschaftsrecht, Warenursprungs- und -präferenzrecht, Marktordnungsrecht), allgemeines Steuerrecht (Abgabenordnung) und Steuerstrafrecht sowie das Recht der sozialen Sicherung modularisiert unterrichtet. Diesem Fächerkanon entspricht die anschließende Vorstellung der nach der Strukturreform der Zollverwaltung den fünf Bundesfinanzdirektionen und dem Zollkriminalamt zugewiesenen fachlichen Aufgaben. Die Bundesfinanzdirektion Nord stellt das allgemeine Zollrecht, die Bundesfinanzdirektion Südost die besonderen



Regierungsräte-Lehrgang
mit den Gastdozenten LRD
Wolfgang Zilk (h. Reihe, M.) und
Dr. Hagen Lang (v. l.)

Vorschriften im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Warenverkehr, die Bundesfinanzdirektion Mitte das allgemeine Steuerrecht, die Bundesfinanzdirektion Südwest das Verbrauchsteuerrecht, das Zollkriminalamt die Strafverfolgung und die Bundesfinanzdirektion West die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung vor. Damit steht die mit der Strukturreform der Zollverwaltung verfolgte Orientierung an Fachprozessen im Mittelpunkt des Fachteils des Einführungslehrgangs. In besonderer Weise wird sich im Lehrgang der Erarbeitung und Pflege von Standards als einer prioritären Aufgabe der Bundesfinanzdirektionen und des Zollkriminalamts gewidmet. Dabei wird nicht nur der Prozess der Standardisierung von Verwaltungsaufgaben begleitet, sondern auch deren Anwendung erprobt. In einem Planspiel kann zudem ein Standard selbstständig entwickelt werden. Die Bundesfinanzdirektionen und das Zollkriminalamt vervollständigen ihre Präsentationen durch die Berücksichtigung von aktuellen fachlichen Entwicklungen und der exemplarischen Vorstellung von Einzelfragen aus der Rechts- und Fachaufsicht. Die aufeinander abgestimmten fachtheoretischen und verwaltungspraktischen Anteile setzten die nach den Reformen der vergangenen Jahre geschaffene prozessorientierte Ausrichtung der Zollverwaltung und die daran orientierten organisatorischen Strukturen im Einführungslehrgang um.



ORR Arnd Hilwig, Lehrender am Fachbereich und Tutor

Schon traditioneller Bestandteil der Lehrgänge ist die Einführungswoche im Bundesministerium der Finanzen als oberster Bundesbehörde. Dabei werden Aufgaben und Struktur der für die Zollverwaltung besonders bedeutsamen Zentralabteilung sowie der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung und ihrer Referate vorgestellt.

Als Tutor begleitet Oberregierungsrat Arnd Hilwig den Lehrgang. Es werden gemeinsame Freizeitaktivitäten unternommen und das kulturelle und kulinarische Angebot Münsters genutzt.

Lehrbeauftragte

Wegen der seit Jahren konstant hohen Einstellungszahlen und den daraus resultierenden besonderen personellen Anforderungen an den Fachbereich Finanzen wurden unsere hauptamtlichen Fachhochschuldozentinnen und Fachhochschuldozenten auch im Jahr 2010 in dem erforderlichen Maße durch ausgewählte Lehrbeauftragte unterstützt. Durch die gezielte personelle Verstärkung und durch nachhaltige Maßnahmen der Organisations- und Personalentwicklung konnte der Fachbereich Finanzen seinen Ausbildungsauftrag auch im abgelaufenen Jahr erfolgreich erfüllen.

Hochschulsport

Eine moderne Sporthalle, ein Tennisplatz, ein Basketballplatz, das Fußballfeld und eine Gymnastikhalle bieten den Studierenden jegliche Möglichkeiten für aktiven Hochschulsport. Darüber hinaus stehen ein Krafraum und ein Tischtennisraum zur Verfügung.

Auch werden dienstlich geleitete Sportaktivitäten angeboten. Zum vielfältigen Angebot zählen: Badminton, Basketball und Volleyball sowie diverse Gymnastikarten.

Im Jahr 2010 fanden das Fußball-, Volleyball- und Handballturnier großen Anklang. Mannschaften der einzelnen Studi-



enjahrgänge und auch Dozentenmannschaften kämpften verbissen um die Turniersiege.

Ausblick

Der Fachbereich Finanzen ist mit seinen insgesamt 59 Dozentinnen und Dozenten, von denen mehr als 24 in den letzten fünf Jahren für die Lehre dazugewonnen werden konnten, auch für die Zukunft gut aufgestellt. Das Jahr 2011 hält für den Fachbereich Finanzen eine ausgesprochen erfreuliche Herausforderung bereit. Es werden diesmal 435 Studierende zum Grundstudium erwartet.

ORR Dirk Jansen, Lehrender am
Fachbereich



Fachbereich Kriminalpolizei

Leitung:	Professor Dr. Thorsten Heyer
Sitz/Standorte:	Wiesbaden
Laufbahnen:	gehobener Kriminaldienst des Bundes
Studienabschluss:	Bachelor of Arts, Diplom-Verwaltungswirt(in) FH
Studierendenanzahl:	222
Einstellungszahlen 2010:	121
Hauptamtliches Lehrpersonal:	14

Veranstaltungsreihe „Einblicke“

Der Fachbereich Kriminalpolizei hat die 2008 begonnene Vortragsreihe „Einblicke“, in deren Rahmen ausgesuchte kriminal- wie rechtswissenschaftliche Themen sowohl den Studierenden des Fachbereichs als auch interessierten Angehörigen des Bundeskriminalamtes wie benachbarten Polizeibehörden vorgestellt werden, auch 2010 fortgesetzt. So konnten 2010 beispielsweise

- Prof. Dr. Ronald Gleich von der EBS Universität für Wirtschaft und Recht Wiesbaden zum Thema „*Controlling als strategisches Führungsinstrument*“,
- Herr Martin Spilker von der Bertelsmann Stiftung zum Thema „*Unternehmenskultur in der Globalisierung*“

Absolventinnen und Absolventen der 55. Ausbildungsgruppe während der Diplomierungsfeier



- Prof. Dr. Jens Kleinert von der Deutschen Sporthochschule Köln zum Thema „*Führungsprozesse im Profisport*“ sowie
- Bundesanwalt Ralf Setton zum Thema „EG Zeit/Sauerlandverfahren“

am Fachbereich begrüßt werden.

Die Veranstaltungen erfreuen sich hoher Resonanz und werden auch 2011 fortgesetzt.

Kooperationen

Der Fachbereich Kriminalpolizei hat 2010 die Kooperation zur „*European Business School (ebs)*“ nochmals intensiviert und die Arbeiten an einem gemeinsamen Konzept zur Unternehmenssicherheit, vor dem Hintergrund der aktuellen „*Global Player*“-Initiativen, fortgesetzt. Im Jahr 2010 wurden zwei jeweils dreimodulige Zertifikatsseminare „Sicherheitsmanagement“ durchgeführt, in deren Rahmen auch eine mehrtägige Veranstaltung im Bundeskriminalamt sowohl für „*Global Player*“ als auch die Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmer stattfand.

Das Seminar wird auch im Jahr 2011 eine Fortsetzung erfahren.

Forschungsprojekte

Dem Fachbereich Kriminalpolizei wurde seitens der „*Europäischen Union (EU)*“ die Durchführung des auf 2 Jahre begrenzten und mit einem Volumen von ca. 2 Millionen Euro ausgestatteten Projektes „*Unangemessene Gewaltanwendung*“ zugunsten der Türkei übertragen. Die Realisierung erfolgt in Kooperation mit der „*Österreichischen Sicherheitsakademie (SIAG)*“. Der Projektstart ist für das I. Quartal 2011 vorgesehen. Die Projektleitung obliegt dabei gleichberech-

tigt dem Fachbereichsleiter Kriminalpolizei der FH Bund sowie dem stellvertretenden Leiter der Sicherheitsakademie (SIAK). Weitere Projektbeteiligte dieses äußerst umfangreichen Projektes sind

- die Hessische Polizeiakademie (HPA),
- die Internationale Gesellschaft für rechtliche Zusammenarbeit (IRZ/Bonn),
- das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte (BIM/Wien) sowie
- der Zentralbereich der FH Bund/Brühl.

Das im 2. Halbjahr 2009 begonnene Forschungsprojekt zum Thema „*Kapitalmarktstrafrecht – Insiderhandel und Marktmanipulation*“ in Kooperation mit der kriminalistisch-kriminologischen Forschung beim Bundeskriminalamt wurde 2010 erfolgreich abgeschlossen und durch Prof. Dr. Marc Colussi, Fachbereich Kriminalpolizei, publiziert.

Im 2. Halbjahr 2010 wurden erste Vorbereitungshandlungen für das Kooperationsprojekt mit der EBS Universität für Wirtschaft und Recht zum Thema „*Synergieeffekte aus der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Sicherheitseinrichtungen*“ vorgenommen.

Der Projektstart ist für das I. Quartal 2011 geplant.



Praktische Übung – Fahrzeugkontrollen unter Leitung der Landespolizei Hessen

Durchführung eines modularisierten Bachelor-Studienganges

Im Jahr 2010 wurde der zum 1. Oktober 2009 akkreditierte Bachelor-Studiengang Kriminalpolizei mit den Modulen 3 bis 11 fortgesetzt. Im Modul 10,

Sexuell motivierte und Innerfamiliäre Kriminalität,

findet ein Dozentenaustausch mit Lehrenden der Hochschule Wiener Neustadt statt, der im Februar 2011 eine Fortsetzung erfahren wird. Im Gegenzug werden Lehrende des Fachbereichs Kriminalpolizei an der Hochschule Wiener Neustadt den vollzugspolizeilichen Nachwuchs der österreichischen Polizei im Rahmen des dortigen Bachelorstudienganges in vorwiegend kriminalpolizeilichen Inhalten unterrichten.

Seit Oktober 2010 befinden sich die 28 Studierenden der 1. Bachelor-Ausbildungsgruppe im Praxismodul 12 in ausgesuchten Länderdienststellen.

Die bisherigen Erfahrungswerte und umfänglichen Evaluationsergebnisse sind nahezu durchgängig positiv, was insbesondere auch für das reformierte Grundstudium am Zentralbereich der FH Bund in Brühl gilt.

Praktische Übung
in Hilders



Die im Schwerpunkt phänomenorientierte Ausrichtung der meisten Module bildet eine gute Grundlage für eine von hoher Interdisziplinarität geprägte Verzahnung sowohl der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen als auch von Forschung, Lehre und Praxis.

Darüber hinaus bieten die quartalsmäßig durchgeführten Evaluationsworkshops am Fachbereich Kriminalpolizei, unter Einbeziehung der Studierendenvertreter, die Gewähr einer kontinuierlichen Verbesserung erkannter Schwachstellen und permanenten Anpassung curricularer Inhalte.

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitung:	Leitender Verwaltungsdirektor Hubert Lohaus
Sitz/Standorte:	Kassel
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Dienst in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung
Studienabschluss:	Diplom-Verwaltungswirt(in) FH
Studierendenanzahl:	115
Einstellungszahlen 2010:	47
Hauptamtliches Lehrpersonal:	8

Im Januar 2010 studierten am Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung insgesamt 83 Studierende.

Im Februar 2010 veranstaltete der Fachbereich mit den Studierenden des Hauptstudiums eine Exkursion in die Bundeshauptstadt. Man lernte das politische Berlin im Gespräch mit sachkompetenten Vertreterinnen und Vertretern aus dem Deutschen Bundestag, dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) kennen.

Gleichzeitig konnten die Studierenden auch die Eröffnung des neuen Gebäudes des BMELV miterleben und trafen dadurch auf die Ministerin Ilse Aigner und den Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer.

Bundesministerin Ilse Aigner,
Bundesminister Dr. Peter Ramsauer,
Rainer Reiff vom Fachbereich



Der Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, einem ehemaligen Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, ließ Authentisches über die jüngere deutsche Geschichte erfahren.

Im April 2010 haben 42 von 44 Studierenden erfolgreich die Zwischenprüfung bestanden. Bei der Wiederholung bestand eine Person.

An der Abschlussprüfung nach der Ausbildungs-, Studien- und Prüfungsordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst (ASPO-LSV) im Juni 2010 nahmen 12 Studierende teil.

Ihnen wurde Ende September 2010 in einer Feierstunde die Diplomurkunde ausgehändigt und der akademische Grad Diplom-Verwaltungswirt(in) (FH) verliehen.

Zum 1. Oktober 2010 begannen 48 Studierende ihre Ausbildung nach der Ausbildungs-, Studien- und Prüfungsordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst.



Luftaufnahme des Fachbereichs

Fachbereich Nachrichtendienste

Leitung:	Regierungsdirektorin Dr. Monika Rose-Stahl (kommissarisch)
Abteilungen:	■ Bundesnachrichtendienst (BND) Leitung: Dr. Hans Dieter Denk ■ Verfassungsschutz Leitung: Dr. Monika Rose-Stahl
Sitz/Standorte:	■ Haar (Abteilung BND) ■ Brühl (Abteilung Verfassungsschutz)
Laufbahn:	gehobener nichttechnischer Dienst in der Bundesverwaltung
Studienabschluss:	Diplomverwaltungswirt(in) (FH)
Studierendenzahl 2010:	84
Einstellungszahlen 2010:	34
Hauptamtliches Lehrpersonal:	6

Situation im Fachbereich

Personalsituation

Im Juli 2010 wurde Dr. Hans Dieter Denk zum Leiter der Abteilung Bundesnachrichtendienst bestellt. Die Leitung des Fachbereichs ist noch vakant und wird weiterhin von der Leiterin der Abteilung Verfassungsschutz, Dr. Monika Rose-Stahl, kommissarisch wahrgenommen. Der Fachbereich verfügt über sechs hauptamtlich Lehrende. Darüber hinaus wurde in der Abteilung Bundesnachrichtendienst im November 2010 die Stelle eines hauptamtlich Lehrenden für Rechtswissenschaft (W 2) ausgeschrieben.

Zum Wintersemester 2010/2011 nahmen zwei Studiengänge mit insgesamt 34 Studierenden aus beiden Abteilungen ihr Studium auf.

Gemeinsame Ausbildung der Nachrichtendienste

Ende März 2010 wurde das erste gemeinsame Grundstudium der beiden Nachrichtendienste beendet, in dem die Studierenden nicht mehr nach ihrer Einstellungsbehörde getrennt, sondern in zwei Kursen gemeinsam unterrichtet wurden. Gleichzeitig wurde dieses Grundstudium erstmals nach dem reformierten Studienplan durchgeführt. Durch den gemeinsamen Unterricht und die neuen Studieninhalte – mit größerem Gewicht auf den fachspezifischen Inhalten – ist es gelungen, die Ausbildung der Nachrichtendienste qualitativ zu verbessern. Von den Studierenden, den Dozentinnen und Dozenten und der Fachbereichsleitung wurden beide Reformen positiv bewertet.

Im Juni 2010 beschloss der Fachbereichsrat den Studienplan für das Hauptstudium der künftigen Ausbildung der Nachrichtendienste in Berlin, der im Rahmen des Projekts „Gemeinsame Ausbildungen der Nachrichtendienste“ vorbereitet worden war. Die Unterrichtsinhalte der gemeinsamen Ausbildung der beiden Nachrichtendienste werden zum großen Teil identisch sein. Daneben wird es für beide Studiengänge auch Schwerpunktfächer geben, die getrennt unterrichtet werden. Die Projektgruppe hat außerdem Konzepte für die Praktikumsordnungen, einschließlich der praxisbezogenen Lehrveranstaltungen, und den Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung erstellt. Dabei orientierte sich die Projektgruppe an den neuen Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen für die Kriminalpolizei und die Allgemeine Innere Verwaltung. Die Projektgruppe bereitete darüber hinaus die entsprechenden Konzepte für die gemeinsame Ausbildung zum mittleren Dienst vor und hatte damit im September 2010 fristgemäß den Projektauftrag erfüllt. Am 14. Oktober 2010 wurde das Projekt durch das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium des Innern beendet und die Konzepte dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Evaluationsordnung

Der Fachbereichsrat hat im Juni 2010 eine gemeinsame Evaluationsordnung für den Fachbereich beschlossen. Auf dieser Grundlage werden in beiden Abteilungen Evaluationsbeauftragte bestellt.

Arbeitskreis Nachrichtendienstpsychologie

Seit mehreren Jahren arbeiten Dozentinnen und Dozenten und Lehrbeauftragte des Fachbereichs im „Arbeitskreis Nachrichtendienstpsychologie“ zusammen und publizieren zu diesem Thema. Im Juli 2010 erschien in der Schriftenreihe der FH Bund „Beiträge zur inneren Sicherheit“ das Buch „Nachrichtendienstpsychologie 5“. Die Herausgeber gehören der Abteilung Verfassungsschutz (Prof. Dr. Raimund Jokiel, Marcus Wiesen) und der Abteilung Bundesnachrichtendienst (Prof. Dr. Andreas Mark) an. Die Autorinnen und Autoren der zwölf Beiträge, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Sicherheitsbehörden sind, greifen aktuelle und praxisrelevante Themen auf, wie u. a.

- psychologische Erklärungsansätze für das Verhalten islamistischer Selbstmordattentäter,
- die Stressbelastung bei der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung,
- die Personenbeurteilung im Rahmen nachrichtendienstlicher Arbeit.

Projektwoche zum Thema „Piraterie am Horn von Afrika“

Während der Projektwoche im Grundstudium (Ende Januar 2010) führte der Fachbereich Nachrichtendienste unter Leitung von Dr. Gunter Warg ein Projekt zum Thema „Piraterie am Horn von Afrika“ durch. Neben der Beschäftigung mit den aktuellen Entwicklungen und Fallzahlen wurden die völkerrechtlichen und nationalen Rechtsgrundlagen für die

Bekämpfung dieser Kriminalitätsform erarbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Analyse möglicher Querbezüge der Piraterie zu den Aufklärungsinteressen der Nachrichtendienste. Die Ergebnisse des Projekts wurden von den Studierenden im März 2010 an der Schule für Verfassungsschutz einem Fachpublikum präsentiert.

Projektwoche zum Thema „Hells Angels“ und „Hammerskins“

Ein weiteres Projekt des Fachbereichs im Grundstudium beschäftigte sich mit dem „Hells Angels“-Motorradclub und den rechtsextremistischen „Hammerskins“. Ziel des Projekts war es, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen Gruppierungen zu untersuchen und im Projektbericht zu dokumentieren. Die Studierenden arbeiteten die Schnittmenge zwischen beiden Subkulturen heraus und gingen der Frage nach, inwieweit sie sich gegenseitig beeinflussen haben. Zum Abschluss trugen die Studierenden an der Schule für Verfassungsschutz die Ergebnisse ihrer Arbeit vor.

Abteilung Bundesnachrichtendienst

Laufbahnprüfung im September 2010

In der Abteilung Bundesnachrichtendienst konnten im Jahr 2010 insgesamt 17 Studierende ihre Laufbahnausbildung erfolgreich beenden.

Studienfach Internationale Politik

Im Studienfach Internationale Politik konnten mehrere hervorragende Diplomarbeiten als Einzelpublikationen in der Schriftenreihe der FH Bund veröffentlicht werden. Eine langjährige Tradition der Kontaktpflege und des Gedankenaustausches mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Institutionen wurde auch in diesem Jahr fortgesetzt. So

konnten ausgewiesene Expertinnen und Experten für internationale Politik, z. B. auch von einem amerikanischen think tank, als Gastvortragende gewonnen werden. Die Studierenden hatten so Gelegenheit, die Sichtweise von Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus erster Hand zu erleben und direkte Gespräche zu führen. Im Gegenzug folgten Einladungen u. a. durch die Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin, Universitäten, politische Stiftungen sowie Landesbehörden und diverse Arbeitskreise. Der diesjährige Themenschwerpunkt der Vorträge zur Außen- und Sicherheitspolitik von Prof. Dr. Günther Schmid bildete die wachsende Bedeutung Asiens und die hieraus resultierenden Effekte auf das internationale Sicherheits- und Wirtschaftssystem.

Studienfach Islamismus

Prof. Dr. Christian Haas entwickelt im Studienfach Islamismus für die Abteilung Bundesnachrichtendienst ein eigenständiges Fortbildungsprogramm Islamismus, mit dem die Verbindung zwischen nachrichtendienstlicher Praxis und wissenschaftlicher Grundlagenarbeit verstärkt werden soll. Die Inhalte werden nicht nur in Fortbildungslehrgängen zur Verfügung gestellt, sondern fließen auch in das Studium ein. Hierbei wird besonderer Wert darauf gelegt, die Studierenden in Form von Projektarbeiten an ihre künftige Behörde

Sitz der Abteilung
Bundesnachrichtendienst



heranzuführen. Derzeitige Schwerpunktthemen wissenschaftlicher Beschäftigung sind Argumentationsstränge islamistischer/jihadistischer Ideologie, Fatwa-Wesen im Islamismus und in der institutionalisierten Gelehrsamkeit sowie Anwendungsbereiche islamischen Rechts in ausgewählten Kernländern.

Studienfach Nachrichtendienstpsychologie

Im Studienfach Nachrichtendienstpsychologie wird das PRINZ-Projekt (Profiling im nachrichtendienstlichen Zielsetzungsbereich) durch Prof. Dr. Mark fortgeführt. Parallel dazu hat er die Anwendungsmöglichkeiten der Profilerstellung im wirtschaftlichen Bereich thematisiert. Dies führte zur Veröffentlichung des Buches „Business Profiling – Die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen und deren Bedeutung für Interaktionen im wirtschaftlichen Bereich“.

Für 2011 ist eine Veröffentlichung geplant, die sich mit den Anwendungsmöglichkeiten der Profilerstellung im Tätigkeitsfeld der Nachrichtendienste befasst (Intelligence Profiling). Hierbei soll neben der Erstellung und Nutzung von Persönlichkeitsprofilen auch ein besonderes Augenmerk auf den Bereich der Handlungsprofile gelegt werden.

Abteilung Verfassungsschutz

Laufbahnprüfung im September 2010

Im September 2010 schlossen 14 Studierende erfolgreich ihre dreijährige Laufbahnausbildung ab.

Studienfach Nachrichtendienstpsychologie

Die Laufbahnprüfung basierte auf den Inhalten des neuen Studienplans der Abteilung Verfassungsschutz von 2007, in

dem erstmals auch das Fach Nachrichtendienstpsychologie als Studienfach verankert worden ist. Die Studierenden erhalten bereits während des Grundstudiums eine Einführung in die psychologischen Aspekte der nachrichtendienstlichen Arbeit. Dabei werden erste Gesprächsführungstechniken zur Einstellungs- und Verhaltensänderung vermittelt. Mit Hilfe ausgewählter Studien aus dem Bereich der Nachrichtendienstpsychologie wird das methodische Vorgehen der empirischen Forschung veranschaulicht. So werden die Studierenden beispielsweise mit den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen über den Prozess der Radikalisierung im Bereich des Islamismus vertraut gemacht.

Während des Hauptstudiums und im Rahmen von praxisbezogenen Lehrveranstaltungen folgen weitere Unterrichtsstunden bzw. Trainingseinheiten im Fach Nachrichtendienstpsychologie. Ein Großteil des praxisbezogenen Unterrichts konzentriert sich auf verschiedene Techniken der Gesprächsführung bei der operativen Arbeit. Dabei lernen die Studierenden auch, wissenschaftlich fundierte Indikatoren zur Lügenidentifikation in Gesprächen einzusetzen. Die Vermittlung von Erkenntnissen aus dem Bereich der differentiellen Psychologie soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bei der anspruchsvollen Aufgabe helfen, fremde Menschen hinsichtlich ihrer Persönlichkeitsmerkmale

Sitz der Abteilung
Verfassungsschutz



einzuschätzen. So sollen sie z. B. beurteilen können, ob eine Gesprächspartnerin oder ein Gesprächspartner erregbar oder aggressiv ist, sie/er sich zuverlässig verhalten wird und sie/er besondere psychische Belastungen verarbeiten können wird.

Die Inhalte des neuen Studienfachs Nachrichtendienstpsychologie wurden erstmals auch im Rahmen der mündlichen Laufbahnprüfung von der Prüfungskommission mit einbezogen. Dabei zeigten sich die Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs G 2007 in besonderer Weise befähigt, psychologische Erkenntnisse im Anwendungsbereich der nachrichtendienstlichen Arbeit einzusetzen. Die Nachwuchsbeamtinnen und Nachwuchsbeamten des BfV werden hiervon sicherlich bei ihrer anspruchsvollen praktischen Tätigkeit profitieren können.

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung

Seit 2008 erscheint in der von der FH Bund herausgegebenen Reihe „Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung“ auch das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“. Herausgeber ist der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber. Das Jahrbuch versteht sich insbesondere als Forum für Autorinnen und Autoren aus den Sicherheitsbehörden, die darin ihre persönliche Sicht der Dinge auf wissenschaftlicher Grundlage darstellen können. Darüber hinaus werden auch Beiträge von Expertinnen und Experten zu den Themen Extremismus und Terrorismus aus Hochschulen, Instituten oder Stiftungen publiziert.

Der dritte Band (Ausgabe 2009/2010) hat folgende Inhalte: In der Rubrik „Grundsatzfragen“ geht es um Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, um Extremismus- und Totalitarismustheorie und Extremisten vor dem Bundes-

verfassungsgericht. Der Teil zum Rechtsextremismus beschäftigt sich mit Ein- und Ausstiegsprozessen von Rechtsextremisten, Skinheads als aussterbender Subkultur, den „Autonomen Nationalisten“ im Neonazismus und dem intellektuellen Rechtsextremismus. Zum Linksextremismus findet man Beiträge über den Antifaschismus als Instrument von Linksextremisten, die Einschätzung der Partei „Die Linke“ und eine Typologie post-kommunistischer Parteien in Europa. Im Kapitel „Islamismus“ geht es um Antisemitismus bei islamistischen Gruppen, die Zellenstruktur im islamistischen Terrorismus und die Entwicklungsdynamik salafistischer Propaganda im Internet. Der Abschnitt über Terrorismus beschäftigt sich mit dem Weg von Frauen in den Terrorismus und der Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus. In der Rubrik „Sonderthemen“ finden sich Abhandlungen zur extremistischen Ausrichtung der Scientology-Organisation und zum Vergleich von Antisemitismus und „Islamophobie“.

2011 erscheint in der Reihe „Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung“ auch der Sammelband „Die Bedrohung durch Extremismus und Terrorismus. Beiträge aus Justiz, Politik und Wissenschaft“, der in Kooperation mit dem Hessischen Justizministerium und der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau von Dr. Helmut Fünfsinn und Prof. Dr. Pfahl-Traughber herausgegeben wird.

Expertenkreis zum Antisemitismus

Prof. Dr. Pfahl-Traughber wurde im August 2009 von dem damaligen Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in einen unabhängigen Expertenkreis zum Thema Antisemitismus berufen, der auf eine Initiative des Deutschen Bundestages zurückgeht. Der Expertenkreis setzt sich aus Vertretern der Wissenschaft und Praxis zusammen und soll im Herbst 2011 erstmals einen Bericht zum Antisemitismus in

Deutschland mit Empfehlungen zu seiner nachhaltigen Bekämpfung vorlegen. Prof. Dr. Pfahl-Traughber erstellte bzw. erstellt dazu Berichtsbeiträge zu den Themen „Definition und Typologie des Antisemitismus“, „Antisemitische Straftaten“, „Antisemitismus im Rechtsextremismus“, „Antisemitismus und Linksextremismus“ und „Antisemitismus-Vorwürfe gegen die globalisierungskritische Bewegung“.

Sammelband „Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft“

2010 erschien der von Dr. Thomas Grumke, Wissenschaftlicher Referent in der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium Nordrhein-Westfalen, und Prof. Dr. Pfahl-Traughber herausgegebene Sammelband „Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes“ (Verlag Barbara Budrich, Leverkusen-Opladen, 172 S.). Er enthält 14 Beiträge, die anhand von grundsätzlichen Aspekten oder Fallbeispielen auf die Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörden eingehen. Als hauptamtlich Lehrende der FH Bund sind Prof. Dr. Pfahl-Traughber zum Thema „Analysekompetenz und Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes“ und Dr. Warg zum Thema „Aufklärung der Öffentlichkeit durch den Verfassungsschutz versus Meinungsfreiheit“ in dem Sammelband als Autoren vertreten. Vier der Beiträge gehen zurück auf ein Symposium, das zu Ehren des ehemaligen Leiters der Landesbehörde für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Herrn Ministerialdirigent a. D. Dr. Hartwig Möller, an der Schule für Verfassungsschutz in Swisttal-Heimerzheim durchgeführt wurde.

Forschungsprojekt „Informationsfreiheitsrechte“

Das Forschungsprojekt zu den Möglichkeiten einer Zusammenführung der in Nordrhein-Westfalen bestehenden

Informationsfreiheitsrechte unter Mitwirkung von Dr. Warg konnte im September 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen hatte Dr. Warg mit zwei Kollegen von der nordrhein-westfälischen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung untersucht, wie das Problem der immer weiter fortschreitenden Zersplitterung der Informationszugangsrechte und der damit verbundenen Rechtsunsicherheit bei betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeitern gelöst werden kann. Die Projektgruppe ist in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Zusammenführung der verschiedenartigen Informationsrechte in einem einheitlichen Gesetz möglich und sinnvoll ist. Zu diesem Zweck wurde der Entwurf eines „Allgemeinen Informationsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen“ (AIG NRW) einschließlich einer Gesetzesbegründung erarbeitet, der den Großteil der bestehenden Informationsrechte in einem Gesetz zusammenfasst. Mit der Realisierung dieses Gesetzes würden nicht nur das Informationsfreiheitsgesetz von Nordrhein-Westfalen und die sonstigen (verstreut geregelten) „Transparenzregeln“ (z. B. im Umweltinformationsgesetz) abgelöst, sondern auch die Mehrzahl der Auskunftsansprüche im Datenschutzrecht und Verwaltungsverfahrenrecht entbehrlich. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Gesetzgeber dem Vorschlag einer solchen umfangreichen Novellierung der Informationsrechte folgen wird.

Fachbereich Sozialversicherung

Leitung:	Abteilungsdirektorin Gudrun Dannhauer
Abteilungen:	Deutsche Rentenversicherung Bund Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
Sitz/Standorte:	Berlin, Bochum
Laufbahnen:	gehobener nichttechnischer Dienst des Bundes in der Sozialversicherung
Studienabschluss:	Bachelor of Arts, Diplom-Verwaltungswirt(in) FH
Studierendenanzahl:	317
Einstellungszahlen 2010:	130
Hauptamtliches Lehrpersonal:	30

Start des Bachelor-Studienganges „Sozialversicherung B.A.“

Der Fachbereich Sozialversicherung der Fachhochschule des Bundes hat zum 1. Oktober 2010 das bisherige Diplomstudium auf einen Bachelor-Studiengang umgestellt. Er ist als gemeinsamer Studiengang der Träger Deutsche Rentenversicherung Bund und Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See mit den Schwerpunktbereichen Allgemeine Rentenversicherung und Knappschaftliche Sozialversicherung konzipiert. Das Studium umfasst 36 Monate, Theorie- und Praxismodule werden im Wechsel durchgeführt. Alle 29 Module werden geprüft. Das Bestehen der Modulprüfungen ist Voraussetzung für die Weiterführung des Studiums.

Foto links:
Orientierungstage für die Studierenden – Steckbriefe halfen beim Kennenlernen

Foto rechts:
Fachbereichsleiterin Gudrun Dannhauer, Direktor Herbert Schillinger und Fachabteilungsleiter



Der Studiengang ist durch die Akkreditierungs-Agentur ACQUIN akkreditiert. Die Kommission hat hervorgehoben, dass der Fachbereich Sozialversicherung mit dem neuen Studiengang „Sozialversicherung B. A.“ einen attraktiven und modernen Studiengang anbietet. Die Prüfungs- und Studienordnung für den neuen Studiengang wurde durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) erlassen. Eine Evaluationsordnung ist in Vorbereitung.

Evaluation am Fachbereich Sozialversicherung

Mit § 6 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) ist die Einführung von Evaluationsverfahren an deutschen Hochschulen gesetzlich verankert worden. Mit Senatsbeschluss der FH Bund vom 6. Februar 2001 wurde die Einführung der Evaluation an der FH Bund als wesentlicher Beitrag zu einem umfassenden Qualitätsmanagement angesehen. Die Evaluation soll am Fachbereich Sozialversicherung als zentrales Instrument zur systematischen, empirischen Analyse und Bewertung der Qualität von Lehre und Studium sowie der relevanten Rahmenbedingungen eingesetzt werden. Deshalb wurde eine Evaluationsordnung unter Berücksichtigung u. a. der „Leitlinien guter Praxis“, der bestehenden Evaluationsordnung des Zentralbereichs und der am Fachbereich Sozialversicherung geltenden Evaluationsempfehlung erarbeitet. Zurzeit befindet sich die Evaluationsordnung des Fachbereichs noch im Abstimmungsverfahren zwischen den Trägern Deutsche Rentenversicherung Bund und Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

Umstellung auf einen
Bachelor-Studiengang

Ringvorlesung zum Thema „Gestaltungsspielräume“

Der Fachbereich Sozialversicherung beendete im Februar seine zum 30-jährigen Jubiläum der FH Bund ins Leben gerufene Ringvorlesung „Gestaltungsspielräume“. Die Themen fanden beim interessierten Publikum großen Anklang. Über den Tellerrand schauen, neue Perspektiven entdecken und diskutieren, so lautet das Fazit dieser Veranstaltungsreihe.

Offenes Forum

Am 23. März 2010 eröffnete Frau Fachbereichsleiterin Dannhauer das Offene Forum im bis auf den letzten Platz gefüllten Foyer des Ausbildungszentrums in der Nestorstraße. Bei der 17. Veranstaltung dieser Art widmeten sich die Referentin und die Referenten Maren Schimmang, Dozentin am Fachbereich Sozialversicherung, Dr. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund und Dr. Heinrich Jess, Geschäftsbereich 0700, dem Thema „Ausbau der Rentenversicherung“.

Am 18. Oktober 2010 lud der Fachbereich Sozialversicherung zum 18. Offenen Forum ein. So umfassend das Thema „Entwicklung, Stand und Perspektiven der Rentengesetzgebung“ war, so differenziert und aufschlussreich gestalteten sich die Vorträge.



Präsident Dr. Rische wird von der Fachbereichsleiterin Dannhauer begrüßt (M)

Das Forum eröffnete Ingo Friedrich, Dozent am Fachbereich Sozialversicherung, mit seinem Vortrag „Novellierungen der Rentenberechnung am ausgesuchten Beispiel“. Hauptredner war Prof. Dr. Dres. h. c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D., mit dem Thema „Leitwerte des Sozialstaates für die Rentengesetzgebung“. Dr. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, folgte mit seinem Beitrag „Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung – Optionen und Notwendigkeiten“. Diese Veranstaltung hatte bislang den größten Besucherandrang von Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Rentenversicherung Bund zu verzeichnen, was vor allem den „hochkarätigen“ Rednern geschuldet war.

Ein Blick ins Auditorium



Fachbereich Wetterdienst

Leitung:	Regierungsdirektor Harald Wollkopf
Sitz/Standorte:	Langen, Fürstenfeldbruck
Laufbahnen:	gehobener Wetterdienst des Bundes
Studienabschluss:	Diplom-Meteorologe/Diplom-Meteorologin
Studierendenanzahl:	59
Einstellungszahlen 2010:	22
Hauptamtliches Lehrpersonal:	5

Im März 2010 haben 12 Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahn des gehobenen Dienstes, welche für eine Verwendung beim Geoinformationsdienst der Bundeswehr (GeoinfoDBW) vorgesehen sind, ihr Grundstudium mit einer dreiwöchigen Phase des Studienabschnittes „Laufbahntypische Bereiche der Aufgabenerfüllung“ am Fachbereich in Langen aufgenommen. Eine zweite Gruppe von 10 Studierenden (7 DWD, 3 GeoinfoDBW) startete mit dem entsprechenden Ausbildungsabschnitt im September 2010.

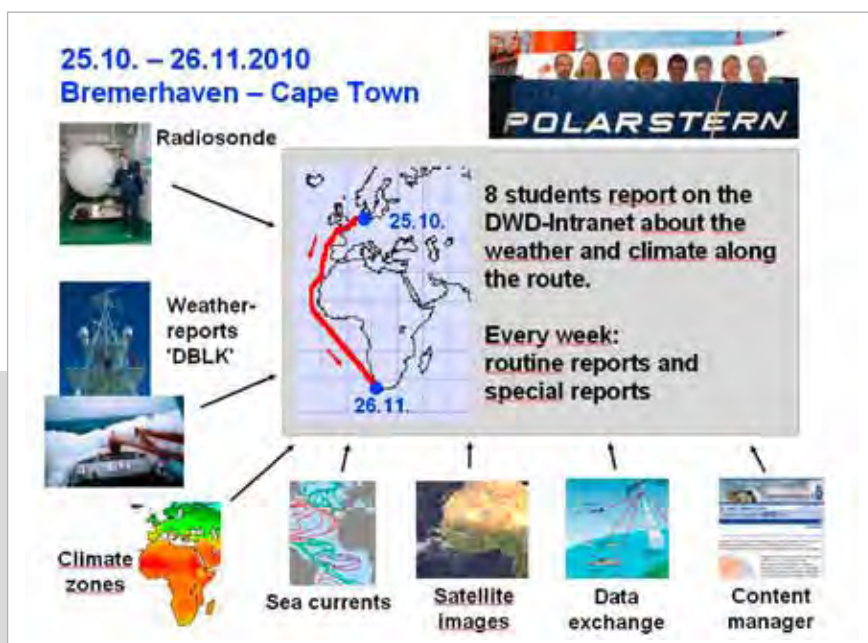
Im September 2010 haben 13 Studierende des Fachbereichs (8 DWD, 5 GeoinfoDBW) ihr Studium mit erfolgreicher Laufbahnprüfung abgeschlossen. Im Berichtszeitraum wurden 7 Kurse mit insgesamt 71 Studierenden an den beiden Standorten des Fachbereiches (Langen, Fürstenfeldbruck) von 5 hauptamtlich Lehrenden unterrichtet.

Im Februar 2010 wurde die Anzahl der hauptamtlich Lehrenden am Fachbereich Wetterdienst durch die Bestellung von ROI Michael Grünebaum zum hauptamtlich Lehrenden für besondere Aufgaben auf fünf erhöht.

Mitte Oktober 2010 unternahmen Studierende des FB, begleitet von zwei Dozenten, eine Exkursion nach Bremerhaven. Auf dem Programm stand u. a. der Besuch des For-

schungsschiffes „Polarstern“, welches zu dieser Zeit für eine Reise zum Südpol aufgerüstet wurde.

Mit der Abfahrt der „Polarstern“ zum Etappenziel Kapstadt am 25. Oktober 2010 begaben sich die Studierenden auf eine virtuelle Reise auf der „Polarstern“. Vom Standort des Fachbereichs in Langen aus hielten sie Verbindung mit dem DWD-Wetterbeobachter auf der „Polarstern“ und verfolgten die Fahrt des Forschungsschiffes bis zur Ankunft am Kap der guten Hoffnung am 26. November 2010. Die Aufgabe der Studierenden bestand darin, verschiedene Themen aus den Bereichen Wetter, Klima, Ozeanographie und Datenaustausch zu beschreiben und im Mitarbeiterportal des DWD zu veröffentlichen. Basis für zwei Berichte wöchentlich waren die Daten, welche der DWD-Wetterbeobachter an Bord lieferte. Die Studierenden ergänzten die Berichte durch Informationen, die ihnen durch die Beratungs- und Vorhersageinstrumente des DWD (zum Beispiel NinJo) zur Verfügung standen.



Außenbeziehungen

Im Februar und im März 2010 fand der zweiwöchige COSMO-User-Workshop (Nutzer der Ausschnittsmodelle des DWD) statt, den etwa 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt besuchten.

Ende April 2010 traf sich das Konsortium von EUMeTrain (Projekt zur Entwicklung von E-Learning-Material mit Schwerpunkt Satellitenmeteorologie) am Bildungs- und Tagungszentrum des Deutschen Wetterdienstes (BTZ).

Ferner fand im November 2010 die dritte internationale Schulung von NinJo-Entwicklern statt, zu der mehr als 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (aus Dänemark, Kanada, der Schweiz sowie der Bundeswehr und dem DWD) kamen.

Im November 2010 startete das zweite internationale Seminar zur Radarmeteorologie, an denen auch Kolleginnen und Kollegen des DWD teilnahmen. Bei diesen Seminaren werden Selbststudium, Fernunterricht sowie Präsenzphase optimal kombiniert; letztere wird Mitte Februar 2011 am BTZ stattfinden.

Zu EUMeTrain trug das BTZ durch die Entwicklung von Trainingsmodulen und durch Fernunterricht im Rahmen zweier Themenwochen (Schnee, Warnwesen) bei. Den Fernunterricht verfolgten einige hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Europa.

Der hauptamtlich Lehrende für besondere Aufgaben, Dipl.-Met. Udo Stengler, wurde für das laufende Wintersemester wieder mit einem Lehrauftrag an der Universität Frankfurt für das Fach „Synoptische Meteorologie“ betraut. Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs unterrichteten an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Rahmen von 5 Fortbildungsveranstaltungen das Fach Meteorologie.

Unter Mitwirkung von Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs startete im September 2010 am Bildungs- und Tagungszentrum des DWD in Langen eine Fortbildungsveranstaltung für Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen mit Abschluss Bachelor of Science. Die Veranstaltung soll als Pilotprojekt die Möglichkeit der Gewinnung von Wetterberaterinnen und Wetterberatern außerhalb der FH Bund einschätzen.

Praxiskontakte/Praxisaufenthalte/Weiterbildung von Dozenten

Auch im aktuellen Berichtsjahr haben Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs wieder an Tagungen und Seminaren hauptsächlich zu meteorologischen Themen teilgenommen. Aufgrund des weiterhin hohen Unterrichtsaufkommens waren im aktuellen Berichtsjahr keine längeren Praxisaufenthalte für Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs möglich.





Anlagen

Veröffentlichungen 2010

Die Angaben in diesem Verzeichnis wurden von der Autorin oder dem Autor selbstständig verfasst, für die Richtigkeit der Angaben sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Immer bestens informiert

Zentralbereich

RD Dr. Thomas Beck

Wege aus der Erstarrung/atlantische Partnerschaft in der Bewährung, neue Ansätze unter Obamas Präsidentschaft

Bundesministerium der Verteidigung, Bonn, 2010, „Innere Führung“, Nr. 1-2010, S. 31–36

Das Ende der Illusionen: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) nach Lissabon

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2010, (zusammen mit ORR Robert van Ooyen und Prof. Dr. Martin Möllers), Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2010/11, S. 325 ff., ISBN 978-86676-053-0

Transatlantische Beziehungen seit Amtsantritt Obamas

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2010, (zusammen mit ORR Robert van Ooyen und Prof. Dr. Martin Möllers), Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2010/11, S. 529 ff., ISBN 978-86676-053-0

Nordkorea: Fossil des Kalten Krieges im Umbruch

Bundesministerium der Verteidigung, Bonn, 2010, „Innere Führung“, Nr. 4-2010

Prof'n Dr. Yvonne Dorf

Kammerzwang im Binnenmarkt – Die IHK-Pflichtmitgliedschaft und das Europarecht

Boorberg Verlag, Stuttgart, 2010, PUBLICUS-Online-Magazin für das öffentliche Recht, S. 30–31

Huftechniker ohne schmiedetechnische Fertigkeiten

Maximilian Verlag, Hamburg, 2010, DVP, S. 104–110, ISSN 0945-1196

Prof'n JUDr. Ph. D. Daniela H. Heid

„Informationen und Neuerungen zum Lissabon-Vertrag“ für Studierende des Masterstudiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement (HWR Berlin, FH Bund, FHSV Saarbrücken, TH Wildau u. a.)

Lernplattform CLIX des Masterstudiengangs, Brühl, 2010,
Lernplattform CLIX (Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement)

Modul 3.2 (Lerninhalte 3.2.1., 3.2.2., 3.2.3., 3.2.4.) des Masterstudiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement (HWR Berlin, FH Bund, FHSV Saarbrücken, TH Wildau u. a.)

Lernplattform CLIX des Masterstudiengangs, Brühl, 2010,
Lernplattform CLIX (Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement)

RD Dr. Andreas Lamers

Manuskript, Brühl, 2010, IT-Multimedia: Datenbank-Erstellung und -Anwendung mit MS Access/Textverarbeitung mit MS Word (überarbeitete Auflage), 95 Seiten

Bericht über die Evaluation des Grundstudiums am Zentralbereich im Sommersemester 2008 und Wintersemester 2008/2009

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl, 2010, 166 Seiten

Laufbahntypische Bereiche der Aufgabenerfüllung – Lehrgebiet 6.6 – IT/Multimedia (17. überarbeitete Auflage)
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Manuskript, Brühl, 2010, 59 Seiten

Konsolidierung der Evaluation am Zentralbereich
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl, 2010, ca. 3 Seiten

Weiterentwicklung der Evaluation am Zentralbereich
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl, 2010, S. 52–58

Statistik für DWD-Kurse: Grundzüge der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Zweidimensionale Häufigkeitsverteilung, Regressions- und Korrelationsanalyse
 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
 Manuskript, Brühl, 2010, 81 Seiten

Prof'n Dr. jur. Sabine Leppek

Das Ernennungsrecht in Bundesbeamtengesetz und Beamtenstatusgesetz – Ernennung und Ernennungsfehler unter besonderer Berücksichtigung der Heilbarkeit von Formfehlern

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2010, Zeitschrift für
 Beamtenrecht (ZBR), Heft 12, S. 397–406,
 ISSN 0514-2571

Das Laufbahnrecht der Bundesbeamten – Loseblattkommentar zur Bundeslaufbahnverordnung (BLV)

Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg, 2010,
 (zusammen mit Lemhöfer), 28. Aktualisierung: Januar 2010,
 29. Aktualisierung: August 2010, 28. Aktualisierung: Neu-
 kommentierung §§ 6–9 (40 Seiten), 29. Aktualisierung:
 Neukommentierung §§ 27, 35–40, 54 f. (63 Seiten),
 ISBN 978-3-8073-0291-1

Prof. Dr. iur. Dipl.-Kfm. Thomas Sauerland

Wettbewerbsbeschränkungen und grunderwerbssteuerliche Bemessungsgrundlage

Verlag Stollfuß Medien, Bonn, 2010, Umsatz- und Verkehrs-
 steuer-Recht, Heft 5/2010, S. 157–159,
 ISBN 0935-7998

Die Dienstaufsichtsbeschwerde im Steuerrecht – Praktischer Umgang mit einem außerordentlichen Rechtsbehelf

Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, 2010, Der AO-Steuer-Berater,
 Heft 2/2010, S. 53–58,
 ISBN 1617-2272

Mitteilungspflichten der Bundesagentur für Arbeit bei privaten Jobvermittlern: Zugleich zur Reichweite der Mitteilungsverordnung

Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, 2010, Der AO-Steuer-Berater,
 Heft 8/2010, S. 253–255,
 ISBN 1617-2272

Anmerkungen zu FG Baden-Württemberg, Urteil vom 23.06.2010 – 1 K 4176/09: Völkerrechtliche Zulässigkeit der Festsetzung von Zwangsgeldern und Verspätungszuschlägen im Ausland

Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, 2010, Der AO-Steuer-Berater, Heft 12/2010, S. 361–363, ISBN 1617-2272

Anmerkungen zu BFH, Urteil vom 17.06.2010-III R 34/09, DStR 2010, 1718

C. H. Beck, München, 2010, Deutsches Steuerrecht, Heft 42/2010, S. 2118–2119, ISBN 0949-7676

Anspruch auf Kindergeld trotz Vollzeiterwerbstätigkeit

NWB Verlag, Herne, 2010, NWB Steuerrecht- und Wirtschaftsrecht, Heft 43/2010, S. 3444–3448, ISBN 0028-3460

Anspruch auf Kindergeld trotz Vollzeiterwerbstätigkeit

NWB Verlag, Herne, 2010, NWB Steuerrecht- und Wirtschaftsrecht, NWB Direkt, Nr. 43/2010, S. 1114 ISBN 1860-9449

Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Fahrzeuge im Katastrophenschutz

Verlag Stollfuß Medien, Bonn, 2010, Umsatzsteuer- und Verkehrssteuer-Recht, Heft 2/2010, S. 52–56, ISBN 0935-7998

Prof. Peter Schneider

Success and failure of PhD programs

Springer: Dordrecht, Heidelberg, London, New York, 2010, Governance and Performance in the German Public Research Sector, S. 107–123, ISBN 978-90-481-9138-3

Prof. Dr. Marc Wagner

Der praktische Fall: Betäubungsmittel zum Suizid? – Entgegnung auf Minelli

Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart, 2010, Verwaltungsrundschau (VR), Heft 6/2010, S. 208–209, ISSN 0342-5592

**Jubiläum eines institutionalisierten Unikums – 5 Jahre
Gemeinsame Projektgruppe Taschen- und Trickdieb-
stahl der Bundes- und Landespolizei in Köln**
Carl Heymanns Verlag, Köln, 2010, Die Polizei, Heft 8/2010,
S. 240–243,
ISSN 0032-3519

Der praktische Fall: Die Umweltprämie
Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart, 2010,
Verwaltungsrundschau (VR), S. 309–313,
ISSN 0342-5592

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

RD'n Dr. Rita Orlean

Klausur öffentliche Betriebswirtschaftslehre
Maximilian-Verlag, Hamburg, 2010, Deutsche Verwaltungs-
praxis (DVP), S. 33–36,
ISSN 0945-1196

YouTube: Studenten stellen ihre Fachhochschule vor
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Brühl, 2010, KreAtIV (Ausgabe Mai 2010)

RD Dr. Günter Schmidt

**Human Dignity and Social Security – Two Pillars of a Public
Sector Strategy for Overcoming Growing Global Inequality**
Proceedings of the IASIA Annual Conference 2010 Nusa Dua
Bali Indonesia, 2010, auch: www.fhbund.de

Fachbereich Bundespolizei

Prof'n Dr. Anke Borsdorff

Gesetzessammlung für die Bundespolizei
Lübecker Medien Verlag, Lübeck, 2010, (zusammen mit
RD Martin Kastner und PHK Christian Deyda), 1784 Seiten,
ISBN 978-3-941138

Modulwissen Einsatzrecht 1-Basisausbildung im modularisierten Studiengang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei – 1. Auflage

Lübecker Medien Verlag, Lübeck, 2010, (zusammen mit RD Martin Kastner), 288 Seiten,
ISBN 978-3-941138-13-1

Wörterbuch der Polizei

C. H. Beck, München, 2010, Stichwortbearbeitung Polizeirecht und Luftsicherheitsrecht, 300 Seiten, ISBN 978-3-406-59525-7

Musterklausuren Einsatzrecht für die Bundespolizei-Methodik der Fallbearbeitung, Aufbauschema und Klausuren mit Musterlösungen

Verlag Deutsche Polizeiliteratur, Hilden, 2010, (zusammen mit RD Martin Kastner), 452 Seiten,
ISBN 978-3801106386

Dr. jur. Erhard Huzel

Wörterbuch der Polizei, hrsgg. Von Martin Möllers, unter Mitwirkung Martin Kastner

2. Auflage (Beiträge der Bereiche Asylverfahrensrecht, Privatrecht, Ordnungswidrigkeitenrecht – jeweils komplett sowie Betäubungsmittelrecht und Recht des geistlichen Verfahrens [außer StPO])

C. H. Beck Verlag, München, 2010,
ISBN 978-3-406-59525-7

RD Martin Kastner

Gesetzessammlung für die Bundespolizei – Textsammlung für Ausbildung, Prüfung und Praxis – 3. Auflage

Lübecker Medien Verlag, Lübeck, 2010, (zusammen mit Prof'n Dr. Anke Borsdorff und PHK Christian Deyda), 1.784 Seiten,
ISBN 978-3-941138-100

Musterklausuren – Einsatzrecht für die Bundespolizei, Methodik der Fallbearbeitung, Aufbauschema und Klausuren mit Musterlösungen – 4. Auflage

Verlag Deutsche Polizeiliteratur, Hilden, 2010, (zusammen mit Prof'n Dr. Anke Borsdorff), 456 Seiten

Modulwissen Einsatzrecht 1 – Basisausbildung im modularisierten Studiengang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei – 1. Auflage

Lübecker Medien Verlag, Lübeck, 2010, (zusammen mit Prof'n Dr Anke Borsdorff), 288 Seiten, ISBN 978-3-941138-13-1

Wörterbuch der Polizei, hrsgg. von Martin Möllers, unter Mitwirkung von Martin Kastner

2. Auflage (634 Beiträge), C. H. Beck Verlag, München, 2010, 2.431 Seiten, ISBN 978-3-406-59525-7

Aktuelle strafrechtliche Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung – Neue Kronzeugenregelung, Verständigung im Strafverfahren, Lehre von den Beweisverboten (Buchbeitrag)

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2010, Möllers, Martin/van Ooyen, Robert (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, 1. Halbband, 35 Seiten von 423 Seiten, ISBN 978-3-86676-139-1

PÖR Jürgen Kepura

Deutsche Grenzsicherheit im entgrenzten Europa

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co. KG, 2010, Stuttgart, Deutsches Polizeiblatt, Ausgabe 3/2010, 28. Jahrgang, S. 2–5, ISSN 0175-4815

Rebel Clown Army – Kampfclowns oder Kreativität?

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co. KG, 2010, Stuttgart, Deutsches Polizeiblatt, Ausgabe 5/2010, 28. Jahrgang, S. 28–30, ISBN 0175-4815

Flashmobs – virtuell organisiert

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co. KG, 2010, Stuttgart, Publius, Der Online-Spiegel für das öffentliche Recht, Ausgabe 2/2010, www.publius-boorberg.de, S. 20–23

Prof. Dr. Martin H. W. Möllers

(Doppel-)Staat und Gruppeninteressen. Pluralismus-Parlamentarismus-Schmitt-Kritik bei Ernst Fraenkel
Verlag Nomos, Baden-Baden, 2009 (zusammen mit ORR Dr. Robert Chr. Van Ooyen), 271 Seiten,
ISBN 978-3-8329-4669-2

Die Traditionen politischer Kultur in Deutschland nach Ernst Fraenkel als (Vor-)Belastung des deutschen Parlamentarismus
Verlag Nomos, Baden-Baden, 2009, van Ooyen/Möllers (Hrsg.): (Doppel-)Staat und Gruppeninteressen. Pluralismus-Parlamentarismus-Schmitt-Kritik bei Ernst Fraenkel, 71 Seiten,
ISBN 978-3-8329-4669-2

Wörterbuch der Polizei
C. H. Beck Verlag, München, 2010, 2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 2.431 Seiten,
ISBN 978-3-406-59525-7

Diverse: 646 Stichwortbearbeitungen
C. H. Beck Verlag, München, 2010, 1.890 Seiten,
ISBN 978-3-406-59525-7

Parteiverbotsverfahren
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2010, herausgegeben zusammen mit ORR Dr. Robert Chr. van Ooyen, JBÖS-Sonderband 2, 226 Seiten,
ISBN 978-3-86676-116-2

Voraussetzungen, Ablauf und Rechtsfolgen von Parteiverbotsverfahren
Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2010, Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Parteiverbotsverfahren, JBÖS-Sonderband 2, 35 Seiten,
ISBN 978-3-86676-116-2

Extremisten vor dem Bundesverfassungsgericht
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl, 2010, Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 37 Seiten,
ISBN 978-3-938407-31-8

Die „Einkesselung“ des EGMR durch BVerfG und BGH bei der nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung. „Präventionshaft“ als Instrument grenzenloser Sicherheit?

C. H. Beck Verlag, München, 2010, Zeitschrift für Rechtspolitik (ZPR) 5/2010, S. 153–156,
ISSN 0514-6496

Parteiverbotsverfahren

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2010, 2., erweiterte Auflage, herausgegeben zusammen mit ORR Dr. Robert Chr. van Ooyen, JBÖS-Sonderband 2, 257 Seiten,
ISBN 978-3-86676-128-5

Prof. Dr. Andreas Peilert

Ministerialverwaltung; Instrumente der Selbstkontrolle der Verwaltung; Datenschutzkontrolle und Geheimnisschutz

C. H. Beck Verlag, München, 2010, Wolff, Hans Julius/Bachof, Otto/Stober, Rolf/Kluth, Winfried (Hrsg.), Verwaltungsrecht, Band 2, 7. Auflage München 2010, S. 440–450 und S. 893–903 und S. 903–909,
ISBN 978-3-406-58399-5

Aktuelle sicherheitsrechtliche Fragen zwischen staatlicher und privater Aufgabenerfüllung

Carl Heymanns Verlag, Köln, 2010, Peilert, Andreas/Müller, Martin/Kluth, Winfried (Hrsg.), Seite 146, ISBN 978-3-453-27402-1

Archiv für Kriminologie (Monatsschrift, Mitherausgeberschaft)

Schmidt Römhild, Lübeck, 2010,
ISSN 0003-9225

Rechtliche und organisatorische Instrumentarien von Unternehmen zum Schutz vor wirtschaftskriminellem Verhalten

Carl Heymanns Verlag, Köln, 2010, Peilert, Andreas/Müller, Martin/Kluth, Winfried (Hrsg.), Aktuelle sicherheitsrechtliche Fragen zwischen staatlicher und privater Aufgabenerfüllung, S. 15–37,
ISBN 978-3-453-27402-1

Kriminalbekämpfung durch die Vereinten Nationen
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Brühl, 2010, Peilert, Andreas (Hrsg.), Seite 685,
ISBN 978-3-938407-4

ORR Dr. Robert van Ooyen

Die Staatstheorien des Bundesverfassungsgerichts und Europa. Von Solange über Maastricht zu Lissabon,
3. Auflage
Nomos, Baden-Baden, 2010, 181 Seiten,
ISBN 978-3-8329-5260-0

Hans Kelsen und die offene Gesellschaft
Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2010, 190
Seiten,
ISBN 978-3-531-17423-5

Parteiverbotsverfahren, 2. Auflage
Verlag für Politikwissenschaften, Frankfurt a. M., 2010, 257
Seiten,
ISBN 978-3-86676-128-5

**„Zwei Senate in meiner Brust?“ Die „Vorratsdatenspei-
cherung“ im Spiegel bisheriger Europa-Rechtsprechung
des Bundesverfassungsgerichts**
Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin, 2010, Recht und Politik
2/2010, S. 94–102,
ISSN 0344-7871

**Das Bundesverfassungsgericht und der Parlamentsvor-
behalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr**
Verlag Oldenburg, München, 2010, in: Josef Bramel/Thomas
Risse/Eberhard Sandschneider (Hg.): Einsätze für den Frieden
und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit, Jahr-
buch Internationaler Politik der DGAP, Bd. 28, S. 359–367,
ISBN 978-3-486-58342-7

Das Amt des Bundespräsidenten
Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin, 2010, Recht und Politik
3/2010, S. 129–133,
ISSN 0344-7871

Realistische Demokratietheorie bei Gustav Radbruch und Richard Thoma im Kontext von Relativismus und Positivismus

Verlag Franz Steiner, Stuttgart, 2010, Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 3/2010, S. 420–426, ISSN 0001-2343

Homogenes Staatsvolk statt europäische Bürgerschaft: Das Bundesverfassungsgericht zitiert Heller, meint Schmitt und verwirft Kelsens postnationales Konzept demokratischer Rechtsgenossenschaft

Nomos, Baden-Baden, 2010, Marcus Llanque (Hrsg.): Souveräne Demokratie und soziale Homogenität. Das politische Denken Hermann Hellers, Reihe Staatsverständnisse Bd. 33, S. 261–275, ISBN 978-3-8329-5473-4

Wörterbuch der Polizei, 2. Auflage (Mitautor)

C. H. Beck Verlag, München, 2010, 2.431 Seiten, ISBN 978-3-406-59525

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, Erster Halbband

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2010/2011, 422 Seiten, ISBN 978-3-86676-139-1

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, Zweiter Halbband

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a. M., 2010/2011, 414 Seiten, ISBN 978-3-86676-140-7

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

RD Friedemann Daeges

Der praktische Fall: Die zurückziehende Beamtin

R. v. Decker Verlagsguppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 71–79, ISSN 0042-0611

ROAR'n Kerstin Gulla

Die Reform der Besoldung des Bundes durch das Dienstrechtsneuordnungsgesetz

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 41–50 und S. 361–373
ISSN 0042-0611

Professor Dr. mult. Kurt Guss

Wer im drüben fischt...

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 197–200,
ISSN 0042-0611

Ghandis Experimente

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 235–238,
ISSN 0042-0611

Sterben ist das Letzte!

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 313–317,
ISSN 0042-0611

Eine Gesellschaft Stachelschweine

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 350–355,
ISSN 0042-0611

Prof. Dr. Karl Heinz Hausner

Bildungsspezifische Problemstrukturen in Deutschland und Österreich sowie Lösungsansätze aus ökonomischer und fiskalischer Sicht (mit Robert Stölner)

Juventa Verlag, Weinheim, 2010, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 61. Jg., Heft 3, Juni 2010, S. 225–230,
ISSN 0342-2275

Der schwierige Ausstieg aus der expansiven Geld- und Finanzpolitik und die Stabilisierungswirkung der deutschen Arbeitslosenversicherung

Frankfurt School Verlag GmbH, Frankfurt a. M., 2010, Studienwerk der Bankakademie, Bd. Volkswirtschaft, Teil 3, Aktuelle Information, November 2010, S. 10-14

Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum – eine Bilanz der PISA-Studien und Konsequenzen für deutsche Bildungspolitik, Teil 1 (mit Robert Stölner)

R. v. Decker Verlagsgroupe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 441–448, ISSN 0042-0611

Prof. Dr. Horst Heubel

Das Widerspruchsverfahren – Ein Auslaufmodell?

R. v. Decker Verlagsgroupe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 241–245, ISSN 0042-0611

ROAR a. D. Horst Hopf

Begriffe der Logistik, Versorgung und Beschaffung in der Bundeswehr

R. v. Decker Verlagsgroupe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 37–40 und S. 192–196 und 269–278, ISSN 0042-0611

Nationale Vergaberechtsreform abgeschlossen

R. v. Decker Verlagsgroupe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 395–400, ISSN 0042-0611

Nationale Vergaberechtsreform abgeschlossen

R. v. Decker Verlagsgroupe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 448–460, ISSN 0042-0611

RD'n Dr. Beatrix E. Jansen

Die Aschewolke des Eyjafjalla-Vulkans

R. v. Decker Verlagsgroupe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 215–217, ISSN 0042-0611

Das befristete Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst

R. v. Decker Verlagsgroupe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 374–384, ISSN 0042-0611

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), 254 Seiten, ISBN 978-3-7685-0644-1

Prof'n Dr. Svenja Karb

Keine Kürzungsmöglichkeit von tariflicher Zulage bei vereinbarter Gleichstellung mit Vollzeitkraft (Urteilsbesprechung von LAG Hamm vom 30.09.2009; 2 Sa 1209/08)
C. H. Beck-Verlag, München, 2010, Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht (ÖAT), S. 63, ISSN 1869-9367

Enthält die Entgeltregelung des BAT unter Berücksichtigung der Tarifautonomie eine Diskriminierung jüngerer Arbeitnehmern? (BAG v. 20.05.2010; 6 AZR 148/09 A)
C. H. Beck-Verlag, München, 2010, Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht (ÖAT), S. 138, ISSN 1869-9367

Anforderungen an die Zustimmungsverweigerung des Personalrats bei einer Stufenzuordnung nach TVöD (VG Frankfurt v. 23.08.2010; 23 K 1647/10)
C. H. Beck-Verlag, München, 2010, Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht (ÖAT), S. 216, ISSN 1869-9367

ORR a. D. Peter Linde

Urlaub und Arbeitsbefreiung der Beschäftigten

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 29–37, ISSN 0042-0611

Grundlagen der Arbeitszeitgestaltung

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (UBWV), S. 101–114 und S. 182–192 und S. 259–268, ISSN 0042-0611

Prof. Dr. Rolf Manz**Angst und Aggression**

Universum Verlag, Wiesbaden, 2010, Praxisbuch psychischer Belastungen im Beruf, S. 341–354,
ISBN 978-3-89869-227-4

Burnout

Universum Verlag, Wiesbaden, 2010, Praxisbuch psychischer Belastungen im Beruf, S. 364–373,
ISBN 978-3-89869-227-4

Emotionsarbeit in Jobcentern

Klett-Verlag, Stuttgart, 2010, Trauma & Gewalt, S. 222–235,
ISSN 1863-7167

Programm Arbeit Rücken Gesundheit – Ein ganzheitliches Präventionsprogramm zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Berlin, 2010, Abschlussbericht Modellprojekt, 252 Seiten,
ISBN 978-3-00-031592-3

Befristete Arbeit im sozialen Spannungsfeld Jobcenter

Asanger, Kröning, 2010, 16. Workshop Psychologie der Arbeitssicherheit und Gesundheit, S. 263-266,
ISBN 978-3-89334-539-7

Neue Beschäftigungsformen – Bedeutung, Auswirkungen und präventive Potentiale in der Praxis der Unfallversorgungsträger

Asanger, Kröning, 2010, 16. Workshop Psychologie der Arbeitssicherheit und Gesundheit, S. 267-270,
ISBN 978-3-89334-539-7

Prof'n Dr. Ute Schäffer-Külz**IT-Unterstützung der Personalentwicklung**

Schäffer-Pöschel, Stuttgart, 2010, R. Bröckemann & M. Müller-Vorbrüggen (Hrsg.), Handbuch Personalentwicklung, S. 81–96,
ISBN 978-3-7910-2929-0

RD a. D. Wolfhart Schulz

Reisekosten im öffentlichen Dienst

R. v. Decker Verlagsgruppe, Heidelberg, 2010, 160 Seiten,
ISBN 3-768-52577-6

Prof'n Dr. Michaela Wittinger

Rezension zu: Pfeffer, Das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht

Kohlhammer, Stuttgart, 2010, Die öffentliche Verwaltung
(DÖV) 2010, S. 275,
ISSN 0029-859X

Fachbereich Finanzen

RD Matthias Bongartz

Kommentar zum Energiesteuer- und Stromsteuergesetz

Vahlen, München, 2010, 4. EL, 50 Seiten,
ISBN 978-3-8006-3501-6

RR Torsten Brandenburg

Arbeits- und Organisationspsychologie

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 2010, Uwe Peter
Kanning, Lutz von Rosenstiel & Heinz Schuler (Hrsg.), Jen-
seits des Elfenbeinturms. Psychologie als nützliche Wissen-
schaft, 400 Seiten,
ISBN 978-3525404263

RR'n Mareike Florax

The influence of presentation format and subject com- plexity on learning from illustrated texts in biology

International Society of the Learning Sciences, Chicago,
2010, Florax, M. & Plötzner, R., The influence of presentation
format and subject complexity on learning from illustrated
texts in biology. In K. Gomez, L. Lyons & J. Radinsky (Eds.),
Proceedings of the Ninth International Conference of the
Learning Sciences, Vol. I, pp. 17–24

RR Heinz-Gerd Görtz**Übliche Behandlungen und ihre Auswirkungen im Zoll-lagerrecht**

Bund der Deutschen Zollbeamten, Berlin, 2010, BDZ Maga-
zin, 7 Seiten

ORR Arnd Hilwig**Entwicklung und Perspektiven des Mindestlohnes in
Deutschland**

Bund der Deutschen Zollbeamten, Berlin, 2010, BDZ Fachteil,
4/2010, S. 17–24

ORR Dirk Jansen**Der Versandhandel vor und nach dem 4. Gesetz zur
Änderung der Verbrauchsteuergesetze**

Stollfuß Medien, Bonn, 2010, Zeitschrift für Zölle- und Ver-
brauchsteuern (ZfZ), Heft April, S. 88–94, ISSN 0342-3484

**Änderungen im Energie- und Stromsteuerrecht zum
Jahr 2011 (Co-Autor)**

Stollfuß Medien, Bonn, 2010, Zeitschrift für Zölle- und Ver-
brauchsteuern (ZfZ), Heft November, S. 286–293,
ISSN 0342-3484

Prof. Dr. Martin Kersting**General mental ability, narrower cognitive abilities, and
job performance: The perspective of the nested – factors
model of cognitive abilities**

John Wiley and Sons, Hoboken, NJ, 2010, Lang J. W.,
Hülsheger U. R. & Lang J. (Hrsg.), Personnel Psychology 63,
S. 595–640,
ISSN 0031-5826

**Tests und Persönlichkeitsfragebogen in der Personal-
abteilung**

Deutsche Gesellschaft für Personalführung, Düsseldorf,
2010, Personalführung 10/2010, S. 20–31, ISSN 0723-3868

Range shrinkage of cognitive ability test scores in applicant pools for German governmental jobs: Implications for range restriction corrections

John Wiley and Sons; Hoboken, NJ, 2010, Lang J. W., Hülshager U. R. & Lang J. (Hrsg.), International Journal of Selection and Assessment 18, S. 321–328,
ISSN 1468-2389

Einstellung von Psychologinnen und Psychologen in Deutschland zu Tests

Deutscher Psychologen Verlag, Bonn, 2010, Hagenmeister C., Lang F. (Hrsg.), Report Psychologie 35, S. 428–439,
ISSN 1468-2389

Akzeptanz von Assessment Centern: Was kommt an und worauf kommt es an?

Pabst Science Publishers, Lengerich, 2010, Wirtschaftspsychologie 12, S. 58–65,
ISSN 1615-7729

TBS-TK: Testbeurteilungssystem des Testkuratoriums der Föderation Deutscher Psychologenvereinbarungen. Revidierte Fassung vom 9. September 2009

Hogrefe, Göttingen, 2010, Hagenmeister C., Hellfritsch L., Hornke L. F., Kubinger K., Lang F., Moosbrugger H., Reimann G., Westhoff K. (Hrsg.), Psychologische Rundschau, S. 52–56,
ISSN 0033-3042

Diagnostische Fortbildung am Beispiel des Trainings zur Eignungsbeurteilung nach DIN 33430

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 2010, in U. P. Kanning, L. v. Rosenstiel & H. Schuler (Hrsg.), Jenseits des Elfenbeinturms. Psychologie als nützliche Wissenschaft, S. 223–240,
ISBN 978-3-525-40426-3

Qualitätsstandards (für Eignungsbeurteilungen)

Pabst Science Publishers, Lengerich, 2010, in K. Westhoff et al. (Hrsg.), Grundwissen für die berufsbezogene Eignungsbeurteilung nach DIN 33430 (3. neubearbeitete Auflage), S. 22–36,
ISBN 978-3-89967-561-0

Einsatzmöglichkeiten von Verfahren und Geltungsbereiche von Eignungsbeurteilungen

Pabst Science Publishers, Lengerich, 2010, in K. Westhoff et al. (Hrsg.), Grundwissen für die berufsbezogene Eignungsbeurteilung nach DIN 33430 (3. neubearbeitete Auflage), S. 211–219,
ISBN 978-3-89967-561-0

Qualitätssichernde und qualitätsoptimierende Maßnahmen (der Eignungsbeurteilung)

Pabst Science Publishers, Lengerich, 2010, in K. Westhoff et al. (Hrsg.), Grundwissen für die berufsbezogene Eignungsbeurteilung nach DIN 33430 (3. neubearbeitete Auflage), S. 220–231,
ISBN 978-3-89967-561-0

Grundwissen für die berufsbezogene Eignungsbeurteilung nach DIN 33430 (3. neubearbeitete Auflage)

Pabst Science Publishers, Lengerich, 2010, Westhoff K., Hagemeister C., Lang F., Moosbrugger H., Reimann G., Stemmler G. (Hrsg.), 280 Seiten,
ISBN 978-3-89967-561-0

Personalauswahl: Methoden für erfolgreiche Unternehmen

Deutscher Psychologenverlag, Berlin, 2010, Psychologische Expertise für erfolgreiches Unternehmertum in Deutschland, S. 57–65,
ISBN 978-3-931589-94-3

Testmanuale/Verfahrenshinweise zum START-P. Berufsbezogener Persönlichkeitstest für Jugendliche und junge Erwachsene

Hogrefe, Göttingen, 2010, 94 Seiten,
ISBN 01-312-02

Prof. Dr. Kai-Uwe Kock

Rechtsquellen des Zolltarifrechts

Bund der Deutschen Zollbeamten, Berlin, 2010, BDZ Fachteil, S. 39–40, S. 51–56

Dr. jur. Benjamin Küchenhoff

Beamte und Hochschullehrer – Verlierer der Föderalismusreform?

Logos Verlag, Berlin, 2010, (Autoren: Lothar Knopp, Wolfgang Schröder unter Mitarbeit von Benjamin Küchenhoff), 250 Seiten, ISBN 78-3-8325-2071-7

Brandenburgisches Hochschulgesetz – Kommentar

Nomos Verlag, Baden-Baden, 2010, Lothar Knopp und Franz-Joseph Peine (Hrsg.), Kommentierung der §§ 65–74, 76–80 BbgHG, zusammen mit Wolfgang Schröder, ca. 80 Seiten, ISBN 978-3-8329-5310-2

Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Mischverwaltung

Nomos Verlag, Baden-Baden, 2010, 203 Seiten, ISBN 978-3-8329-5337-9

Dürfen Strafverfolger gestohlene Daten ankaufen?

Nomos Verlag, Baden-Baden, 2010, Neue Justiz 8/2010, 4 Seiten

Kauf geklauter Steuerdaten: Straftat oder Strafverfolgung?

Telemedicus e. V., Münster, 2010, www.telemedicus.info/article/1640-Kauf-geklauter-Straftat-oder-Strafverfolgung.html

RR'n Dr. Barbara Neubach

Selbstkontrollanforderungen bei der Arbeit. Fragebogen zur Erfassung eines bislang wenig beachteten Belastungsfaktors

Hogrefe, Göttingen, 2010, Diagnostica, 65, 11 Seiten, ISSN 0012-1924

RR Dr. Malte L. Peters

Performance Measurement mithilfe des Operational Competitiveness Ratings (OCRA)

Vahlen, München, 2010, Zelewski S. (Autorin), Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 5, S. 224–229, ISSN 0340-1650

Fair distribution of efficiency gains in supply networks from a cooperative game theory point of view

IGI Global, Hershey, Pennsylvania (USA), 2010, Zelewski S. (Autorin), International Journal of Information Systems and Supply Chain Management, No. 2, S. 1–24

Fallstudie zu PORTERS generischen Wettbewerbsstrategien im Kontext nachhaltigen Wirtschaftens

Arbeitsgericht Nr. 37, Institut für Produktion und Industrielles Informationsmanagement, Universität Duisburg-Essen, 2010, Zelewski S. (Autorin), 13 Seiten

Analyse der Effizienzentwicklung von Bankfilialen mithilfe des Operational Competitiveness Ratings (OCRA)

Arbeitsgericht Nr. 36, Institut für Produktion und Industrielles Informationsmanagement, Universität Duisburg-Essen, 2010, Zelewski S. (Autorin), 15 Seiten

RR'n Regina Preiß

Voraussetzungen der strafbefreienden Selbstanzeige
Bundesanzeiger Verlag, Köln, 2010, AW Prax, 9/2010, 3 Seiten, ISSN 0947-3017

RR Dr. Tobias Ringeisen

Prüfungsangstfragebogen (PAF)

Hogrefe, Göttingen, Frühjahr 2011, (Co-Autoren: Prof. Dr. Volker Hodapp und Prof'n Dr. Sonja Rohrmann), ca. 200 Seiten

Capturing the multidimensionality of the test anxiety in cross-cultural research: Adaptations of the German Test Anxiety Inventory

Cognition, Brain, Behavior: An interdisciplinary Journal, 4. Ausgabe, 2010, (Co-Autoren: Prof'n Dr. Petra Buchwald und Prof. Dr. Volker Hodapp), S. 347–364, ISSN 1224-8398

Test anxiety and positive and negative emotional states during an examination

Cognition, Brain, Behavior: An interdisciplinary Journal, 4. Ausgabe, 2010, (Co-Autorin: Prof'n Dr. Petra Buchwald), S. 431–447, ISSN 1224-8398

**Nutzen Sie kollegiale Beratung zur Teamentwicklung –
So lösen Sie interkulturelle Konflikte erfolgreich**

Raabe, Stuttgart, 2010, U. Braun, M. Mienert, S. Müller & H. Vorholz (Hrsg.), Band B des Buches, S. 45–63

**Kompetenzzuwachs im Selbstbericht: Adaptation eines
Instrumentes zur Evaluation von Führungskräfte-
trainings**

Shaker Verlag, Aachen, Frühjahr 2011, M. Krämer, S. Preiser & K. Brusdeylins (Hrsg.), (Co-Autoren: RR'n Dr. Barbara Neubach, RR'n Mareike Florax und Prof. Dr. Martin Kersting), Band VIII einer Buchserie, 20 Seiten

Sandra Rinnert

Die Verhinderung von Produktpiraterie

Bundesanzeiger Verlag, Köln, 2008, Praxishandbuch Export- und Zollmanagement, 54 Seiten, ISBN 978-3-89817-582-1

Die Verhinderung von Produktpiraterie

Bundesanzeiger Verlag, Köln, 2008, Praxishandbuch Internationale Geschäfte, 54 Seiten, ISBN 978-3-89817-434-3

Die Verhinderung von Produktpiraterie

Bundesanzeiger Verlag, Köln, 2008, Praxishandbuch Internationales Know-How, 54 Seiten, ISBN 978-3-89817-581-4

Richard Stüwe

Allgemeines Verwaltungsrecht

NWB Herne/Berlin, 2010, (Kock/Stüwe, Wolfgang/Zimmermann, Öffentliches Recht und Europarecht, 5. Auflage), 140 Seiten,
ISBN 978-3-482-48345-5

Kommentierung Zolllager (Art. 98 – 113 ZK)

Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, 2010, AO FGO Kommentar (Loseblattsammlung), 60 Seiten,
ISBN 978-3-504-22084-6

Kommentierung Vorübergehende Verwendung (Art. 137 – 144 ZK)

Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, 2010, AO FGO Kommentar (Loseblattsammlung), 50 Seiten,
ISBN 978-3-504-22084-6

Fälle zum Europäischen Zollrecht

NWB Herne/Berlin, 2010, Witte/Henke (Hrsg.), Fallsammlung Europäisches Zollrecht, 3. Auflage, 10 Seiten, ISBN 978-3-482-47843-7

Der Spediteur und der Zoll

Deutscher Verkehrs-Verlag, Hamburg, 2010, Lorenz-Leitfaden für Spediteure und Logistiker in Ausbildung und Beruf, 17. Auflage, 73 Seiten, ISBN 978-3-87154-400-2

Praxisfragen in verwaltungsrechtlichen Klausuren des Grundstudiums an der FH Bund-Fachbereich Finanzen
BDZ, Berlin, 2010, BDZ Magazin 12, 5 Seiten

Prof. Dr. Peter Witte**Outsourcing im Zollrecht**

Bundesanzeiger, Köln, 2010, AW-Prax-Außenwirtschaftliche Praxis, Sonderheft, 4 Seiten, ISSN 0947-3017

Ausfuhrkodierung nach aktiver Veredelung

Bundesanzeiger, Köln, 2010, AW-Prax-Außenwirtschaftliche Praxis, Heft 7, 4 Seiten, ISSN 0947-3017

Summarische Eingangsanmeldung und vorschriftswidriges Verbringen

Bundesanzeiger, Köln, 2010, AW-Prax-Außenwirtschaftliche Praxis, Teil 1 Heft 6, Teil 2 Heft 7, 10 Seiten, ISSN 0947-3017

(K)eine Entlassung aus der Gesamtschuld?

Bundesanzeiger, Köln, 2010, (gemeinsam mit Dr. Walter Summersberger), AW-Prax-Außenwirtschaftliche Praxis, Heft 3, 5 Seiten, ISSN 0947-3017

Versagung der Bestimmung eines Zollflughafens

Bundesanzeiger, Köln, 2010, (gemeinsam mit Dipl.-Jur. Karina Witte, L L. M.), AW-Prax-Außenwirtschaftliche Praxis, Heft 8, 4 Seiten, ISSN 0947-3017

Nacherhebung, rechtliches Gehör und Eigenmittel
Bundesanzeiger, Köln, 2010, (gemeinsam mit Dipl.-Jur.
Karina Witte, L L. M.), AW-Prax-Außenwirtschaftliche Praxis,
Heft 10, 4 Seiten,
ISSN 0947-3017

Zollschuld bei verspäteter Abrechnung der aV
Bundesanzeiger, Köln, 2010, AW-Prax-Außenwirtschaftliche
Praxis, Heft 10, 3 Seiten,
ISSN 0947-3017

Fälle zum Europäischen Zollrecht
Verlag Neue Wirtschaftsbrieft, Herne, 2011, Witte/Henke
(Hrsg.), Fallsammlung Europäisches Zollrecht, 50 Seiten,
ISBN 978-3-482-47843-7-3

Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter
Bundesanzeiger, Köln, 2010, Witte (Hrsg.), Praxishandbuch,
Export- und Zollmanagement (13. Aktualisierung), 90 Seiten,
ISBN 978-3-8917-582-1

Prof. Dr. Heiko Zimmermann

Recht der Europäischen Union
Nwb Verlag, Herne, 2010, Öffentliches Recht und Europa-
recht, ca. 150 Seiten,
ISBN 978-3-482-61741-5

Einführung; Fälle zum Zollwertrecht
Nwb Verlag, Herne, 2010, Fallsammlung Zollrecht, ca. 50
Seiten,
ISBN 978-3-482-47843-7

Fachinformationen Zoll
Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg, 2010, PC Warenverkehr
Ausfuhr mit Ausfallkonzept, ca. 200 Seiten, ISBN 978-3-7825-
0401-0

Fachinformationen Zoll
Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg, 2010, PC Einfuhr und
passive Veredelung, ca. 200 Seiten,
ISBN 978-3-7825-0406-5

Der zugelassene Wirtschaftsbeteiligte

Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg, 2010, Müller-Eiselt/Vonderbank, EG Zollrecht, Zollwertrecht, ca. 200 Seiten, ISBN 978-3-8114-3666-4

Art. 166 ff ZK

Stollfuß Verlag, Bonn, 2010, Dorsch, Zollrecht, Kommentar, ca. 50 Seiten, ISBN 978-3-8114-3666-4

Fachbereich Kriminalpolizei**KK Stan Berger****Joint Investigation Teams (JIT)**

International Police Training Journal, France (Lyon), 4 Seiten

Prof. Dr. Marc Colussi**Kapitalmarktstrafrecht – Insiderhandel und Marktmanipulation**

Peter Lang, Frankfurt a. M., 2010, 165 Seiten, ISBN 978-3-631-61204-0

Einführung in das Recht

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl, 2010, 103 Seiten

Das Problem des Kausalitätsnachweises in komplexen Ermittlungs- und Strafgerichtsverfahren

Kriminalistik, Heidelberg, 2010, Seite 473 ff., ISSN 0023-4699

KOR Heiko Schneider**Instrumentalisierung des Internets für Zwecke des islamistischen Terrorismus**

Kriminalistik, Heidelberg, 2010, 4 Seiten, ISSN 0023-4699

ORR'n Friederike Rauschenberg**Der Lauschangriff in Besucherräumen**

Kriminalistik, Heidelberg, 2010, ISSN 0023-4699

Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Ltd. VerwD Ass. Jur. Karl Friedrich Köhler

**Ehrenamtliche Richter in den öffentlich-rechtlichen
Gerichtsbarkeiten – Bewahrung durch Modernisierung**
Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin, 2010, Richter ohne
Robe, H. 4/210, S. 132 f., 2 Seiten,
ISSN 2190-345X

**Die Verbände und Einrichtungen der freien Wohlfahrts-
pflege – Mitgestalter des sozialen Netzes zwischen Markt
und Staat**

Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversiche-
rung, Kassel, 2010, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft
H. 4/2010, 30 Seiten

**Rechtsschutz bei überlangen (sozial)gerichtlichen Ver-
fahren**

Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversiche-
rung, Kassel, 2010, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft
H. 2/2010, S. 179 ff., 24 Seiten

**Die Bestandsschutzgarantie des § 48 Abs. 3 SGB X – Ein
Auffangtatbestand im Lichte der neueren Rechtspre-
chung**

Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversiche-
rung, Kassel, 2010, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft
H. 3/2010, 25 Seiten

**E-Government im Rechtsbehelfsverfahren der Sozialver-
sicherung – Vom elektronischen Verwaltungsakt über
den elektronischen Widerspruch zur elektronischen
Klage**

Spitzenverband der Landwirtschaftlichen Sozialversiche-
rung, Kassel, 2010, Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft
H. 1/2010, S. 35 ff., 30 Seiten

**Die Beratungshilfe im sozialrechtlichen Widerspruchs-
verfahren – unter besonderer Berücksichtigung der neu-
eren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts**
Luchterhand, Neuwied, 2010, Zeitschrift für Sozialhilfe und
Sozialgesetzbuch, ZFSH/SGB H. 11/2010, S. 645 ff., 12 Seiten,
ISSN 0724-4711

Die reformatio in peius im sozialrechtlichen Widerspruchsverfahren – unter besonderer Berücksichtigung des Anhörungsgebots

Luchterhand, Neuwied, 2010, Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch, ZFSH/SGB H. 2/2010, S. 78 ff., 10 Seiten, ISSN 0724-4711

Prozessführungsbefugnis und Klagerecht der Verbände behinderter Menschen nach SGB IX und Behindertengleichstellungsgesetz

Luchterhand, Neuwied, 2010, Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch, ZFSH/SGB H. 1/2010, S. 19 ff., 10 Seiten

Heilung behördlicher Anhörungsfehler im sozialgerichtlichen Verfahren

Asgard Verlag, St. Augustin, 2010, Wege zur Sozialversicherung H. 10/2010, S. 296 ff., 10 Seiten

Gesetzeskommentar, Kommentierung der §§ 2 Abs. 1 Nr. 5, 54–55 a, 80 a, 93, 119–119 a, 121–124, 130–133, 138–143, 143 a–i, 175, 182–184, 187 a, 191–198, 204–205, 221–221 b
Nomos, Baden-Baden, 2010, Becker/Franke/Molkentin (Hrsg.), Sozialgesetzbuch VII-Gesetzliche Unfallversicherung, 3. Auflage, ca. 120 Seiten, ISBN 978-3-8329-1007-5

Gesetzeskommentar, Kommentierung der §§ 94–96, 99–103, 144–149a, 171–173, 184 a-d, 188–190, 209–217, 218 a, 218 c, 219 a SGB VII

Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2010, Hauck/Noftz (Hrsg.), Sozialgesetzbuch-SGB VII, ca. 150 Seiten, ISBN 978-3-505-04026-1

**Fachbereich Nachrichtendienste –
Abteilung Bundesnachrichtendienst**

Prof. Dr. Andreas Michael Mark

Business Profiling – Die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen und deren Bedeutung für Interaktionen im wirtschaftlichen Bereich

BOD, Norderstedt, 2010, Wirtschaftspsychologie Band 2, 340 Seiten, ISBN 978-3-8391-9124-8

Wahrnehmung, Stress und Stressbewältigung

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Brühl, 2010, Beiträge zur inneren Sicherheit – Nachrichten-
dienstpsychologie 5, S. 74–88,
ISBN 978-3-938407-36-3

Das Problem der projektiven Beurteilungsdiskrepanz

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Brühl, 2010, Beiträge zur inneren Sicherheit – Nachrichten-
dienstpsychologie 5, S. 121–128,
ISBN 978-3-938407-36-3

Perspektivwechsel als Grundlage erfolgreicher interkul- tureller Kommunikation

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Brühl, 2010, Beiträge zur inneren Sicherheit – Nachrichten-
dienstpsychologie 5, S. 140–148,
ISBN 978-3-938407-36-3

Kritik und Remonstration als Instrumente der Risiko- minimierung

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Brühl, 2010, Beiträge zur inneren Sicherheit – Nachrichten-
dienstpsychologie 5, S. 175–184,
ISBN 978-3-938407-36-3

Fachbereich Nachrichtendienste – Abteilung Verfassungsschutz

Prof. Dr. Raimund Jokiel

Islamische Selbstmordattentäter: Psychopathologische Aspekte

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Brühl, 2010, Jokiel, Wiesen & Mark: Nachrichtendienstpsy-
chologie 5, S. 41–56,
ISBN 978-3-938407-36-3

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugher

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung
2009/2010, Brühl 2010, (Hrsg.)

Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen 2010, (Hrsg. mit Thomas Grumke)

Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde der Freiheit. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien
Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, Seiten 9-32

Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge
Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Seiten 61-86

Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs
Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Seiten 273-300

Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und „Islamophobie“. Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das „Antimuslimismus“-Konzept
Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Seiten 604-628

Analysekompetenz und Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes. Notwendigkeiten für den Demokratieschutz und Voraussetzungen für ihre Umsetzbarkeit
Thomas Grumke/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen 2010, Seiten 15-32

Der „alte“ und der „neue“ Terrorismus. Das Gefahrenpotential politisch motivierter Gewalt im Vergleich
SIK-Journal, 7. Jg., Nr. 2/2010, Seiten 89-98

Sind Antisemitismus und „Islamophobie“ vergleichbar?
Vorgänge, 49. Jg., Nr. 190 vom Juni 2010, Seiten 123-134

Ist der Atheismus auch eine Religion? Zu einigen kritikwürdigen Strukturmerkmalen in der Religionskritik
Helmut Fink (Hrsg.), Der neue Humanismus. Wissenschaftliches Menschenbild und säkulare Ethik, Aschaffenburg 2010, Seiten 175-192

„Bausteine“ zu einer kritischen Theorie über Religion. Eine Aufarbeitung und Systematisierung aus atheistischer Perspektive
Aufklärung und Kritik, 17. Jg., Nr. 3/2010, Seiten 136-152

Antike Philosophen als Kritiker des Christentums. Eine Fallstudie zu Celsus, Porphyrios und Julian, Aufklärung und Kritik
17. Jg., Nr. 4/2010, Seiten 133-146

Anarchismus
Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei, 2. Auflage, München 2010, Seiten 83 f.

Antisemitismus
Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei, 2. Auflage, München 2010, Seite 113

Attac
Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei, 2. Auflage, München 2010, Seiten 157 f.

Autonome
Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei, 2. Auflage, München 2010, Seiten 210 f.

Deutsche Kommunistische Partei
Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei, 2. Auflage, München 2010, Seiten 454 f.

Deutsche Volksunion
Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei, 2. Auflage, München 2010, Seiten 461 f.

Extremismus
Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei, 2. Auflage, München 2010, Seiten 646 f.

Faschismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 667 f.

Fundamentalismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 748 f.

Kommunismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1091 f.

Kommunistische Partei Deutschlands

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1092 f.

Linksterrorismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1197 f.

Marxismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seite 1224

Marxismus-Leninismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1224 f.

Marxistische Gruppe

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1225 f.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten. 1226 f.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1309 f.

Nationalismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1311 f.

Nationalsozialismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1313 f.

Neonazismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1320 f.

Neue Linke

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1321 f.

Neue Rechte

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1322 f.

Rassismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1541 f.

Rechtsterrorismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seite 1592

Skinheads

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1781 f.

Sozialdarwinismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1797 f.

Sozialismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1801 f.

Terrorismus

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1953 f.

Trotzkisten

Martin H. W. Möllers (Hrsg.), Wörterbuch der Polizei,
2. Auflage, München 2010, Seiten 1987 f.

Für Differenzierung in der Vorurteilsforschung. Ein Beitrag zur Debatte über einen Vergleich von Antisemitismus und „Islamophobie“

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8824, 15. Februar 2010

Wie hältst Du es mit dem Islam und den Muslimen? Zwölf Thesen zu einer neuen „Gretchenfrage“ aus Sicht des säkularen Humanismus

Diesseits, Nr. 90/2010, Seiten 17-19

Religionskritiker I: Antike und Mittelalter

Humanistischer Pressedienst, Nr. 9023 ,11. März 2010

Religionskritiker II: Neuzeit

Humanistischer Pressedienst, Nr. 9059, 16. März 2010

Religionskritiker III: 20. und 21. Jahrhundert

Humanistischer Pressedienst, Nr. 9086, 19. März 2010

Wegbereiter der Nationalsozialisten

Blick nach Rechts, 26. März 2010

Das Gewaltverständnis der Autonomen. 20 Thesen zu Besonderheiten, Funktionen, Selbstverständnis und Vermittlung

Freiheit und Recht, Nr. 2, Juni 2010, Seiten 16 f.

Gleichsetzung und Vergleich sind nicht das Gleiche

Der Freitag, Nr. 27, 8. Juli 2010, Seite 15

Kritik ist nicht gleich Kritik

Die Tageszeitung, 16. Juli 2010, Seite 12

Atheismus als Gegensatz der Religionen. Definition, Formen, Politik, Organisationen

Forum Politikunterricht, Nr. 2, Juli 2010, Seiten 28-31

Das Scheitern der Gottesbeweise

Karsten Kramptiz/Uwe von Seltmann (Hrsg.), Leben mit und ohne Gott. Beiträge zur inneren Sicherheit, München 2010, Seiten 111-117

Atheismus und Religionskritik. Im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus

Diesseits, Nr. 92/2010, Seiten 22 f.

Wie steht es mit Demokratie und Freiheit? Kritische Anmerkungen zum Programmmentwurf der Partei „Die Linke“ (2010)

Liberal, Nr. 3, September 2010, Seiten 28-31

Das reine Ressentiment

Die Tageszeitung, 20. September 2010, Seite 12

Martin Luther

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10537, 29. Oktober 2010

„Verstehen und nicht verzeihen“. Cordelia Edvardson, Gebranntes Kind sucht das Feuer, München 2008; Cordelia Edvardson, Wenn keiner weiter weiß, München 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8516, 6. Januar 2010

Mächtig, aber nicht allmächtig. Peter Rudolf, Das „neue“ Amerika, Frankfurt/M. 2009

Rheinischer Merkur, Nr. 2, 14. Januar 2010, Seite 6

Die Menschenrechte sind unteilbar. Alfred Grosser, Von Auschwitz nach Jerusalem, Reinbek 2009

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8622, 20. Januar 2010

Feindbild Moslem!? Kay Sokolowsky, Feindbild Moslem, Berlin 2009

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8643, 22. Januar 2010

Die „Religionisierung“ von Konflikten. Mark Juergensmeyer, Die Globalisierung religiöser Gewalt, Hamburg 2009

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8674, 26. Januar 2010

Der Überfall

Jochen Böhrer, , Frankfurt/M. 2009, Osteuropa, Nr. 1, Januar 2010, Seiten 153 f.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Frankfurt/M. 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8733, 3. Februar 2010

Forschungsstand Islamfeindlichkeit, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Islamfeindlichkeit, Wiesbaden 2009

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8786, 10. Februar 2010

Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18, Berlin 2009

Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Folge 195, März 2010, Seiten 8 f.

Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich, Berlin 2009

Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Folge 195, März 2010, Seiten 9 f.

Wolfgang Schieder, Faschistische Diktaturen, Göttingen 2009

Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Folge 195, März 2010, Seiten 10 f.

Jahrbücher zum Terrorismus. Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2006-2009, Opladen 2007-2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8883, 22. Februar 2010

Religion und Weltanschauung in der Gesellschaft. Gerhard Czermak, Religion und Weltanschauung in Gesellschaft und Recht, Aschaffenburg 2009

Diesseits, Nr. 90/2010, Seite 37

Paradigma der Unschuld. Michael Schmidt-Salomon, Jenseits von Gut und Böse, München 2009

Liberal, Nr. 1, Februar 2010, Seiten 85-88

Antisemitismus als negative Leitidee, in: Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, Frankfurt/M. 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 8980, 5. März 2010

Methodisch reflektiert. Peter Ullrich, Die Linke, Israel und Palästina, Berlin 2008

Tribüne, Nr. 193/2010, Seite 200

Islamophobie in Österreich. John Bunzl/Farid Hafez (Hrsg.), Islamophobie in Österreich, Innsbruck 2009

Humanistischer Pressedienst, Nr. 9074, 18. März 2010

Befreiung von den „Übervätern“. Necla Kelek, Himmelsreise, Köln 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 9124, 24. März 2010

Ungleichheit und gesellschaftliche Probleme. Richard Willinson/Kate Pickett, Gleichheit ist Glück, Berlin 2009
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9143, 25. März 2010

Schlimmer als Krieg. Daniel Jonah Goldhagen, Schlimmer als Krieg, München 2009
SIAK-Journal. Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, Nr. 1/2010, Seiten 84-86

Fragmente des Kommunismus: Terror und Utopicum. Gerd Koenen, Was war der Kommunismus?, Göttingen 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9206, 2. April 2010

Das historische Gedächtnis ärmerer Länder. Jean Ziegler, Der Hass auf den Westen, München 2009
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9228, 6. April 2010

Was ist „Orient“ – Was ist „Westen“? Iman Attia, Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes, Bielefeld 2009
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9235, 7. April 2010

Entstehung des Antisemitismus in der Antike, in: Peter Schäfer, Judenhass und Judenfurcht, Frankfurt/M. 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9269, 12. April 2010

Nach dem Islamismus? Werner Schiffauer, Nach dem Islamismus, Frankfurt/M. 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9285, 14. April 2010

Eine kurze Geschichte der RAF. Michael Sontheimer, „Natürlich kann geschossen werden“, München 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9292, 15. April 2010

Ben Kiernan, Erde und Blut, München 2009
Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 58. Jg., Nr. 4, April 2010, Seiten 356-358

Extremistische Rechte in Osteuropa. Gregor Mayer/Bernhard Odehnal, Aufmarsch, St. Pölten 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9394, 29. April 2010

Aktueller Antisemitismus der Mitte. Monika Schwarz-Friesel u. a. (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9400, 30. April 2010

Argumente gegen rechtsextreme Parolen. Harald Bergsdorf, *Fakten statt Fälschungen*, München 2010
 Humanistischer Pressedienst, Nr. 9415, 3. Mai 2010
Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, Frankfurt/M. 2010
 Mitteilungen des DÖW, Folge 196, Mai 2010, Seiten 10 f.

Gefahren entwurzelter Religionen. Olivier Roy, *Heilige Einfalt*, München 2010
 Humanistischer Pressedienst, Nr. 9446, 6. Mai 2010

Sozialstaat als Wohlstandsmotor. Andreas Oppacher, *Deutschland und das Skandinavische Modell*
 Humanistischer Pressedienst, Nr. 9488, 11. Mai 2010

„Die Terroristen von nebenan“. Rolf Clement/Paul Elmar Jöris, *Die Terroristen von nebenan*, München 2010
 Humanistischer Pressedienst, Nr. 9534, 18. Mai 2010

Die deutsche Linke und der Nahost-Konflikt. Wolfgang Gehrcke u. a., *Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt*, Köln 2009
 Humanistischer Pressedienst, Nr. 9586, 26. Mai 2010

„Volksgemeinschaft statt Kapitalismus“? in: Richard Gebhardt/Dominik Clemens (Hrsg.), *Volksgemeinschaft statt Kapitalismus?*, Köln 2009
 Humanistischer Pressedienst, Nr. 9603, 28. Mai 2010

Ein verlorener Sohn rechnet ab. Ulli Schauen, *Das Kirchenhasser-Brevier*, München 2010
 Humanistischer Pressedienst, Nr. 9616, 29. Mai 2010

Liberalismus gegen Egalitarismus und Marktradikalismus. Wolfgang Kersting, *Verteidigung des Liberalismus*, Hamburg 2009
 Liberal, Nr. 2, Juni 2010, Seiten 83 f.

Schlüsseldokument der Geschichte des Atheismus. Anonymus, *Traktat über die drei Betrüger*, Hamburg 1992
 Humanistischer Pressedienst, Nr. 9712, 14. Juni 2010

David Priestland, Weltgeschichte des Kommunismus, München 2009
 Freiheit und Recht, Nr. 2, Juni 2010, Seite 19

Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich, Berlin 2009

Freiheit und Recht, Nr. 2, Juni 2010, Seiten 19 f.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft, Berlin 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 9787, 24. Juni 2010

Die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Christian Meier, Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns, München 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 9799, 25. Juni 2010

Vorurteilsforschung zu „Islamophobie“ Farid Hafez (Hrsg.), Jahrbuch für Islamophobieforschung, Innsbruck 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 9828, 29. Juni 1020

Gregor Mayer/Bernhard Odehnal, Aufmarsch, St. Pölten – Salzburg 2010

Mitteilungen des DÖW, Folge 197, Juli 2010, Seite 7

Gideon Botsch/Christoph Kopke, Die NPD und ihr Milieu, Münster – Ulm 2009

Mitteilungen des DÖW, Folge 197, Juli 2010, Seiten 7 f.

Richard Gebhardt/Clemens Dominik (Hrsg.), Volksgemeinschaft statt Kapitalismus?, Köln 2009

Mitteilungen des DÖW, Folge 197, Juli 2010, Seiten 8 f.

Monika Schwarz-Friesel/Jehuda Reinahrz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010

Mitteilungen des DÖW, Folge 197, Juli 2010, Seite 9

Peter Schäfer, Judenhass und Judenfurcht, Frankfurt/M. 2010

Mitteilungen des DÖW, Folge 197, Juli 2010, Seite 10

Hans Kelsen, Reine Rechtslehre, Wien 2000; Hans Kelsen, Allgemeine Staatslehre, Wien 2010

Aufklärung und Kritik, 17. Jg., Nr. 2/2010, Seiten 274-277

Richard Willinson/Kate Pickett, Gleichheit ist Glück, Berlin 2009; Andreas Oppacher, Deutschland und das skandinavische Modell, Köln 2010
Aufklärung und Kritik, 17. Jg., Nr. 2/2010, Seiten 278-280

John Bunzl/Farid Hafez (Hrsg.), Islamophobie in Österreich, Innsbruck 2009
SIAK-Journal, Nr. 2/2010, Seiten 110 f.

David Priestland, Weltgeschichte des Kommunismus, München 2009
SIAK-Journal, Nr. 2/2010, Seiten 112 f.

Dirk Baehr, Kontinuitäten und Wandel in der Ideologie des Jihadi-Salafismus
SIAK-Journal, Nr. 2/2010, Seiten 114 f.

Mark Juergensmeyer, Die Globalisierung religiöser Gewalt
SIAK-Journal, Nr. 2/2010, Seiten 116 f.

Richard Wilinon/Kate Pckett, Gleichheit ist Glück, Berlin 2009; Andreas Opacher, Deutschland und das skandinavische Modell, Köln 2010
WSI Mitteilungen, Nr. 8, August 2010, Seiten 436 f.

„Das Ende der Geduld“. Kirsten Heisig, das Ende der Geduld, Freiburg 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9983, 16. August 2010

Rechtsradikalismus im Internet. Christoph Busch (Hrsg.), Rechtsradikalismus im Internet, Siegen 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 9998, 18. August 2010

Erbgut im Dialog. Jörg Blech, Gene sind kein Schicksal, Frankfurt/M. 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 10022, 20. August 2010

Kulturrelativismus oder Universalismus. Imke Leicht, Multikulturalismus auf dem Prüfstand, Berlin 2009
Humanistischer Pressedienst, Nr. 10041, 24. August 2010

Nicholas Goodrick-Clarke, Im Schatten der Schwarzen Sonne, Wiesbaden 2009
Zeitschrift für Internationale Freimaurer-Forschung, 12. Jg., Nr. 23/2010, Seiten 176 f.

Ein Plädoyer für den Vegetarismus. Jonathan Safran Foer, Tiere essen, Köln 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10054, 26. August 2010

Wie viel Moral verträgt der Mensch? Franz M. Wuketits, Wie viel Moral verträgt der Mensch?, Gütersloh 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10066, 27. August 2010

Normatives Selbstverständnis sozialer Integration. Jan-Werner Müller, Verfassungspatriotismus, Berlin 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 100094, 1. September 2010

Antisemitismus und radikale Rechte. Gideon Botsch u. a. (Hrsg.), Politik des Hasses, Hildesheim 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10109, 2. September 2010

„Ich esse meine Freunde nicht“. Helmut Kaplan, Ich esse meine Freunde nicht, Berlin 2009

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10132, 6. September 2010

Warum ich kein Christ sein will (2). Uwe Lehnert, Warum ich kein Christ sein will, Berlin 2009

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10184, 10. September 2010

Vergebene Chance eines Handbuchs. Stéphane Courtois (Hrsg.), Das Handbuch des Kommunismus, München 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10195 vom 13. September 2010

Vom Sinn des Gebens. Stefan Klein, Der Sinn des Gebens, Frankfurt/M. 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10249, 17. September 2010

Für Integration, gegen Islamismus. Alice Schwarzer (Hrsg.), Die große Verschleierung, Köln 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10326, 27. September 2010

Stereotype Pauschalisierungen und Ressentiments. Rainer Glagow, Allahs Weltordnung, Mering 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10342, 29. September 2010

Gideon Botsch u. a. (Hrsg.), Politik des Hasses, Hildesheim 2010

Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Folge 198, Oktober 2010, Seiten 8-10

Christoph Busch (Hrsg.), Rechtsradikalismus im Internet, Siegen 2010

Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Folge 198, Oktober 2010, Seite 10

James Webb, Die Flucht vor der Vernunft, Wiesbaden 2009

Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Folge 198, Oktober 2010, Seiten 10 f.

„Anständig geblieben?“ Raphael Gross, Anständig geblieben, Frankfurt/M. 2010

Humanistischer Dienst, Nr. 10353, 1. Oktober 2010

Martin Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist, Göttingen 2009

Zeitschrift für Politik, 57. Jg., Nr. 3/2010, Seiten 359f.

„Das Ich ist nur denkbar im Wir“. Werner Siefer, Wir und was uns zu Menschen macht, Frankfurt/M. 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10376, 5. Oktober 2010

Erzählungen und Reflexionen zum Islam. Hamed Abdel-Samad, Der Untergang der islamischen Welt, München 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10451, 15. Oktober 2010

Die Tatsache der Evolution. Richard Dawkins, Die Schöpfungslüge, Berlin 2010

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10480, 20. Oktober 2010

Ludolf Herbst, Hitlers Charisma, Frankfurt/M. 2010

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 10/Oktober 2010, Seiten 860 f.

Feindbild Judentum. Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Feindbild Judentum, Berlin 2008

Humanistischer Pressedienst, Nr. 10515, 26. Oktober 2010

Hans Kelsen, Verteidigung der Demokratie, Tübingen 2006; Hans Kelsen, Was ist Gerechtigkeit?, Stuttgart 2000

Aufklärung und Kritik, Nr. 4/2010, Seiten 231-233

Schnellkurs Rote Armee Fraktion. Michael Sontheimer,
„Natürlich kann geschossen werden“, München 2010
Rheinischer Merkur, Nr. 42/2010, Seite 7

**Stalin und der Genozid. Norman M. Naimark, Stalin und
der Genozid, Berlin 2010**
Humanistischer Pressedienst, Nr. 10563, 3. November 2010

Barack Obama. Leben und Aufstieg. David Remnick,
Barack Obama, Berlin 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 10608, 10. November 2010

Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien. Tim Spier,
Modernisierungsverlierer, Wiesbaden 2010
Humanistischer Pressedienst, Nr. 10661, 17. November 2010

RD Dr. Mag. rer. publ. Gunter Warg

Der kommunale Ausschuss für Friedenspolitik
Maximilian-Verlag, Hamburg, 2010, Deutsche Verwaltungs-
praxis, Heft 5/2010, S. 202–206,
ISSN 0945-1196

**Nachträgliches Auswechseln der Bescheidebegründung –
ein Fall des § 45 I Nr. 2 VwVfG?**
De Gruyter, Berlin, 2010, Juristische Ausbildung, Heft 11/2010,
S. 819–821,
ISSN 0170-1452

**Der praktische Fall: Kommunalrecht: Ärger mit der
privaten Klärgrube**
W. Kohlhammer, Stuttgart, 2010, Verwaltungsrundschau,
Heft 1/2010, S. 26–29,
ISSN 0342-5592

**Aufklärung der Öffentlichkeit durch den Verfassungs-
schutz vs. Meinungsfreiheit**
Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, 2010,
Grumke/Pfahl-Traughber (Hrsg.), Offener Demokratieschutz
in einer offenen Gesellschaft, S. 40–59,
ISBN 978-3-86649-297-4

Fachbereich Sozialversicherung**Prof. Dr. Jürgen Beschorner**

Zulässigkeit von Altersgrenzen für Vertragszahnärzte nach Richtlinie 2007/78/EG

C. F. Müller, Heidelberg, 2010, Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht, Heft 3/2009, herausgegeben vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, Seiten 252–265, ISBN 0930-861

Umsetzung der sozialpolitischen Gemeinschaftsagenda im Programm PROGRESS: aktuelle Entwicklungen

Carl Heymanns Verlag, Köln, 2010, Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen (RsDE), für Heft 4/2010, ISBN 978-3452247087

Die Entwicklung des polnischen Staatsangehörigkeitsrechts seit 1920

BWV-Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, Berlin, 2010, Osteuroparecht, Heft 12/2010, ISSN 0030-6444

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung

Boorberg Verlag, Stuttgart, 2010, Ausbildung, Prüfung, Fachpraxis, Heft 7/2010, S. 200–206, ISSN 1867-7010

Bernhard Eckstein

Brackmann, Handbuch der Sozialversicherung, Loseblatt-Kommentar

Asgard Verlag, St. Augustin, 2010, 195. Lfg., 24 Seiten, ISBN 978-3-537-59095-4

Brackmann, Handbuch der Sozialversicherung, Loseblatt-Kommentar

Asgard Verlag, St. Augustin, 2010, 198. Lfg., 52 Seiten, ISBN 978-3-537-59095-4

Silke Jäger

Das gemeinschaftsrechtliche freizügigkeitsakzessorische Diskriminierungsverbot und die steuerrechtliche Behandlung von Krankenversicherungsbeiträgen
 Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Köln, 2010, ZFSH/SGB-Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis, Heft 3 aus 2010, S. 146–151,
 ISSN 1434-5668

VerwD'n Christiane Korte

Buchbesprechung zu „Verfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz“ von Francke/Dörr, 2. Auflage
 Boorberg-Verlag, Stuttgart, 2010, „RVaktuell“, Heft 11/2010

VerwAR'n Andrea Preker

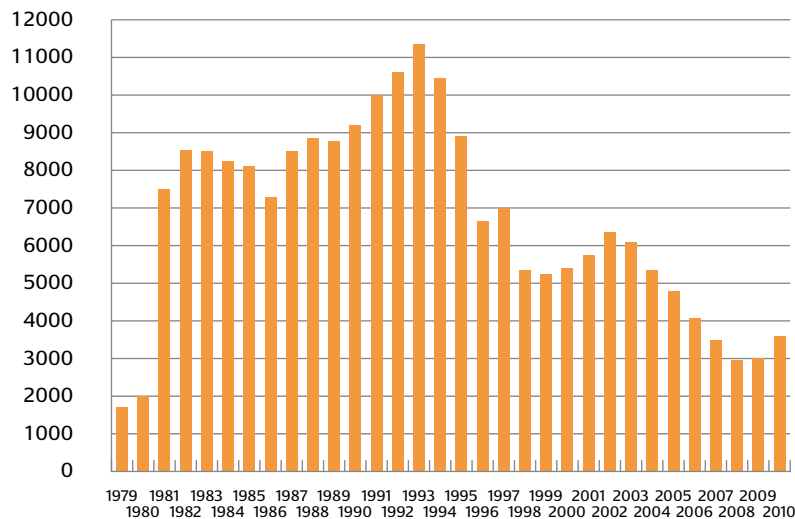
Freiwillige Versicherung und Nachzahlung
 Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, 1993, Studientext für Sozialversicherungsfachangestellte (Stand: 2010), Heft Nr. 6, 69 Seiten

VAR Heinz-Günther Stehr

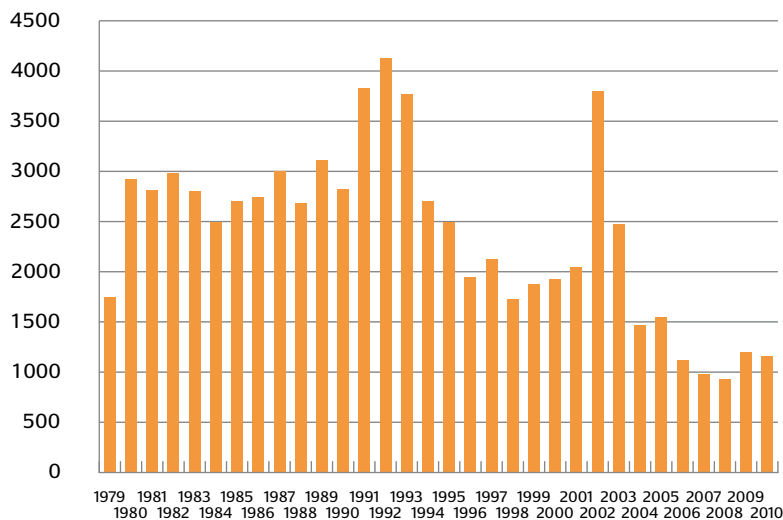
Studientext Knappschaftsrecht II
 Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, 2010, 15. Auflage, Datenbank und Internet, 79 Seiten

Statistiken

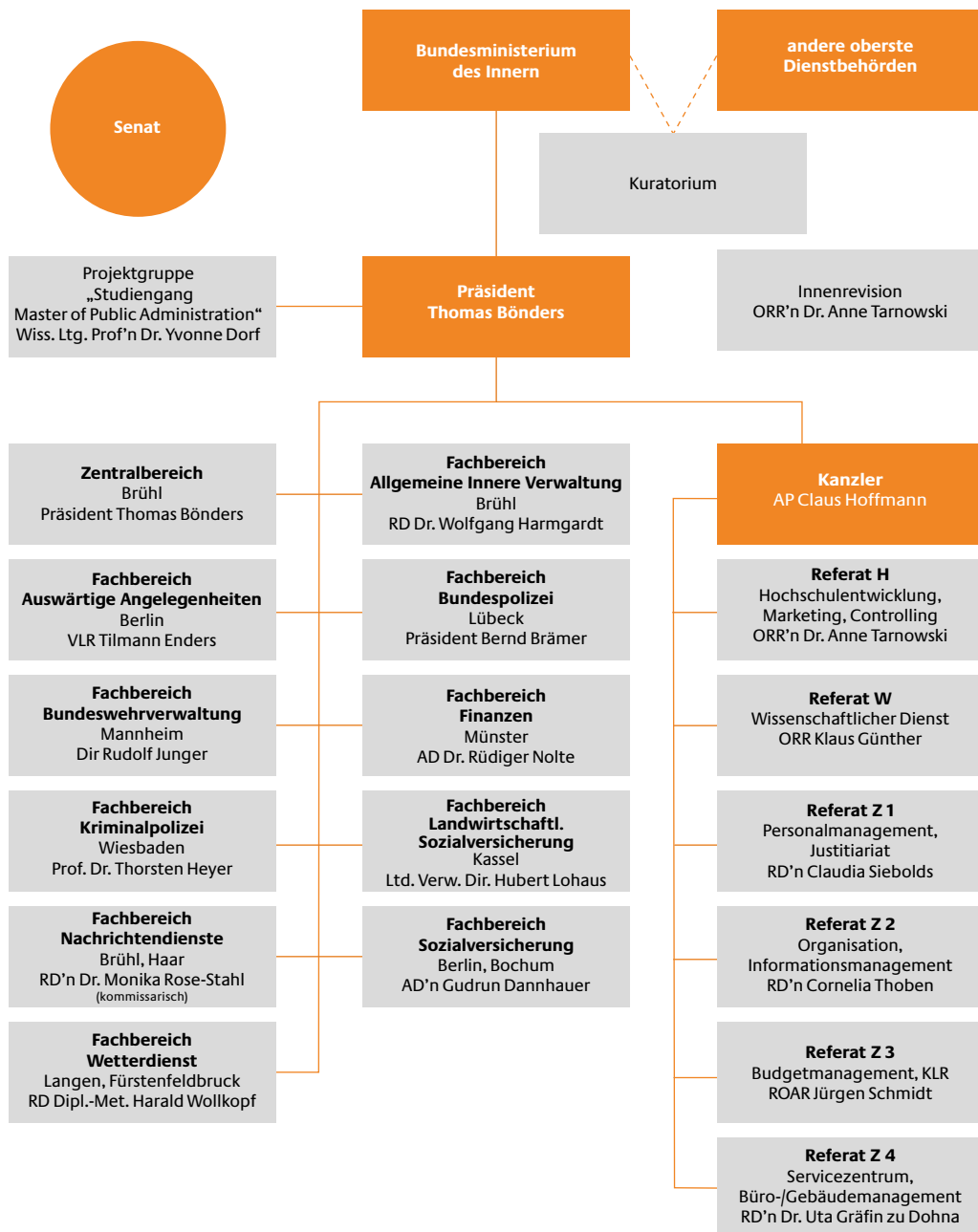
Entwicklung der Studierenden an der FH Bund zwischen 1979 und 2010



Entwicklung der Studienanfänger an der FH Bund 1979 – 2010



Organisationsplan



Übersicht der Fachbereiche und deren Leiterinnen und Leiter



Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung

Regierungsdirektor Dr. Wolfgang Harmgardt

Willy-Brandt-Straße 1

50321 Brühl

Telefon: (022899) 629-0

Fax: (022899) 629-9216



Fachbereich Auswärtige Angelegenheiten

Vortragender Legationsrat Tilman Enders

Schwarzer Weg 45

13505 Berlin

Telefon: (03018) 17-0

Fax: (03018) 17-11 26



Fachbereich Bundespolizei

Präsident Bernd Brämer

Ratzeburger Landstraße 4

23562 Lübeck

Telefon: (0451) 20 3-0

Fax: (0451) 20 3-17 09

Fachbereich Bundeswehrverwaltung

Direktor Rudolf Junger
Seckenheimer Landstraße 10
68163 Mannheim
Telefon: (0621) 42 95-0
Fax: (0621) 42 95-42 22



Fachbereich Finanzen

Abteilungsdirektor Dr. Rüdiger Nolte
Gescher Weg 100
48161 Münster
Telefon: (0251) 86 70-0
Fax: (0251) 86 70-6 66



Fachbereich Kriminalpolizei

Professor Dr. Thorsten Heyer
Thaerstraße 11
65193 Wiesbaden
Telefon: (0611) 55-0
Fax: (0611) 1 67 39





Fachbereich Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Leitender Verwaltungsdirektor Hubert Lohaus

Weissensteinstraße 70–72

34131 Kassel

Telefon: (0561) 93 59-0

Fax: (0561) 93 59-3 28



Fachbereich Nachrichtendienste

Regierungsdirektorin Dr. Monika Rose-Stahl

(kommissarisch)

Abteilung Bundesnachrichtendienst

Direktor beim BND Dr. Hans Dieter Denk

Wasserburger Straße 43-47

85540 Haar

Abteilung Verfassungsschutz

Regierungsdirektorin Dr. Monika Rose-Stahl

Willy-Brandt-Straße 1

50321 Brühl

Telefon: (02232) 57 93 98-0

Fachbereich Sozialversicherung

Abteilungsleiterin Gudrun Dannhauer

Nestorstraße 23–25

10709 Berlin

Telefon: (030) 8 65-0

Fax: (030) 8 65-2 86 70



Fachbereich Wetterdienst

Regierungsdirektor Dipl.-Met. Harald Wollkopf

Frankfurter Straße 135

63067 Offenbach

Telefon: (069) 80 62-0



Herausgeber

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl
www.fhbund.de

Verantwortlich

Thomas Bönders
Präsident der Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Redaktion

Steve Winter, Hochschulentwicklung, Marketing, Controlling
Jörg Fandrey, Wissenschaftlicher Dienst

Stand

April 2011

Druck

Bonifatius GmbH, Druck – Buch – Verlag, Paderborn

Gestaltung, Layout, Satz

Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design,
Düsseldorf

Fotonachweis

Titel: Fotolia.com/Sindy
Innen: FH-eigene Bilder; BMI/Hans-Joachim M. Rickel; BVA;
Deutscher Bundestag/H. J. Müller. Kompetenzzentrum
Technik – Diversity – Chancengleichheit e. V.; Fotolia.com/
Monkey business/Zoe/Robert Kneschke